

Communicatio Socialis

Zeitschrift für Medienethik und
Kommunikation in Kirche und Gesellschaft

Gegründet von Franz-Josef Eilers SVD,
Karl R. Höller und Michael Schmolke
Herausgegeben von Klaus-Dieter Altmeyen,
Andreas Büsch und Alexander Filipović

48. Jahrgang 2015 • Heft 4

Inhaltsverzeichnis

Echtzeit-Journalismus

Annika Franzetti

Live dabei im Sekundentakt. Aktualität und Echtzeit
im Journalismus (Vorwort) 379

Klaus-Dieter Altmeyen / Christoph Bieber / Alexander Filipović / Jessica Heesen

Echtzeit-Öffentlichkeiten. Neue digitale Medienordnungen und
neue Verantwortungsdimensionen 382

Hans-Joachim Höhn

Gut in der Zeit?
Beschleunigung – Synchronie – Zeitverschiebung. 397

Tobias Eberwein

Der Widerspruch von Schnelligkeit und Aktualität.
Medienethische Überlegungen zum gegenwärtigen Geschwindigkeitswahn
im Journalismus 407

Stefan Niggemeier

Reflex statt Reflexion. Chancen und Risiken von Medienkritik in Echtzeit 412

Christian Daubner

Der User wird zum Chefredakteur.
Die neue Nachrichten-App „BR24“ des Bayerischen Rundfunks 416

Medienethik

Regina Greck

Vorbestraft = vorverurteilt? Die Berichterstattung über den „Fall Tuğçe“ medienethisch betrachtet.	420
---	-----

Serie: Grundbegriffe der Kommunikations- und Medienethik

Alexander Filipović

Angewandte Ethik (Teil 2).	431
---------------------------------	-----

Essay

Stephan Weichert

Von der Schwarmintelligenz zur Schwarmbosheit. Ein Appell aus gegebenem Anlass	438
---	-----

Kommunikation in Kirche und Gesellschaft

Barbara-Henrika Alfin

Skandalereignis oder Skandalberichterstattung? Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock: Die Berichterstattung über den Fall Tebartz-van Elst	449
--	-----

Literatur-Rundschau

Tobias Nanz/Johannes Pause (Hg.): Politiken des Ereignisses. Mediale Formierungen von Vergangenheit und Zukunft (<i>Annika Franzetti</i>).	465
---	-----

Peter Maurer: Medieneinfluss aus der Sicht von Politikern und Journalisten. Ein deutsch-französischer Vergleich (<i>Petra Hemmelmann</i>).	467
--	-----

Melanie Verhovnik: School Shootings. Interdisziplinäre Analyse und empirische Untersuchung der journalistischen Berichterstattung (<i>Vincenz Leuschner</i>).	469
--	-----

Ralf Junkerjürgen/Isabella von Treskow (Hg.): Amok und Schulmassaker. Kultur- und medienwissenschaftliche Annäherungen (<i>Melanie Verhovnik</i>).	471
---	-----

Abstracts (english).....	476
---------------------------------	-----

Vorschau	478
-----------------------	-----

Live dabei im Sekundentakt

Aktualität und Echtzeit im Journalismus. *Von Annika Franzetti*

Die regelmäßig zum Jahresende veröffentlichten Rückblicke auf die (Medien)Ereignisse des Jahres wirken für 2015 wie eine Beispielsammlung für Berichterstattung, die im hohen Maße auf Echtzeit gesetzt hat: das Attentat auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ im Januar, der Absturz der Germanwings-Maschine in Frankreich im März und schließlich die Attentate in Paris im November. All diesen Ereignissen wohnt eine große Tragik verbunden mit großem menschlichem Leid inne. Seitens der Rezipienten bestand ein hohes Informationsbedürfnis, das es seitens der Journalisten möglichst rasch zu befriedigen galt. Mobile Endgeräte, soziale Netzwerke und Blogs steigerten das Tempo im Nachrichtengeschäft im Kampf um die knappe Ressource Aufmerksamkeit. Geschwindigkeit und nicht Reflexion und Gewichtung bestimmten den Takt im real-time journalism. Das Publikum – der Beschleuniger im Nachrichtengeschäft – bekam Terror und Katastrophe in Echtzeit. Zur Berichterstattung war nahezu zeitgleich vehemente Kritik zu vernehmen, die noch anhielt als sich der Medientenor wieder anderen Themen zuwandte.

Im Geschwindigkeitsrausch steigen die Fehlerrate und das Risiko, dass Persönlichkeitsrechte der Betroffenen verletzt werden. Falschmeldungen und Gerüchte verbreiteten sich rasant auch über als seriös und glaubwürdig eingestufte Medien, in der Berichterstattung wurde auch auf ethisch fragwürdige Recherchemethoden, Bilder und Worte zurückgegriffen. Und im Bedienen einer wachsenden Jetzt-Leidenschaft des Publikums berichteten die Journalist_innen vom Ort des jeweiligen Geschehens, obwohl die Nachrichtenlage keine Aktualisierung der Informationen zuließ.

Motor für die kritikwürdigen Auswüchse in der Berichterstattung ist die zunehmende Digitalisierung, mit der sich Informationsdichte, -tempo, -kanäle und -quellen vervielfacht haben. Die Echtzeitteilhabe für das Publikum beschränkt sich längst nicht mehr auf die einordnende Live-Vermittlung durch professionelle Journalist_innen. Vielmehr ist ein Dabeisein

*Annika Franzetti,
Dipl.-Journ., ist
Lehrkraft für
besondere Aufgaben
am Studiengang
Journalistik der
Katholischen
Universität Eichstätt-
Ingolstadt und
Redakteurin von
Communicatio
Socialis.*

im Netz über soziale Medien Realität. Die klassischen Medien kommen, gefangen im Korsett ihrer Publikationsintervalle, an die Geschwindigkeit der Informationsvermittlung dieser Kanäle mit ihren technischen und personellen Ressourcen nicht heran. Um mitzuhalten, bedienen sie neue Kanäle und machen Abstriche in Recherche, Einordnung und Hintergrundinformation. Dass eine solche Entwicklung aus medienethischer Perspektive relevant ist, liegt auf der Hand. Die Beiträge zum Schwerpunkt in diesem Heft widmen sich mit je unterschiedlichem Fokus und aus verschiedenen Blickwinkeln den medienethischen Fragen rund um „Aktualität und Echtzeit im Journalismus“.

Den Auftakt machen Klaus-Dieter Altmeyden, Christoph Bieber, Alexander Filipović und Jessica Heesen. In ihrem Beitrag „Echtzeit-Öffentlichkeiten“ betrachten sie das Phänomen als Folge der Digitalisierung. Den Autor_innen zufolge bilden sich Echtzeit-Öffentlichkeiten nicht mehr allein auf Basis des Journalismus. Vielmehr treten neben die Journalist_innen viele weitere Öffentlichkeitsakteure, die nicht nach journalistischen Standards arbeiten. Vor dem Hintergrund der sich elementar wandelnden Öffentlichkeiten fordern die Autor_innen eine Neubestimmung von medialer Ethik und Verantwortung.

Hans-Joachim Höhn beschäftigt der veränderte Umgang mit Zeit. Er diagnostiziert das Zeitalter der Beschleunigung, treibende Kraft sei dabei ein kinetischer Imperativ. Der Mensch unterwirft sich, sagt Höhn, dem Zwang der Beschleunigung seiner Lebensvollzüge, auch um der Vergänglichkeit zu entkommen. In der Folge werden Raum und Zeit entgrenzt. Die Beziehung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verschiebe sich, wobei die Gegenwart einen ständigen Bedeutungsverlust erleide. Tobias Eberwein diskutiert das Verhältnis von Aktualität und Schnelligkeit aus medienethischer Perspektive. Er verweist auf die zeitliche, sachliche und soziale Dimension von Aktualität und sieht diesen Dreiklang durch den Geschwindigkeitswahn gefährdet. In der Folge leide die Glaubwürdigkeit des Journalismus. Er plädiert vor allem für eine Rückbesinnung auf die sachliche und soziale Dimension.

Mit den „Chancen und Risiken von Medienkritik in Echtzeit“ befasst sich Stefan Niggemeier. Dem Nachteil fehlender Reflexionszeit stehe der Vorteil der Medien gegenüber, rasch reagieren und korrigieren zu können. Zugleich mahnt er zur Entschleunigung der Berichterstattung und damit einhergehender inhaltlicher Profilierung.

Eine Antwort klassischer Medien auf die digitale Konkurrenz in der aktuellen Berichterstattung ist die Nutzung eigener digitaler Kanäle. Als Beispiel für einen solchen stellt Christian Daubner zum Abschluss die neue Nachrichten-App des Bayerischen Rundfunks vor. Ziel der App „BR24“ sei es, Nachrichtenangebote plattformgerecht zu modifizieren und so alle Generationen zu erreichen. Dabei bekommt der User eine aktive Rolle in der Auswahl und Gewichtung der einzelnen Meldungen.

Unser Titelbild

Die App „Periscope“ ermöglicht die Videodirektübertragung in Echtzeit mit Hilfe eines Smartphones. Seit März 2015 ist die Anwendung für iOS- und Android-System verfügbar. Die Anmeldung erfolgt über einen Twitter-Account. Andere User können die Videos kommentieren und „ liken“. Während der Terroranschläge in Paris am 13. November 2015 filmten zahlreiche Journalisten und noch mehr Amateure den Einsatz der Polizei und das Chaos auf den Straßen. Der große Ansturm der Anwender ließ den Dienst zeitweise zusammenbrechen.

Screenshot: Periscope; Foto: Christian Klenk

Impressum

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeppen, Lehrstuhl für Journalistik II, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Ostenstraße 26, D-85072 Eichstätt, E-Mail: klaus-dieter.altmeppen@ku.de; Prof. Andreas Büsch, Professur für Medienpädagogik und Kommunikationswissenschaft, Katholische Hochschule Mainz, Saarstraße 3, D-55122 Mainz, E-Mail: andreas.buesch@kh-mz.de; Prof. Dr. Alexander Filipović, Lehrstuhl für Medienethik, Hochschule für Philosophie München, Kaulbachstr. 31a, D-80539 München, E-Mail: alexander.filipovic@hfp.h.de

Redaktion: Dr. Renate Hackel-de Latour (verantw.), Petra Hemmelmann, Annika Franzetti, Dr. Christian Klenk
Redaktionsanschrift: Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt, Studiengang Journalistik, Redaktion Communicatio Socialis, Ostenstraße 26, D-85072 Eichstätt; Telefon: 084 21 / 93-21554, Fax: 084 21 / 93-21786, E-Mail: redaktion@communicatio-socialis.de, Internet: www.communicatio-socialis.de

E-Journal: ejournal.communicatio-socialis.de; ISSN (online): 2198-3852; Redaktion: Hannah Widera

Verlag und Anzeigenverwaltung: Matthias-Grünwald-Verlag der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, D-73760 Ostfildern-Ruit; Telefon: 07 11 / 44 06-140, Fax: 07 11 / 44 06-138, E-Mail: petra.haertel@schwabenverlag.de, Internet: www.gruenewaldverlag.de

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Einzelheft 12,90 Euro. Jahresabonnement der gedruckten Ausgabe *oder* E-Journal mit Zugang zum elektronischen Archiv 45,20 Euro. Studentenabonnement 32,00 Euro (bei Printausgabe zuzüglich Zustellgebühr). Jahresabonnement für gedruckte Ausgabe und E-Journal: 58,00 Euro (ermäßigt 40,00 Euro). Bestellungen für Deutschland und die Schweiz bitte an den Matthias-Grünwald-Verlag der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, D-73760 Ostfildern-Ruit; für Österreich: Verlag Herder, Wollzeile 33, A-1010 Wien. Das Abonnement gilt als um ein Jahr verlängert, wenn die Kündigung nicht bis sechs Wochen vor Jahresende erfolgt.

Echtzeit-Öffentlichkeiten

Neue digitale Medienordnungen und neue Verantwortungsdimensionen. *Von Klaus-Dieter Altmeyen, Christoph Bieber, Alexander Filipović und Jessica Heesen*

Abstract Der Strukturwandel von Öffentlichkeiten ist an der Entstehung, der Entwicklung und den Folgen von Echtzeit-Öffentlichkeiten ablesbar. Mit Echtzeit-Öffentlichkeiten werden Phänomene öffentlicher Foren und Agenden bezeichnet, die unmittelbar, in „Echtzeit“ aufgrund verschiedenartiger Rahmenbedingungen entstehen. Diese Art von Öffentlichkeiten stellen neue Herausforderungen für Ethik und Verantwortungswahrnehmung dar. Der Beitrag problematisiert Echtzeit-Öffentlichkeiten vor dem Hintergrund eines kurzen Abrisses zur Öffentlichkeitstheorie und fragt, worin Notwendigkeiten einer Neuziehung von Grenzen bisheriger medienethischer und medienverantwortlicher Ausdehnung bestehen.

Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen ist Hochschullehrer am Studiengang Journalistik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Mitherausgeber von Communicatio Socialis.

Prof. Dr. Christoph Bieber ist Inhaber der Welker-Stiftungsprofessur für Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen.

Digitalisierungen, Öffentlichkeiten, Verantwortungen

In diesem Beitrag sollen Echtzeit-Öffentlichkeiten als Folge der gesellschaftlichen Digitalisierung identifiziert, ihre Strukturen analysiert und ihre kulturellen und politischen Auswirkungen reflektiert werden. Im Beitrag, der als eine Forschungsskizze zu verstehen ist, nähern wir uns den mit Echtzeit-Öffentlichkeiten zwangsläufig verbundenen Veränderungen für die mediale Ethik und den Verantwortungsbegriff für die öffentliche, gemeinwohlorientierte Kommunikation.

Der Beitrag zielt daher darauf, Echtzeit-Öffentlichkeiten als neue Herausforderungen für Ethik und Verantwortungswahrnehmung anzusehen, die insbesondere mit der Offenlegung der Effekte der Digitalisierung auf die normativen Funktionsbeschreibungen von Medien in der Demokratie (z. B. gesellschaftliche Integration, Mitwirkung an der Meinungsbildung, Kritik und Kontrolle) verbunden sind. Die Konturen eines allumfassenden digitalen Mediensystems lassen erkennen, dass die Entstehung von Echtzeit-Öffentlichkeiten die Grenzen

bisheriger medienethischer und medienverantwortlicher Ausdehnung sprengt und damit nachhaltig Rückwirkungen auf die demokratischen Funktionen der Medien haben wird.

Mit Echtzeit-Öffentlichkeiten bezeichnen wir das Phänomen der Entstehung öffentlicher Foren und Agenden unmittelbar, in „Echtzeit“, aufgrund verschiedenartiger Rahmenbedingungen. Technisch werden Echtzeit-Öffentlichkeiten durch die Digitalisierung der Medien, ihrer allgemeinen und allgegenwärtigen Verfügbarkeit und der damit verbundenen Entstehung neuer interaktiver Distributionsplattformen und Medienformate (z. B. „Twitter“, „Facebook“, „Periscope“, „Snapchat“, „YouNow“, „Meerkat“) ermöglicht; ökonomisch eröffnen sie neuen Akteuren den Zutritt zu öffentlichen Arenen und Themen und sozial verändern sie kulturelle Praktiken sowie Institutionen der öffentlichen Sphäre.

Der tiefgreifende Strukturwandel der Entstehung, Ausbreitung und Wirkung von Echtzeit-Öffentlichkeiten mit seinen vielfältigen kulturellen und politischen Folgen ist bislang kaum unter den Vorzeichen von Ethik und verantwortlichem Handeln thematisiert worden. So ist fraglich, ob es genügt, vorhandene Öffentlichkeitsmodelle auf ihre Plausibilität zu prüfen und in Richtung von Echtzeit-Öffentlichkeiten und deren Merkmalen weiter zu entwickeln, oder ob es notwendig ist, komplett neue Modelle von Öffentlichkeit zu entwerfen.

Sollten neue Modelle notwendig sein, wird auch die Analyse der (neuen) Beziehungen zwischen Öffentlichkeiten und Verantwortung hoch relevant sein. Davon ist auszugehen angesichts der Tatsache, dass sich die Vermittlungsleistungen der traditionellen Medien für gemeinwohlorientierte Belange verändern (Entertainisierung, Kommerzialisierung) und mit neuen Akteuren vor allem im Segment der Social Media (Blogs, Videoplattformen, Kurznachrichtendienste, Live-Plattformen) neue Formen und Arenen der öffentlichen Kommunikation entstehen. Diese sind in vielen Fällen mit ökonomischen Transaktionsmedien („Google“, „Ebay“, „Amazon“) oder Möglichkeiten verbunden („Paypal“), so dass zwischen öffentlichem Agieren und kommerzieller Nutzung keine Medienbrüche entstehen. Die Vernetzung der Nutzer_innen untereinander in den sozialen Medien erlaubt die Auswertung der in die Nutzerprofile eingeschriebenen Daten zur Platzierung kontextbezogener Angebote, die auf das jeweilige Nutzerverhalten reagieren (z. B. lebenslagenbezogene Suchergebnisse und Werbung, individuelle Preisgestaltung).

Prof. Dr. Alexander Filipović ist Inhaber des Stiftungslehrstuhls für Medienethik an der Hochschule für Philosophie in München und Mitherausgeber von Communicatio Socialis.

PD Dr. Jessica Heesen ist am Internationale Zentrum für Ethik in den Wissenschaften an der Universität Tübingen tätig.

Ein Aufriss der aufscheinenden Probleme

Dass sich die Maßstäbe eines verantwortlichen öffentlichen Handelns verändern, zeigt sich anhand vielfältiger Ereignisse, welche die Frage nach einer verantwortlichen Medienkommunikation unter neuen Vorzeichen ins Bewusstsein gerufen haben (z.B. der Absturz der Germanwings-Maschine im Frühjahr 2015 und die Terroranschläge in Paris im Herbst 2015).

Doch die Parameter verändern sich radikaler. Die neuen medialen Konstellationen zeigen sich daran, dass die Ereignisse in Echtzeit übertragen und damit für die Netznutzer_innen in einem neuen Maß erlebbar werden. Selbst die Geiseln bei den Pariser Terroranschlägen haben Videos per Smartphone hochgeladen und den Terrorakt damit in die Öffentlichkeit gezerrt. Daran zeigt sich exemplarisch eine Vervielfältigung von Öffentlichkeitsakteuren, deren Aktivitäten die Ethik herausfordern: Die Nachrichtenseite „Mashable“ beispielsweise twitterte Bilder von den Opfern der Attentate, weil die Menschen sich an die Opfer und nicht an die Täter erinnern sollten. Aufgrund einer durch die Vervielfältigung im Netz permanent entstehenden unübersichtlichen Nachrichtenlage und vielen individuellen Beiträgen verschwimmen die Zuordnungen von Täter und Opfer, unter anderem auch weil Einzelne Bilder fälschen, die im Netz ungefiltert und vor allem ungeprüft weitergeleitet werden. Die Nutzer können nicht unterscheiden, ob es Opfer, Täter oder Unbeteiligte sind, die das digitale Nachrichtenfieber anheizen. Darüber hinaus garantiert das Netz Anonymität auch da, wo Zivilgesellschaften vielleicht gar keine wollen, wie etwa bei rechtsradikalen Äußerungen oder generell Schmähkritiken, die den sachlichen Hintergrund der Kritik längst hinter sich gelassen haben.

Die technologische Dimension der Echtzeit-Kommunikation, die sich in Hashtags, Retweets oder dem Teilen digitaler Einzelteile wie Fotos oder animierten Bilddateien ausdrückt, erlaubt auch neue Mess- und Kontrollmethoden. Auch in dieser Hinsicht hecheln die traditionellen Medien hinterher: Wo sich Printmedien und Rundfunksender noch auf grobe Auflagenzahlen und Quoten verlassen müssen, arbeiten Softwareprogramme wie „Google Analytics“ oder „Piwik“ mit Online-Erfolgskontrollen in Echtzeit (Sorge 2014, S. 4). Auch diese technologische Entwicklung gehört zu den Merkmalen der Echtzeit-Öffentlichkeiten, sodass in Teilen des Netzes Formen strategischer, ökonomischer Nutzung der öffentlichen Arenen erkennbar werden.

Öffentlichkeit – ein kurzer Überblick über eine zentrale Kategorie sozialer Ordnung

Öffentlichkeit als zentrale Kategorie zum Verständnis von Gesellschaft wird häufig synonym verwendet zum engeren Terminus der politischen Öffentlichkeit (Jarren/Donges 2006). In einem weiteren Verständnis ist Öffentlichkeit Merkmal aller Kommunikationssituationen und -prozesse (Schulz 2011) und auch Definitionsmerkmal von Massenkommunikation (Burkart 2001).

Für Habermas (1990) ist Öffentlichkeit ein Netzwerk der Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, die sich zu themenspezifisch gebündelten öffentlichen Meinungen verdichten (Habermas 1990). Für Gerhards (2002) stellt Öffentlichkeit eine Vielzahl von Kommunikationsforen mit offenem Zugang dar, in denen sich individuelle und kollektive Akteure vor einem breiten Publikum zu politischen Themen äußern.

Öffentlichkeit ist in Anlehnung an Etzioni (1997) ein Kommunikationssystem, in dem Themen und Meinungen gesammelt (Input), verarbeitet (Throughput) und weitergegeben werden (Output) (Gerhards/Neidhardt 1990, S. 9-13). Sie erfüllt drei normative Ansprüche: eine Transparenzfunktion (offen für alle Gruppen und Meinungen), eine Validierungsfunktion (diskursiver Umgang mit eigenen und anderen Argumenten und Revision der Argumente) und eine Orientierungsfunktion (in Form der öffentlichen Meinung).

In Form einer Pyramide werden häufig drei Formen von Öffentlichkeit unterschieden: Den größten Bereich am Boden der Pyramide bilden spontane Öffentlichkeiten (Familie, Betrieb); darauf setzen Themenöffentlichkeiten auf (spontan oder geplant, vielfach in Organisationen); die Spitze der Pyramide bildet die Medienöffentlichkeit mit Elite- und Populärmedien (Gerhards/Neidhardt 1990, S. 19-25).

Diese schematische, aber häufig verwendete Darstellung gerät bereits durch den strukturellen Wandel des Verhältnisses von Medien, Politik, Ökonomie und Gesellschaft ins Wanken. Dieser häufig als Mediatisierung bezeichnete Prozess beschreibt den graduellen Bedeutungszuwachs des medialen Subsystems im Verhältnis zu politischen Strukturen und damit auch der Gestalt von Öffentlichkeit. Kommunikationswissenschaftliche Ansätze betonen dazu den Einfluss einer Medienlogik, die das Verhalten politischer Akteure präformiert (Strömbäck 2008).

Die drei Formen der Öffentlichkeit: spontane Öffentlichkeiten, Themenöffentlichkeiten und Medienöffentlichkeit mit Elite- und Populärmedien.

In der politikwissenschaftlichen Debatte um die Beschaffenheit der „Mediendemokratie“ dominiert die Sichtweise, dass „die Medien nicht außerhalb des politischen Systems, sondern als Teil desselben zu betrachten sind. Die Regeln der massenmedialen Herstellung und Bereitstellung von Themen für öffentliche Kommunikation werden als Anreizsysteme verstanden, die politische Prozesse (a) in entscheidender Weise kontextualisieren oder (b) aktiv mitgestalten bzw. auf sie einwirken“ (Marcinkowski/Pfetsch 2009, S. 13).

Schließlich stellten Öffentlichkeitstheoretiker Diskussionsbeiträge vor, die dazu anregen, zwischen verschiedenen Öffentlichkeitsforen zu unterscheiden, so etwa zwischen Präsenzöffentlichkeit und Medienöffentlichkeit und zwischen Diskurs- und Repräsentationsöffentlichkeit (Imhof 2011). Diese An- und Einsichten verdeutlichen bereits Reaktionen auf

veränderte Strukturen von Öffentlichkeit. Dominierte in der Kritischen Theorie (Adorno/Horkheimer 2006, S. 128, 143; Habermas 1975, S. 206) die These, dass Öffentlichkeit zur mediengeleiteten Kulturindustrie (Konformität und Trivialisierung, Kulturproduk-

*Die gleichen Technologien,
die den Medienkonzernen Macht
sichern, werden auch für Gegen-
öffentlichkeiten genutzt.*

te mit Warencharakter, falsches Bewusstsein, Regression des Politischen) mutiert, wurde nun ein sozialer Strukturwandel der Öffentlichkeit durch politischen Funktionswandel konstatiert, bei dem Versammlungsöffentlichkeiten sich zugunsten von Medienöffentlichkeiten auflösen, wobei Prozesse der Vermachtung der Medien dafür sorgen, dass der bildungsbürgerliche Diskurshabitus verloren geht und das Publikum sich als konsumorientierte Masse geriert (vgl. Imhof 2015, S. 18).

Öffentlichkeit wird seit jeher, so eine zentrale These, durch privatwirtschaftliche Medien vermachtet (Imhof 2011; Habermas 1975). Vermachtungsprozesse beschleunigen und verschärfen sich aufgrund der Push- und Pullbewegungen von technologischen Bedingungen digitaler Netzkommunikation und aufgrund der Besitz- und Eigentümerverhältnisse der Konzerne, die diese Netze beherrschen. Darüber kann auch nicht hinwegtäuschen, dass die gleichen Technologien, die den Konzernen ihre Macht sichern, auch für Gegenöffentlichkeiten genutzt werden und so zu einer „Zunahme an kritischen Teilöffentlichkeiten“ führen können (Engesser/Wimmer 2009, S. 44). Doch finden die wesentlichen Entwicklungen öffentlicher Arenen nicht im Feld der Politik statt und sie werden auch nicht dort entschieden, sondern im ökonomischen Feld. Daran sind auch

die Nutzer_innen beteiligt, die die Plattformen bereitwillig als Öffentlichkeit wahrnehmen, anerkennen und nutzen.

Aufgrund dieser Widersprüche fallen Würdigungen hinsichtlich des demokratischen Potenzials der digitalen Netzkommunikation divergent aus:

- ▶ Zwar verlieren alte Meinungsmonopole (die traditionellen Medien) teilweise ihre Gatekeeperfunktion (vgl. Gennis/Gundlach 2014), es entwickelt sich aber nicht automatisch eine kollektive Intelligenz der Netznutzer, die sich beispielsweise in einer reflektierten Weitergabe und Potenzierung von Inhalten zeigen könnte (Viralität).
- ▶ Schriftliche Diskussionen in Foren fördern zwar reflektierte Kommunikation, die Effekte werden aber zum Teil konterkariert durch pseudonymisierte und affektive Beiträge (Shitstorm) und gezielte Störungen (Trolling). Darüber hinaus kann die „Kommunikation unter Ähnlichen“ zu Ausgrenzungs- und Abschottungsprozessen von explizit öffentlichen, kontroversen Debatten führen (Echokammern).
- ▶ Soziale Medien erleichtern zwar grundsätzlich die Partizipationschancen, sie generieren aber nicht automatisch auch den Willen dazu. Und noch immer gilt: Je höher die individuellen Ressourcen (Geld, Interesse) zur Mediennutzung sind, desto größer ist das politische Interesse.
- ▶ Entsprechend lassen sich klare Segregationstendenzen erkennen. Während Menschen mit Bildung und hohem Einkommen die Möglichkeiten neuer Medientechniken häufig kompetent nutzen können (ein Beispiel: Wearables), steigt die Schwelle zur Teilhabe mit sinkendem Sozial- und Kapitalprestige.
- ▶ Auch in der digitalen Netzkommunikation ist eine Konzentration auf politische und finanzielle Eliten zu erkennen.

Echtzeit-Öffentlichkeiten

Die deutlich erkennbare Entwicklung hin zu veränderten Strukturen der Bildung von Öffentlichkeiten umschließt auch die Echtzeit-Öffentlichkeiten. Diese sind nicht mehr in dem tiefgreifenden Maße mit Journalismus verbunden wie frühere, analoge Öffentlichkeiten. In der digitalen Netzkommunikation ist zwar mittlerweile auch ein Echtzeitjournalismus entstanden, dieser ist aber nur ein Teilelement der neuen Echtzeit-Öffentlichkeiten. Denn anders als bislang gewohnt, entstehen Öffentlichkeiten nicht mehr allein, ja, nicht mal mehr vorrangig durch journalistische Angebote. Unter Echtzeitjournalismus,

im Englischen *real-time journalism*, „wird gemeinhin die live beziehungsweise sehr zeitnah am Ereignis liegende Berichterstattung per Text, Ton und (Bewegt-)Bild unter Einbeziehung sozialer Medien verstanden. Obwohl Radio und Fernsehen bereits seit den 1920er und 1930er Jahren ähnlich ‚echtzeitig‘ übertragen, ist die Entwicklung erst mit der Ausbreitung der Internetmedien in die Kritik geraten“ (Sorge 2014, S. 3).

Aufgrund der (zeitunabhängigen) Taktung durch soziale Netzwerke erhöhen digitale Öffentlichkeiten den Druck auf Journalist_innen. Nutzer_innen können in Echtzeit mit politischen Repräsentant_innen oder Autor_innen in Kontakt treten. Das erhöht die Kritik und Kontrolle der Journalist_innen durch Rezipienten. Doch nicht nur die Anschlusskommunikation wird erheblichem Druck ausgesetzt, auch die Beschaffungswege, Beschaffungszeiten und Beschaffungsquellen für Informationen wandeln sich radikal. Da jedes Smartphone als Recherchegerät dienen kann, sind CitJo (*citizen journalist*) und MoJo (*mobile journalist*) an jedem Ort jedes Geschehens anwesend und füllen die digitale Plattform mit Inhalten (Sorge 2014, S. 3).

Während des Terroranschlags auf den Boston Marathon beschwerten sich etwa „Twitter“-Nutzer über das langsame Tempo von „Zeit Online“, während man doch live bei CNN mitlesen konnte. Im Zuge der Terroranschläge in Paris wurde der ARD vorgeworfen, sie sei viel zu spät auf Sendung gegangen. Den Redaktionen wird gar nicht mehr die Zeit gewährt, um Informationen zu prüfen. Folglich laufen bei weltumspannenden Ereignissen wie etwa Terroranschlägen unzählige Falschmeldungen über die sozialen Netzwerke und digitalen Plattformen. Da sich auch seriöse Medien an den Spekulationen beteiligen, ziehen sie das alte Mediensystem mit in die Glaubwürdigkeitskrise, die sie durch die Bezugnahme auf sich selbst nochmals verstärken. CNN beispielsweise meldete zu früh die Festnahme eines Verdächtigen. In einer Push-App-Eilmeldung berief sich auch der Nachrichtensender „n-tv“ auf CNN als Quelle, dessen Meldung kurz darauf von der Bostoner Polizei dementiert wurde (Sorge 2014, S. 5f.).

Auf diese Weise entstehen verschiedenste Echtzeit-Öffentlichkeiten, in denen die Qualität der Inhalte ungeordnet ist, deren Wahrheitsgehalt häufig nicht bestätigt ist und deren Akteure weder Journalist_innen sind noch auch nur journalistischen Standards und Zuschreibungen (Glaubwürdigkeit, Verantwortung, Ethik) nahekommen. Diese Beobachtungen signalisieren am deutlichsten den Wandel von Öffentlichkeit. Neben Öffent-

lichkeit, die „als eine Konstellation von Akteuren, die sich unter Einsatz bestimmter Kommunikationsformen und gestützt auf ein bestimmtes Medienensemble über gemeinsam als relevant erachtete Agenden verständigen und sich dazu Meinungen bilden“ (Hasebrink/Hölig 2014, S.8) anzusehen ist, lassen sich nun aufgrund des tiefgreifenden technologischen Wandels erhebliche Verschiebungen des Stellenwertes der verschiedenen Medien sowie der Formen öffentlicher Kommunikation beobachten. Digitale Plattformen werden bedeutender. Die an der Meinungsbildung beteiligten Akteure aus Politik, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen treten zunehmend selbst als Kommunikatoren auf, ebenso wie einzelne Bürger_innen. Fließende Übergänge zwischen der Kommunikation in privaten Zusammenhängen, in persönlichen und in massenmedialen Öffentlichkeiten sind die vorrangigen Kennzeichen (Hasebrink/Hölig 2014, S. 8).

Maßgebliche Kennzeichen der neu entstehenden Echtzeit-Öffentlichkeiten sind sachlich die fließenden Übergänge zwischen den Öffentlichkeiten, zeitlich die temporär divergierende Existenz von Öffentlichkeit mit plötzlichem Entstehen und Verschwinden sowie sozial die reflexive und rekursive Beteiligung aller Akteure am Kommunikationsprozess (von der Information über die Mitteilung bis zum Verstehen). Encounter-, Themen- und Medienöffentlichkeit sind keine neuen Phänomene – neu ist deren Fluidität, der schnelle Wechsel zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen von Öffentlichkeiten.

Encounter-, Themen- und Medienöffentlichkeit sind keine neuen Phänomene – neu ist deren Fluidität.

Es bestehen zwar nach wie vor größere und stabile mediale Öffentlichkeiten, weil „der allgemeine gesellschaftliche Prozess der Mediatisierung getragen und umgesetzt wird von Praktiken, die medienvermittelt ablaufen oder zumindest eng an Medien und ihre Funktionen gebunden sind. Entsprechend wichtig werden die medial eingerichteten Kommunikationsformen, weil sie die medienbezogenen Aktivitäten rahmen und häufig erst möglich machen“ (Pentzold/Katzenbach/Fraas 2014, S.4). Jedoch: Der WDR und die SZ auf „Facebook“, die Zitation sogenannter Bürgermeinungen aus „Facebook“-Einträgen in Talkshows, „Twitter“ und „Instagram“ als Recherchequellen – die traditionellen Medien pluralisieren mit den ständigen Hinweisen auf digitale Plattformen, mit ihrer eigenen Präsenz dort und mit den Verweisen auf weiterführende Informationen auf den eigenen Webseiten, ihre eigenen Referenzen bzw. Quellen

*Unter den Bedingungen von Echtzeit-
Öffentlichkeiten verändern sich die
Beziehungen zwischen den traditionellen
Medien und den Internetkonzernen.*

und schwächen damit zum Teil auch ihre Legitimation. Wenn „einfache Öffentlichkeiten spontaner und flüchtiger Interaktion mit stärker strukturierten, komplexen Öffentlichkeiten (wie Versammlungen) und der massenmedialen Öffentlichkeit intensiver in Beziehung und Austausch treten können“ (Pentzold/Katzenbach/Fraas 2014, S. 5), dann hat das nicht nur zur Folge, dass „Botschaften [...] zwischen Öffentlichkeiten hin und her [wandern]“, dass in diesen „neu entstehenden komplexen Öffentlichkeiten kohärente Kommunikationsräume [...] als Vermittlungssysteme der Selektion, Verarbeitung und Verbreitung von Kommunikation fungieren und so Massenmedien funktional ergänzen“ (Pentzold/Katzenbach/Fraas 2014, S. 8). Unter diesen

Bedingungen von Echtzeit-Öffentlichkeiten verändern sich ebenso sehr die Beziehungen zwischen den traditionellen Medien und den Internetkonzernen als neuen Medienunternehmen und es ändern sich massiv die Machtverhältnisse zwischen den Akteuren und Akteursgruppen, die öffentliche Arenen und den Zugang dorthin herstellen sowie die Handlungen in diesen Arenen bestimmen können. Neue Machtverhältnisse erfordern aber eine Neubestimmung von Verantwortung und Ethik.

Ein schwerwiegendes Problem in den zuvor zitierten Analysen besteht darin, dass bei den dort beschriebenen Zuständen und Ereignissen keine Akteure beteiligt zu sein scheinen. „Plattformen intensivieren“, „Botschaften wandern“, „Öffentlichkeiten bilden Kommunikationsräume“ – in dieser Sprache gibt es keine Adressaten für Interessen, Machtansprüche und Verantwortungszuschreibungen.

Zwar werden Machtstreben und Interessensdurchsetzung durchaus gesehen. Sie werden jedoch den „politics of platforms“ zugerechnet, die bestimmen, „welche Beiträge technologisch machbar und institutionell erlaubt sind“, die „über algorithmisch informierte Mechanismen“ verfügen und auf diese Weise Beiträgen und Themen Relevanz zu- beziehungsweise abschreiben und die so den Zugang zu Informationen und Öffentlichkeiten regeln. Als einzige Referenz an machtvollen Akteure wird ausgeführt: Die „Plattformpolitiken“ werden „auch und vor allem für die Belange der kommerziellen Betreiber und ihrer Partner und Kunden eingesetzt“ (Pentzold/Katzenbach/Fraas 2014, S. 8f.).

Doch mit derart abstrakten Begrifflichkeiten und Analysemustern wird den digitalen Internetkonzernen und ihren

Interessen nicht beizukommen sein, wie erste Untersuchungen zu Governance und Verantwortungskultur zeigen. Wassmer/Jarren (2015, S. 83) haben bei Anbietern von digitalen Plattformen die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) und die Allgemeinen Nutzungsbedingungen (ANB) sowie weitere von den Internetdiensten zur Verfügung gestellte Dokumente und schließlich auch Internetseiten, auf denen Regeln und Normen der Anbieter öffentlich bereitgestellt werden, untersucht. Die Analysen sollten offenlegen, „welche Regeln gesetzt werden und wie diese kommuniziert werden“, um im Weiteren „zu analysieren, welche Rechte und Pflichten die Nutzer der Social-Web-Dienste haben“ sowie „welche technischen Schutzmöglichkeiten den Nutzern zur Verfügung stehen“ (Wassmer/Jarren 2015, S. 78).

Das Ergebnis war ernüchternd. Eine fragmentierte Regelstruktur, eine ungenaue Definition von Geboten und Verboten sowie die Delegation von Verantwortung an die Nutzer_innen sind genau das Gegenteil „von klaren und widerspruchsfreien Regeln und Normen für eine funktionierende Selbstorganisation“, die „somit meist nicht gegeben ist“ (Wassmer/Jarren 2015, S. 85). Perspektivisch sollte mit einem juristisch-kommunikationswissenschaftlichen Ansatz und der Unterscheidung zwischen unmittelbar-publizistischen, mittelbar-inhaltlichen und mittelbar-strukturellen Einflussnahmen gearbeitet werden, um damit die Produktions-, die Distributions- und die Nutzerseite einzubeziehen (Schulz/Dreyer/Hagemeier 2011, S. 28).

Festhalten lässt sich, dass die Internetkonzerne mit großer Macht, mit vielen Finanzmitteln und ihren technologischen Ressourcen in das mediale Feld drängen und damit die Entstehung und den Zugang von und das Handeln der Akteure in Öffentlichkeiten massiv verändern. Die bestehenden ethischen Regeln und Mechanismen der Verantwortungswahrnehmung im Hinblick auf ein journalistisches Berufsethos und die gesellschaftlichen Funktionsaufträge der Medien übernehmen die Konzerne jedoch nicht.

Neue Öffentlichkeiten und neue Verantwortlichkeiten

Maßgebliche Ressource für die Veränderungen von Öffentlichkeiten ist die Etablierung der digitalen Medientechniken als eine tiefgreifende, disruptive Innovation. Die strukturellen Folgen in sämtlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereichen der Gesellschaft sind jedoch nicht den Technologien

geschuldet, sondern denjenigen Akteure, die die Technologien aufgrund ihrer spezifischen Interessen einsetzen. Die digitale Gesellschaft beschränkt sich also nicht auf technische Phänomene, sondern spült neue Institutionen und Organisationen sowie Akteure in die Arenen der Öffentlichkeit, sie löst neue Machtverhältnisse aus und initialisiert neue kommunikative Praktiken. Die neuen Akteure entwickeln die Techniken und verfeinern sie permanent; sie legen zugleich die Rollen in diesen Arenen ebenso fest wie die Regeln. Sie entscheiden darüber, wer Zugang erhält, welche Funktion die öffentlichen Arenen haben und was dort möglich und erlaubt ist und was nicht. Diese Entwicklungen verlaufen jedoch nicht linear, sondern sind von Brüchen und Widersprüchen geprägt.

Neben der Herausforderung, dieses Geflecht analytisch zu fassen, besteht eine weitere Herausforderung darin zu eruieren, wie die entstehenden Akteurs- und Institutionskonfigurationen theoretisch gefasst werden können und wie die Beziehungen zwischen alten und neuen Akteuren bei der Entstehung und Nutzung der öffentlichen Arenen zu beschreiben und analysieren sind, wie es etwa Neuberger (2014) mit der Unterscheidung von Interaktionsmodi in einer dynamischen Netzwerköffentlichkeit versucht.

Im Unterschied zu den bisherigen massenmedialen Öffentlichkeiten werden die neu entstehenden öffentlichen Arenen zu einem großen Teil von den Nutzer_innen selbst konstituiert („Produser“). Das Resultat sind dynamische „Gestaltungsöffentlichkeiten“, die von klassischen „Sendern“ und von aktiven Publika, aber auch von IT-Unternehmen und Softwareproduzenten verändert werden können. Die Funktionen der neuen Arenen der Öffentlichkeit werden im Wechselspiel von divergierenden Nutzerinteressen sowie ökonomischen und technischen Faktoren bestimmt und etabliert.

Zugleich bilden die digitalen Mediensysteme aufgrund ihrer Durchdringung aller Lebenswelten eine ständige soziale Haut, die als ein umfassendes Mitteilungs- und Wahrnehmungsorgan fungiert. Dazu trägt insbesondere die intensive Nutzung des Smartphones als Überall-Dabei-Medium bei. Es hat eine Mittlerfunktion zwischen informatisierten Umgebungen (Internet der Dinge), sozialen Netzen, (kommerziellen) Dienstleistungen und journalistischen Angeboten. Die Folgen der ubiquitären Mediensysteme sind weitreichend: Öffentlich-

*Die neuen Arenen werden großteils
von den Nutzern selbst konstituiert.
Das Resultat sind dynamische
„Gestaltungsöffentlichkeiten“.*

keiten lassen sich aufgrund ihrer digitalen Verfasstheit umprogrammieren. Besonders deutlich wird dies in der Orientierung auf immaterielle und personalisierbare Infrastrukturen wie Nutzerdaten und -profile, den Software-Code der digitalen Plattformen oder den Algorithmen zur Analyse und Ausschöpfung von Kommunikationsinhalten und -beziehungen. Derartige neue Produzent-Produkt-Nutzer-Beziehungen haben insbesondere Auswirkungen auf das journalistische Feld. Als Beispiele für Veränderungen von Journalismus und Medienöffentlichkeiten unter dem Einfluss von Echtzeit-Elementen lassen sich anführen:

- ▶ **Berichterstattung vs. Miterleben:** Die Herstellung von Echtzeit-Öffentlichkeiten über interaktive Streaming-Dienste verspricht die Spannung des Live-Dabeiseins – ohne allerdings das Gezeigte und Erlebte reflexiv einordnen zu können. Diese Leistung des Journalismus (Begründungen liefern, Erklärungen versuchen, Bewertungen anbieten) tritt hinter die Macht des „authentischen“ Bildes zurück.
- ▶ **Archivierung vs. Live-Bild:** Auch ohne bedeutsames Ereignis oder nachweisbarem Nachrichtenwert entfaltet das Live-Bild eine besondere Kraft. Seine Suggestivkraft dominiert in der Echtzeit-Öffentlichkeit über Relevanz und kritische Auswahl. Wie ist das zu vereinbaren mit Fragen nach Archivierung, Vergessen und Verschwinden von Inhalten (siehe „YouNow“, „Snapchat“)?
- ▶ **Echtzeit-Kritik verändert Medienkritik:** In Reaktion auf Echtzeit-Öffentlichkeiten entstehen neue Formen der Medienkritik (z.B. Second Screen, Blogs oder „Twitter“-Nachrichten). Welcher Dynamik unterliegen diese Medienkritiken? Sind sie die adäquate Entsprechung der herkömmlichen Medienkritik?
- ▶ **Echtzeit-Überwachung wirkt sich auf Privatheit aus:** Die Herstellung einer Öffentlichkeit im alltäglichen Kontext ist häufig verbunden mit der Konstituierung einer Überwachungssituation. Wo liegen die Grenzen zwischen der legitimen und medienethisch wünschbaren Herstellung von Öffentlichkeit und dem Einwandern einer permanenten potenziellen Überwachungssituation durch Echtzeit-Öffentlichkeiten?

Bislang existieren keine Handlungsempfehlungen, vermutlich nicht einmal ein Problembewusstsein hinsichtlich der Auswirkungen von Echtzeit-Öffentlichkeiten und der unmittelbar

damit zusammenhängenden Frage nach den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Neugestaltung einer Medienethik, verstanden als kommunikative Verantwortung der Akteure der Öffentlichkeiten für ihre machtvollen Positionen. Zu entwickeln und zu prüfen wären Modelle, wie Verantwortung zu konkretisieren ist, um Kriterien für verantwortliches Handeln zu erarbeiten, das den neuen komplexen Strukturen gerecht wird. In einem zweiten Schritt ist zu diskutieren, wie eine (Selbst-) Verpflichtung der alten und neuen Akteure im Mediensystem auf derartige Kriterien verantwortlichen Handelns erreicht werden kann.

Der Aspekt der Echtzeit ist bedeutsam, da für Journalismus als Reflexionsinstanz ein zeitlicher Abstand zu den Referenzereignissen erforderlich bzw. selbstverständlich war, um Verantwortungswahrnehmung prüfen zu können. Genau der „Zeitverlust“ durch die Beschleunigung der Aufmerksamkeitskreisläufe in den (sozialen) Medien stellt ein verantwortliches, ethikorientiertes (journalistisches) Handeln vor große und derzeit unüberwindbare Hindernisse. Echtzeit-Öffentlichkeiten zwingen

*Echtzeit-Öffentlichkeiten
zwingen offensichtlich
gleichzeitig zu einer
Echtzeit-Ethik.*

aber offensichtlich gleichzeitig zu einer Echtzeit-Ethik. Allerdings müssen Ansatzpunkte und Eingreifmechanismen für neue Reflexions- und Verantwortungspraktiken zuerst einmal entlang der Untersuchungsgegenstände und möglicher Fallstudien zu Echtzeit-Öffentlichkeiten diskutiert und erarbeitet werden.

In diesem Zusammenhang stehen Algorithmen bzw. die Entwicklung von Codes exemplarisch für die durch Digitalisierung und Beschleunigung ausgelöste Verantwortungskrise (Filipović 2013; 2015). Offensichtlich ist, dass menschliche Akteure in den verkürzten Zyklen der Nachrichtenverarbeitung nicht mehr schnell genug reagieren können, stattdessen sollen neue, automatisierte Strukturen greifen. Für diese Strukturen bestehen aber noch keine Verantwortungsformen und -regeln. Deren Notwendigkeit und Etablierung ist ebenso zu prüfen wie die Annahme, dass Verantwortungsreflexion und Ethik an anderen Stellen in die Prozesse und Diskurse integriert werden müssen. Hierfür kommt der Moment der Programmierung von Algorithmen in Frage; schon bei der Entwicklung geeigneter Software sind Verantwortungsfragen bei den dahinter stehenden Akteuren und ihren Interessen zu stellen. Ein weiterer beispielhafter und wichtiger Aspekt ist die Entflechtung monopolistischer An-

bieter- und Medienstrukturen und die Schaffung einer pluralistischen Kommunikations- und Medienlandschaft, in der sich Anbieter und journalistische Plattformen etablieren können, die Reputation und Vertrauenswürdigkeit aus der Qualität ihrer Angebote und dem Dialog mit ihrem Adressatenkreis ziehen.

Stärker als es bisher im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs der Fall ist, sollte das Konstrukt einer „Echtzeit-Ethik“ mit Blick auf den digitalen Journalismus in den Fokus rücken. Die medialen Verwertungslogiken machen ein immer schnelleres, unmittelbares, marktgetriebenes Analysieren, Kommentieren und Bewerten erforderlich. Damit einher geht eine Echtzeit-Medienkritik, die notwendigerweise anderen Regeln folgt als eine genuin medienethische Reflexion. Diese anderen Regeln zu erfassen, zu beschreiben und zu erklären sowie darauf aufbauend eine (medien-)ethische Reflexion und auch Handlungsempfehlungen zu ermitteln, ist eine zentrale und aktuelle Aufgabe verantwortungsvoller Wissenschaft.

Literatur

- Engesser, Sven/Wimmer, Jeffrey (2009): *Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet*. In: *Publizistik*, 54. Jg., H.1, S. 43–63.
- Etzioni, Amitai (1997): *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*. Frankfurt a.M./New York.
- Filipović, Alexander (2013): *Die Enge der weiten Medienwelt. Bedrohen Algorithmen die Freiheit öffentlicher Kommunikation?* In: *Communicatio Socialis*, 46. Jg., H. 2, S. 192–208.
- Filipović, Alexander (2015): *Die Datafizierung der Welt. Eine ethische Vermessung des digitalen Wandels*. In: *Communicatio Socialis*, 48. Jg. H.1, S. 6–15.
- Gennis, Martin/Gundlach, Hardy (2014): *Wer sind die Gatekeeper der Konvergenzmedien? Kriterien und Bestimmung vorherrschender Meinungsmacht in konvergenten Medienumgebungen*. In: *Media Perspektiven*, 45. Jg., H. 10, S. 507–524.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm (1990): *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. WZB-Papers. Berlin.
- Habermas, Jürgen (1975): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied/Berlin.
- Hasebrink, Uwe/Hölig, Sascha (2014): *Topografie der Öffentlichkeit*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 64. Jg., H. 22–23, S. 23–28.
- Horkheimer, Max/Adorno Theodor W. (1966): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt a.M..
- Imhof, Kurt (2011): *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Frankfurt a. M..

- Imhof, Kurt (2015): *Demokratisierung durch Social Media*. In: Imhof, Kurt et al. (Hg.): *Demokratisierung durch Social Media?* Wiesbaden, S. 15-26.
- Marcinkowski, Frank/Pfetsch, Barbara (2009): *Problemlagen der „Mediendemokratie“ – Theorien und Befunde zur Medialisierung von Politik*. In: dies. (Hg.): *Politik in der Mediendemokratie*. PVS-Sonderheft 42/2009. Wiesbaden, S. 11-33.
- Neidhardt, Friedhelm (1994): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. In: Ders. (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Opladen, S. 7-41.
- Neuberger, Christoph (2014): *Konflikt, Konkurrenz und Kooperation. Interaktionsmodi in einer Theorie der dynamischen Netzwerköffentlichkeit*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 62. Jg., H. 4, S. 567-587.
- Pentzold, Christian/Katzenbach, Christian/Fraas, Claudia (2014): *Digitale Plattformen und Öffentlichkeiten mediatisierter politischer Kommunikation*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 64. Jg., H. 22-23, S. 23-28.
- Schulz, Wolfgang/Dreyer, Stephan/Hagemeier, Stefanie (2011): *Machtverschiebung in der öffentlichen Kommunikation*. Bonn.
- Sorge, Petra (2014): *Echtzeitjournalismus in der Kritik*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 64. Jg., H. 22-23, S. 23-28.
- Strömbäck, Jesper (2008): *Four Phases of Mediatization: An Analysis of the Mediatization of Politics*. In: *The International Journal for Press/Politics*, 13. Jg., H. 3, S. 228-246.
- Wassmer, Christian/Jarren, Otfried (2015): *Durch Governance zu einer gemeinsamen Verantwortungskultur? Regelstruktur und Nutzerbeteiligung bei ausgewählten Social-Media-Anbietern im Vergleich*. In: Imhof, Kurt et al. (Hg.): *Demokratisierung durch Social Media?* Wiesbaden, S. 78-94.

Gut in der Zeit?

Beschleunigung – Synchronie – Zeitverschiebung

Von Hans-Joachim Höhn

Abstract Der Grad technischer und sozialer Fortschritte wird in modernen Gesellschaften an dem Tempo gemessen, mit dem sich erhoffte Verbesserungen einstellen. Daseins-Optimierungen sind umso besser, je schneller sie erzielt werden. Die Zukunft rückt dabei immer rascher an die Gegenwart heran, aber ebenso verringert sich die Geltungs- und Aktualitätsdauer des Gegenwärtigen. Wartezeiten verkürzen sich im selben Maße wie Verweilzeiten. Museen und Archive, Datenbanken und Mediatheken halten das Vergangene dauerhaft präsent. Bewegen wir uns auf eine „Instantkultur“ zu, in der Künftiges, Gegenwärtiges und Vergangenes keinen klar unterscheidbaren Zeit-zonen mehr angehören? Besteht im Zeitalter der Beschleunigung eine kulturelle Schlüsselqualifikation in der Synchronisierung alles Zeitlichen? Welche Nebenwirkungen haben diese „Zeitverschiebungen“?

Zu den häufig gebrauchten Reporterfloskeln bei der Übertragung von Marathonläufen zählt die Feststellung, die Favoriten seien im Blick auf angepeilte Rekorde noch „gut in der Zeit“. Zwar ist das Ziel noch lange nicht in Sicht, aber die Hochrechnung von bisher absolvierter Strecke und eingeschlagenem Tempo lässt darauf schließen, dass eine neue Bestzeit durchaus möglich ist. Wer nicht nur eine persönliche Bestleistung erzielen, sondern das Rennen auch gewinnen will, darf sich nicht nur an einer fixen Marschtabelle orientieren. Die Wettkampftaktik muss vor allem in der zweiten Rennhälfte auch unerwartete Temposteigerungen und -verschärfungen vorsehen. Nur gut in der Zeit zu sein genügt nicht. Siegertypen müssen besser sein und das heißt: Sie müssen schneller sein. Dies gilt nicht nur im Bereich des Sports, sondern in allen Bereichen, die von Konkurrenz und Wettbewerb geprägt sind. Wer sich in modernen Gesellschaften nach Aufforderungen umsieht, denen ohne Wenn und Aber zu folgen ist, kommt am „kinetischen“ Imperativ der Moderne nicht vorbei: „Mach schneller! Beeil Dich!“

Dr. Hans-Joachim Höhn ist Professor für Systematische Theologie und Religionsphilosophie sowie Koordinator des Studiengangs „Religion – Kultur – Moderne“ an der Universität zu Köln.

Kategorische Imperative sind heute an den Maximen der Beschleunigung orientiert. In Wahrheit sind sie Komparative. Hinter ihnen steht eine Steigerungslogik, welche auf permanente Überbietungen setzt: Auch Beschleunigungen sind zu beschleunigen! Alle Zeichen der Zeit weisen dieses temporale Vorzeichen auf. Die Moderne als Zeitalter der Beschleunigung zu bestimmen, stellt darum keine voreilige Generalisierung einer Einzelbeobachtung dar. Vielmehr kann damit ein gemeinsames Kennzeichen ihrer Projekte und der Verlaufsform ihrer Realisierung identifiziert werden. Im Folgenden sollen anhand einiger kulturdiagnostischer Streiflichter die Folgen dieser Entwicklung für das „Zeitbewusstsein“ der Moderne sondiert werden: Inwieweit ist Beschleunigung eine Messgröße für Fortschritte? Wie verändert sich auf dem Feld der medialen Interaktion durch Prozesse der raum-zeitlichen Entgrenzung die Bedeutung der Zeitmodi Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft? Inwiefern führt der kinetische Imperativ zu problem erzeugenden Problemlösungen?

Tempo, Tempo! – Der kinetische Imperativ der Moderne

Von den zahlreichen Weltverbesserungsprogrammen der Moderne haben sich etliche nur als teilweise erfolgreich, andere sogar als undurchführbar erwiesen. Aber dies hat nicht zur Revision der Leitidee der beschleunigten Veränderung geführt. Sie hat offensichtlich von allen Visionen und Utopien, welche die Moderne in ihr Programm aufgenommen hat, nichts an Faszination eingebüßt. Mit ihr hat sich das Fortschrittspathos der Aufklärung über die Dialektik der Aufklärung hinweg gerettet. In ihrem Gefolge präsentiert und behauptet sich die Moderne als Epoche der kompromisslosen Bevorzugung des Neuen vor dem Alten. Zu ihrem Pathos gehört die Überzeugung, dass jetzt die Zeit für das Neue gekommen ist. Im Neuen liegt die Zukunft. Ihr muss das Alte Platz machen. Seit der Aufklärung gilt: Aus Tradition soll Innovation werden und über die rechten Innovationen soll die Vernunft bestimmen. Auf diese Weise soll auch das bisherige Verhältnis zwischen dem Schicksalhaften und dem Machbaren zugunsten des Machbaren verändert werden. Erst dann kann von einer autonomen Gestaltung menschlicher Daseinsverhältnisse gesprochen werden, wenn alles, was bisher eine unbeeinflussbare Bedingung des Daseins war, umgewandelt wird in eine Konsequenz menschlichen Wollens und Tuns. Das gilt auch für die Zeit, die bisher etwas Unverfügba-

res war und sich von selbst einstellte. Sie soll nun zur Variablen menschlicher Fähigkeiten und Fertigkeiten werden. Der Zug der Zeit soll sich fortan nach Fahrplänen und Zielbahnhöfen richten, die der Mensch bestimmt. Er will zu seinen Lebzeiten etwas Weltbewegendes zustande bringen, das Teil einer Vorwärts- und Aufwärtsbewegung zum Besseren ist.

Damit es dabei mit rechten Dingen zugeht, ist der Vernunft auf die Sprünge zu helfen. Daher ruft die Aufklärung eine allgemeine Mobilmachung aus, die nicht für das Militär Rekruten sucht, sondern für die friedlicheren Projekte der Vernunft wirbt: Freiheit, Selbstbestimmung, Wohlstand. Geboten ist die Beseitigung aller traditionsbestimmten Hemmnisse der Vernunft und die Einrichtung von Verfahren zur beschleunigten Freisetzung ihrer individuellen und sozialen Fortschrittspotentiale. Auf den Schnellstraßen der „progressiven“ Vernunft soll alles immer schneller immer besser werden. Die Zeit gehört nicht mehr allein Gott, der Mensch nimmt sie sich, rechnet und handelt mit ihr. Fortan kann man Zeit „investieren“ und „sparen“, „verschenken“ oder „stehlen“, „gewinnen“ und „verlieren“. Sie untersteht dem Kalkül der Zwecke setzenden und optimale Mittel der Zielrealisation konstruierenden Vernunft. Nach und nach bringen sich die Menschen in ein Herrschaftsverhältnis zu dem, dessen Untertan sie bisher sein mussten. Chronokratie ist angesagt.

*Die Zeit gehört nicht mehr
allein Gott, der Mensch
nimmt sie sich, rechnet
und handelt mit ihr.*

Dass die Herrschaft über die Zeit möglichst rasch zu erringen ist, folgt aus der Erfahrung, dass die dem Menschen zur Realisierung seiner Projekte verfügbare Zeit knapp ist. Dass das Fortschrittsstempo zu erhöhen ist, ergibt sich aus der Koppelung von Zeitknappheit und Zeitdruck, welche die Realisierungschancen aller Menschheitsprojekte begrenzt. Dass seine Lebenszeit befristet ist, zwingt den Menschen zur Beschleunigung seiner Lebensvollzüge, will er in der endlichen Spanne seiner Lebenszeit etwas vom Leben haben und im Leben erreichen. Während in einer vormals christlich geprägten Zeitkultur das irdische Leben auf ein transzendentes „Nachher“ hingeeordnet war, das die Bedeutung der Lebenslänge relativierte, wird mit dem Schwinden christlicher Transzendenzvorstellungen seit dem Beginn der Moderne die Lebensdauer zum entscheidenden Thema des Daseins. Unter diesen Bedingungen reicht die vorhandene Lebenszeit nie aus. Zeit wird immer knapper und kostbarer und erhält gerade deswegen eine alle Lebensbereiche

durchdringende Bedeutung. Das geheime Motiv der zahllosen Bemühungen Zeit zu gewinnen ist die Angst vor dem Ende der individuellen Lebenszeit und vor dem Ende aller Zeiten, das den Sinn augenblicklichen Tuns fragwürdig macht. Was am Ende des Lebens zum Nichts wird, kann nicht wirklich sinnstiftend sein. Um diese Aporie zu vermeiden, versucht man den Ablauf der Zeit zu unterlaufen, um auf diese Weise auch jener Vergänglichkeit zuvorzukommen, die allen vom Menschen gesetzten Sinn hintertreibt. Darum wird Zeitgewinn zur modernen Chiffre für Sinnerfüllung. Dazu bieten sich zwei Möglichkeiten an. Entweder versucht man, das Ende der Zeit hinauszuschieben, indem man den Tod aufhält, hinausschiebt, verdrängt. Oder man holt mehr aus der verfügbaren Zeit heraus. Man hat dann *im* Leben mehr *vom* Leben, wenn den wichtigen Dingen im Leben nicht allzu lange Zeit gelassen wird. Oder wenn man die Ereignisdichte pro Jahr und Tag erhöht und eine ständig größer werdende Zahl von Operationen innerhalb derselben Zeitstrecke vollzogen werden kann. Im Leben passiert mehr, wenn alles schneller passiert oder wenn alles jederzeit möglich ist.

Beschleunigte Beschleunigung: Entgrenzung von Raum und Zeit

Beschleunigungen dienen dazu, räumliche Entfernungen rascher zu überbrücken. Als probates Mittel empfiehlt sich die Erhöhung „maschineller“ Geschwindigkeiten im Bereich der Produktion und Distribution von Gütern und der Bereitstellung von Dienstleistungen. Technischer Fortschritt besteht aber nicht bloß in verbesserten Mitteln und Wegen der Fortbewegung. Gefordert und gefördert wird in der Moderne alles, was zur Erhöhung der Beweglichkeitsrate führt. Es geht dabei nicht mehr allein um transitive Bewegungen im Sinne des zeit- und raumübergreifenden Warentransportes. Temposteigerungen werden nun vor allem reflexiv verstanden: als Bewegung zur Erhöhung der Dynamik von Prozessen, als Motor gesteigerter Mobilität. Es kommt darauf an, in immer kürzeren Intervallen „von 0 auf 100“ zu kommen, das heißt die Zeit zu verkürzen, die vergeht, bis Höchstgeschwindigkeiten erreicht werden. Wer durch Beschleunigungen Zeit verkürzt, gewinnt Zeit. Was Zeit braucht, verbraucht bereits zu viel Zeit.

Es sind reflexive Formen der Mobilisierung, welche Modernisierungsprozesse definieren und „Modernität“ zu einer Kategorie der Bewegung und Optimierung machen. Die gewünschten Effekte lassen sich erreichen durch die Steigerung

des Ablauftempos von Vorgängen oder über die Vermeidung von zeitraubenden Verrichtungen, Wartezeiten und Leerzeiten. Wo diese Verfahren gekoppelt werden, kommt es zu einem neuerlichen Modernisierungsschub, wie dies exemplarisch an der exponentiellen Erhöhung der Innovationsrate im Bereich der Technik und der Ökonomie ablesbar ist. Diese Innovationen haben zu einem beträchtlichen Teil den Effekt, die Produktivität, das heißt die Geschwindigkeit der Herstellung und die Menge der pro Zeiteinheit produzierbaren Waren, Güter und Dienstleistungen, zu erhöhen.

Als Fernziel der raumzeitlich begrenzten, aber stetigen Produktivitätssteigerung („schneller, höher, weiter“) erweist sich die Synchronie, die Gleichzeitigkeit des Maximalen („viel, mehr, immer“), die ein Produkt jederzeit für (fast) jeden überall und sofort verfügbar macht. Alltagsweltlich ist dies bereits mit der Durchsetzung einer „Instant-Kultur“ gelungen. In der Gastronomie breiten sich Fast-Food-Ketten aus, die jedes Menü ohne Wartezeit und auch in der „to go“-Variante anbieten. Fernsehsender überbieten sich mit Live-Übertragungen sportlicher und politischer Großereignisse. Man kann in speziellen TV-Kanälen per Teleshopping rund um die Uhr auf Schnäppchenjagd gehen, via Internet lassen sich auch um Mitternacht Bankgeschäfte erledigen. Die Digitalisierung der Kommunikation macht es möglich, Mitteilungen per E-Mail in Sekundenbruchteilen um die ganze Welt zu schicken und sich mit Nachrichtenempfängern dank passender Apps in „Echtzeit“ auszutauschen.

Beschleunigungen dienen der Herstellung von Gegenwart, der Ermöglichung des Dabeiseins, die ohne den Zwang zur lokalen Präsenz auskommt.

Beschleunigungen dienen der Herstellung von Gegenwart, der Ermöglichung des unmittelbaren Dabeiseins, die ohne den Zwang zur lokalen Präsenz auskommt. Wer sich bei sportlichen Großereignissen vor Ort aufhält, läuft Gefahr im Gedränge unterzugehen und nichts mitzukriegen. Wer sich auf den Weg zu solchen Events in weit entfernten Weltgegenden macht, muss obendrein unterschiedliche Zeitzonen durchqueren und sich mit dem „Jetlag“ abplagen. Man kann sich dies ersparen und bekommt am Fernseher dennoch alles mit. Die Nutzeneffekte von Beschleunigungen müssen nicht immer mit Selbstbewegungen gekoppelt sein. Es reicht, wenn sich die Welt um das Subjekt dreht. Individuelle Immobilität ist häufig sogar eine Partizipationsbedingung. Wer zu Hause bleibt, erhält Weltereignisse frei Haus geliefert. Wer Bekannte am Ort des Geschehens hat, muss

sie lediglich mit einer handyintegrierten Digitalkamera ausrüsten, um als Zuschauer aus der Distanz „mittendrin“ statt bloß dabei zu sein. Und wer etwas Wichtiges verpasst hat, hat auf Mediatheken immerhin die Chance des „Nachsehens“.

Während bisher Allgegenwart für einen Menschen gänzlich unmöglich war, weil sie die Fähigkeit zur simultanen Präsenz an mehreren Orten verlangte, hat die internetbasierte Omnipräsenz den Vorteil der „*stabilitas loci*“. Man muss nicht mehr verreisen, um überall anwesend (oder gewesen) zu sein. Man muss nur auf dem Bildschirm mehrere Fenster nebeneinander platzieren und schon hat man auf einen Blick über diverse Webcams die beste Aussicht auf alles. Man muss nirgendwo hin, um irgendwo zu sein und alles mitzukriegen. Wer noch alles mitkriegt, ist bekanntlich noch nicht tot, sondern steht mitten im Leben. Mitten im Leben ist man auch nicht einsam: Ich bin im Netz – also bin ich nicht allein auf der Welt. Gemeinschaftsbildung geschieht auf dem Weg der Videosynthese.

Das Internet ist längst nicht mehr ein Medium, das man eigens einschalten muss, sondern eines, das man eigens abschalten muss. Denn „offline“ zu sein, kann sich niemand leisten, der nichts verpassen will. Wer es zu einem gewissen Prominenten-Status gebracht hat, wird via „Twitter“ einen Sympathisanten- und Fankreis aufbauen können, der mit der Selbstbezeichnung „follower“ religiös konnotierte Nachfolge- und Gefolgschaftsvorstellungen bedient. Wo immer ein „follower“ sich auch aufhalten mag, er erfährt stets als Erster und aus erster Hand in Echtzeit, was jemanden umtreibt, der ihm wichtig ist. Dazu muss er nur die Bedingung erfüllen, „online“ zu sein. Dann hilft ihm die digitale Kommunikationsplattform, dass Raum und Zeit ihren dissoziierenden Charakter verlieren. Wer „online“ ist, kann schließlich sein wie Gott: zu jeder Zeit von überall von jedem Menschen erreichbar!

Ebenso wie die Unterscheidung zwischen „hier“ und „dort“, zwischen „lokal“ und „global“ ins Schwimmen gerät, werden räumliche Grenzen zwischen „oben“ und „unten“ bzw. „innen“ und „außen“ aufgehoben. Wer mit der Software „Google Earth“ arbeitet, kann mit dem Auge Gottes die Welt betrachten: Man hat von oben und weit draußen einen Blick auf die Welt (in der man zugleich ist). Alles kann sichtbar werden, indem man nahe genug heranzoomt, und man selbst kann zugleich als Alles-Seher für Andere unsichtbar bleiben.

Dass die Zwänge von Raum und Zeit abgestreift werden, zeigt sich auch daran, dass das Internet „synchrone Inkarna-

tionen“ ermöglicht. Man muss nicht mehr erst sterben, um anschließend wiedergeboren zu werden. Man kann am Leben sein und zugleich ganz anders, als ein ganz anderer zur Welt kommen. Man kann sich nach eigenem Bild und Gleichnis einen Avatar erschaffen, der als Alter Ego, als immaterielles Alternativ-Ich im Netz unterwegs ist. Und ebenso kann man sich vervielfältigen – Doppel- und Mehrfachexistenzen führen: Ich bin wer und zwar viele! Ich muss mich nicht verstellen, sondern es genügt ein digitaler Stellvertreter, um ein Doppelleben führen zu können. Und in „www.secondlife.com“ kann ich auch unsterblich sein – mein digitalisiertes Ich kann dort weiterleben in einem immateriellen Jenseits, in einem diesseitigen Jenseits.

Aber nicht nur das individuelle Lebensende ist digital aufschiebbar. Ein jegliches Ende lässt sich im Internet verschieben. Man kommt auf der Basis der Hypertext-Technologie von einem Zwischenhalt zum anderen, jedoch niemals an ein Ende und bewegt sich daher in der Sphäre des Unendlichen und Unerschöpflichen. Zahllose Links zeigen, dass alles mit allem verwoben ist. Die Entdeckung derart lückenloser Vernetzung nährt auch die Hoffnung auf ein beständiges „weiter so“. Ewigkeit wird hier neu definiert als nicht enden müssende Fortsetzung des Surfens. Jeder Mausklick liefert den direkten Beweis. Das Ewige im Digitalformat kombiniert einen zeitlichen Superlativ mit einem räumlichen Komparativ: Es muss und kann immer weiter gehen!

Unendlichkeit und Unsterblichkeit im „World Wide Web“ haben ihren Preis, den vor allem jene Nutzer zu zahlen haben, denen es um ein letztes Heilsversprechen des Internets geht: Allwissenheit. Wer eine Suchmaschine à la „Google“ einsetzt, erhält alles Wissbare und Wissenswerte aufgelistet. Wer darüber hinaus auf spezielle Suchprogramme zugreift, kommt ausnahmslos allem auf die Spur und allen auf die Schliche. Das Netz vergisst nichts. Dies gilt aber auch für den Suchagenten selbst. Es genügt diesen virtuellen Raum nur einmal zu betreten und die digitale Spurensicherung heftet sich an die Fersen des Nutzers, stellt ein Persönlichkeitsprofil zusammen, das Rückschlüsse auf seine Vorlieben und Abneigungen erlaubt, die ihm selbst verborgen bleiben. Wer Suchmaschinen verwendet, um Daten zu sammeln, wird dabei selbst zum Gegenstand des Datensammelns. Nicht alle Surfspuren lassen sich verwischen. Manches bleibt für alle Zeit gespeichert.

*Ewigkeit wird im Internet neu
definiert als nicht enden müssende
Fortsetzung des Surfens. Jeder Maus-
klick liefert den direkten Beweis.*

Zeitverschiebungen: Bewegung ohne Ziel?

Der kinetische Imperativ kann auf ökonomischem, technischem und politischem Gebiet eine einzigartige Erfolgsbilanz vorweisen. Die Befreiung des Menschen von naturbedingten Zeitgrenzen und -barrieren steigerte die Produktivität der Arbeit und mehrte Wohlstand und Wohlfahrt. Der Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik erhöhte für breite Bevölkerungsschichten die Partizipationschancen am politischen und kulturellen Leben. Das moderne Verkehrswesen hat eine enorme Erhöhung des kollektiven Mobilitätsgrades und als dessen Folge eine beispiellose Steigerung individueller Freiheitsgrade gebracht. Glück im Unglück verdankt sich nicht mehr dem Zufall. Dringend benötigte Medikamente können innerhalb kurzer Zeit in entlegene Weltregionen gebracht werden. Humanitäre Hilfe in Katastrophenfällen ist prinzipiell ebenso rasch global organisierbar.

Technische Beschleunigungen sind in der Regel fortschrittsdienlich. Aber gilt das ausnahmslos auch für die Beschleunigung von Beschleunigungen – vor allem hinsichtlich erhoffter sozialer Fortschritte? Oder insinuiert dort die Permanenz eines hohen Tempos lediglich eine ständige Vorwärts-

bewegung? Wer einmal an einem Bachlauf bei Hochwasser steht, kann beobachten: Je höher das Tempo eines solchen Fließgewässers ist, umso weniger strömt das Wasser geradlinig und gleichmäßig. Es kommt zur Bildung von Wirbeln und Kreisel, in denen

sich alles dreht, aber nichts mehr vorankommt. Kann nicht auch eine Beschleunigungsgesellschaft in den Zustand des „rasenden Stillstands“ (Paul Virilio) geraten? In ihr herrscht zwar eine enorme Umlaufgeschwindigkeit, aber führt diese auch zu einem erkennbaren Fortschritt? Alles ist in Bewegung, aber geht es auch mit allem voran?

Zum Gedanken des beschleunigten Fortschritts gehört nicht bloß das beschleunigte Vorankommen, sondern auch das Hintersichlassen. Es zählt zu den Paradoxien des kinetischen Imperativs, dass er im Laufe der Zeit durch seine Innovationen zugleich für eine Vermehrung technischer Hinterlassenschaften sorgt, das heißt die Menge jener kulturellen Produkte erhöht, die als veraltet gelten. Je schneller man sich auf das in der Zukunft vermutete Neue und Bessere zubewegt, umso kürzer währt die Nutzungspräsenz des Neuen und Besseren. Es ist keineswegs abgenutzt oder verschlissen und deswegen alt.

Kann nicht auch eine Beschleunigungsgesellschaft in den Zustand des „rasenden Stillstands“ (Paul Virilio) geraten?

Aber das Neue weist so viele Vorteile auf, dass es ungeachtet der uneingeschränkten Funktionstüchtigkeit des bisher benutzten Gerätes den Vorzug erhält. Nutzungsdauer und Produktlebensdauer gehen scherenförmig auseinander. Mit der Erhöhung der Innovationsrate wächst daher der Bestand des Veralteten, den es zu entsorgen oder sicher zu deponieren gilt. In den Deponien des Fortschritts verzeichnet das Vergangene permanente Zuwächse. Das Gegenwärtige hingegen verbucht kontinuierlich Bedeutungsverluste. Aber auch um das Künftige ist es paradox bestellt. Die Zukunft gilt als jene Größe, über die hinaus in zeitlicher Hinsicht nichts Größeres gedacht werden kann. Davon kann kein Mensch genug kriegen. Aber ihm genügt nicht die Aussicht, erst in der Zukunft das Zukünftige zu erlangen. Wer dem kinetischen Imperativ folgt, will zu seinen Lebzeiten weder etwas versäumen noch etwas verpassen. Vor allem aber will er auf nichts warten. Die angestrebte Synchronie alles Verfügbaren zielt auch auf eine Synchronie des Zukünftigen. Allerdings behält die Zukunft gegenüber allen Antizipationsbemühungen das Moment des Unverfügbaren. Sie bleibt der unerreichbare Horizont, der sich auch dann dem Zugriff entzieht, wenn man mit Höchstgeschwindigkeit auf ihn zurast.

Nutzungsdauer und Produktlebensdauer gehen scherenförmig auseinander. Mit der Erhöhung der Innovationsrate wächst der Bestand des Veralteten.

Der kinetische Imperativ schlägt diese Einsicht aus. Er kennt kein „Zuviel“ und kein „genug“; außer sich selbst hat er weder Maß noch Ziel. Insofern passt er in eine Epoche, deren Wortfavorit „Globalisierung“ lautet. Diese Selbstbeschreibung der späten Moderne bedient sich der Kugelmetapher und bestimmt sich selbst als Raum gewordener Kreis, das heißt als vollkommen selbstbezügliche Bewegung. Eine nur auf sich selbst bezogene Beschleunigung, die nicht mehr ein Fernziel anvisiert, wird jedoch zur zirkulären Betriebsamkeit. Es kann lange Zeit dauern, bis dies bemerkt wird. Nicht immer ist es dann so unproblematisch wie beim Sport. Wer bei einem Stadtmarathon antritt, stellt erst nach mehr als 42 Kilometern fest, dass er im Kreis gelaufen ist – nämlich dann, wenn er sieht, dass auf der Rückseite des Zielbanners die Aufschrift „Start“ zu lesen ist. Hinter ihm liegt eine Ortsveränderung ohne Raumgewinn. Aber der Blick auf die Stoppuhr mag ihn trösten: Er war bis zum Schluss gut in der Zeit. Mehr noch: Er hat eine Bestzeit aufgestellt!

Ausgewählte Literatur zum Thema

- Ball, Rafael (2014): *Die pausenlose Gesellschaft. Fluch und Segen der digitalen Permanenz*. Stuttgart.
- Borscheid, Peter (2004): *Das Tempo-Virus. Eine Kulturgeschichte der Beschleunigung*. Frankfurt/New York.
- Floridi, Luciano (2015): *Die 4. Revolution. Wie die Infosphäre unser Leben verändert*. Berlin.
- Funken, Christiane/Löw, Martina (Hg.) (2003): *Raum - Zeit – Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien*. Wiesbaden.
- Großklaus, Götz (1997): *Medien-Zeit. Medien-Raum. Zum Wandel der raumzeitlichen Wahrnehmung in der Moderne*. Frankfurt am Main.
- Höhn, Hans-Joachim (2006): *Zeit-Diagnose. Theologische Orientierung im Zeitalter der Beschleunigung*. Darmstadt.
- King, Vera/Gerich, Benigna (Hg.) (2009): *Zeitgewinn und Selbstverlust. Folgen und Grenzen der Beschleunigung*. Frankfurt am Main /New York.
- Kodalle, Klaus-Rüdiger/Rosa, Hartmut (Hg.) (2008): *Rasender Stillstand. Beschleunigung des Wirklichkeitswandels: Konsequenzen und Grenzen*. Würzburg.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*. Frankfurt.
- Rosa, Hartmut (2012): *Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik*. Berlin.
- Rosa, Hartmut (2013): *Beschleunigung und Entfremdung*. Berlin.
- Safranski, Rüdiger (2015): *Zeit. Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen*. München.

Der Widerspruch von Schnelligkeit und Aktualität

Medienethische Überlegungen zum gegenwärtigen Geschwindigkeitswahn im Journalismus. *Von Tobias Eberwein*

Als im März 2015 die Germanwings-Maschine 4U9525 über Frankreich abstürzte und alle 150 Insassen mit in den Tod riss, wurde dies auch für den Journalismus zur Nagelprobe. Wie immer, wenn über Kriege, Krisen oder Katastrophen berichtet wird, verfielen die Nachrichtenredaktionen in einen allgemeinen Erregungszustand und versuchten möglichst schnell möglichst vielfältige Informationen über die anfangs schwer zu durchschauenden Ereignisse in die Öffentlichkeit zu tragen. Gerade in den Livetickern der großen Onlineportale führte dies zu einigen bedenklichen Auswüchsen: Auf Seiten wie „Bild.de“ oder „Focus Online“ stieg die Zahl der eilig herausgejagten Kurzmeldungen innerhalb weniger Minuten ins Dutzendfache. Veröffentlicht wurde dabei so ziemlich alles, was die zuständigen Redakteure irgendwie in die Finger bekommen konnten. Gerücht oder Fakt, aussagekräftig oder nicht – derartige Unterscheidungen wurden erst einmal nebensächlich. In medialen Ausnahmesituationen wie diesen, so scheint es, werden gängige journalistische Selektions- und Sorgfaltsregeln vorübergehend außer Kraft gesetzt. Naheliegender, dass Medienkritiker wie der „Bildblog“-Betreiber Mats Schönauer im journalistischen Umgang mit dem dramatischen Flugzeugabsturz gleichzeitig auch einen „Absturz des Journalismus“ (Schönauer 2015) sehen.

Fehlleistungen wie diese sind symptomatisch für den Journalismus der Gegenwart, denn sie beschränken sich mittlerweile kaum noch auf die besonderen Umstände einer Berichterstattung über Kriege und Katastrophen. Getrieben vom Wunsch, eine Meldung vor der Konkurrenz publiziert zu haben, besessen vom Diktat der Klicks und Quoten, setzen Redaktionsverant-

Dr. Tobias Eberwein, Dipl.-Journ., ist Senior Scientist am Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, und der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt.

Journalistisches Handeln gerät in einen kaum zu bremsenden Geschwindigkeits-sog, der dem Primat einer größtmöglichen Aktualität alles andere unterordnet.

wortliche verstärkt auch in ganz alltäglichen Berichterstattungskontexten auf Echtzeit-Formate wie Nachrichtenticker und „Newsblogs“. Ein inhaltlicher Mehrwert erschließt sich dabei in vielen Fällen nicht – im Gegenteil: War das Prinzip der kontinuierlichen „Breaking News“-Outputs, wie es ursprünglich vor allem von CNN geprägt wurde, zunächst darauf aus, dem Publikum den Eindruck zu vermitteln, es sei live dabei, wenn sich auf den Nachrichtenschauplätzen der Welt die Ereignisse überschlagen, so dominieren in vielen Newstickern im Netz heute Lethargie und Langeweile. Getickert wird auch dann, wenn eigentlich nichts passiert ist: So werden auch „Nicht-Nachrichten“ zu

Nachrichten – etwa wenn auch Monate nach dem Ski-Unfall von Michael Schumacher quasi täglich vermeldet wird, dass er immer noch im Koma liegt (Niggemeier 2014). Im uniformen Meldungsfluss die wirklich wichtigen Ereignisse zu identifizieren, bleibt dem Leser selbst überlassen. Thematische Einordnung und die Vermittlung von Hintergründen werden immer mehr zur Ausnahme. Stattdessen gerät journalistisches Handeln in einen kaum noch zu bremsenden Geschwindigkeitssog, der dem Primat einer größtmöglichen Aktualität alles andere unterordnet (vgl. Krüger 2009) – im Zweifelsfall auch berufsethische Prinzipien.

Dimensionen der Aktualität

Leider wird dabei jedoch übersehen, dass Aktualität und Schnelligkeit keineswegs deckungsgleich sind. Es ist mittlerweile eine kommunikationswissenschaftliche Binsenweisheit, dass der Aktualitätsbegriff mindestens drei unterschiedliche Dimensionen aufweist: neben einer zeitlichen auch eine sachliche und eine soziale (vgl. z. B. Merten 1973).

Nur auf der *zeitlichen* Ebene geht es tatsächlich um das Tempo der Berichterstattung, denn wenn Journalismus es versäumt, gesellschaftliche Themen und Ereignisse zeitnah aufzugreifen, wird es schwierig, ihn von anderen nicht-periodischen Formen der Publizistik zu unterscheiden. Mindestens ebenso wichtig sind allerdings die beiden anderen Begriffsdimensionen: Auf der *sachlichen* Ebene verweist Aktualität auf die journalistische Orientierung an Fakten – im Gegensatz zum Entwurf möglicher Wirklichkeitskonstruktionen, die eher für literarische Veröffentlichungszusammenhänge typisch sind. In *sozialer* Hinsicht lässt sich Aktualität als Relevanz begreifen und grenzt

Journalismus von anderen Formen der Veröffentlichung mit geringer Reichweite ab. Nur wenn alle drei Dimensionen realisiert sind, ist Journalismus wirklich aktuell – und dies ist letztlich die Voraussetzung dafür, dass er seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen kann (vgl. Scholl/Weischenberg 1998).

In der gegenwärtigen Realität des Journalismus gerät dieses Ziel allerdings häufig aus dem Blick. Wenn Nachrichtenredakteure unter Zeitdruck ungeprüfte Gerüchte in ihre Liveticker einspeisen, verlassen sie das Feld des Faktischen – und geben so eines der journalistischen Kernprinzipien preis. Wenn sie sich auf der Suche nach „Clickbait“ auf die Verbreitung nichtssagender Banalitäten beschränken, opfern sie ihre Verpflichtung auf gesellschaftliche Relevanz – und setzen damit ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Völlig zu Recht gilt Aktualität als wichtigstes Wesensmerkmal des professionellen Journalismus. Wenn jedoch im Wettstreit um schnelle Klicks Faktizität und Relevanz auf der Strecke bleiben, dann liegt letztlich auch kein Journalismus mehr vor.

Identitätsbildung durch Entschleunigung

Der gegenwärtige Geschwindigkeitswahn im Journalismus hat die Profession in eine Identitätskrise geführt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie Journalismus auch unter digitalen Vorzeichen und – damit verbunden – erschwerten ökonomischen Rahmenbedingungen seiner gesellschaftlichen Aufgabe nachkommen kann. Auf der Suche nach einer Strategie, mit deren Hilfe sich momentane Fehlentwicklungen korrigieren lassen könnten, verweisen Medienforscher seit Jahren auf die besonderen Potenziale eines entschleunigten, gezielt auf Langsamkeit abzielenden Journalismus (vgl. z. B. Greenberg 2007). Demnach dürfen Redaktionen, wollen sie das Vertrauen des Publikums zurückgewinnen, nicht länger nur auf einen möglichst schnellen Nachrichtenumsatz bauen; sie sollten sich stattdessen Zeit nehmen – Zeit, um Hintergrundinformationen zu beschaffen, um Zusammenhänge zu erklären und gute Geschichten zu erzählen.

Dass ein solcher „slow journalism“ beim Publikum offenbar ankommt, veranschaulichen im deutschen Sprachraum vor allem die jüngsten Auflagenerfolge von Wochenblättern wie der „Zeit“, dem „Spiegel“ und der „Frankfurter Allgemeinen Sonn-

*Wenn im Wettstreit um schnelle Klicks
Faktizität und Relevanz auf der
Strecke bleiben, dann liegt letztlich
auch kein Journalismus mehr vor.*

tagszeitung“, die bewusst das Prinzip der Tagesaktualität hinter sich lassen und so aus dem Mainstream des Nachrichten-Einerleis ausbrechen. Und auch im Onlinejournalismus müssen es nicht immer schnell getickerte Kurz-News sein – das zeigen die zahlreichen international ausgebreiteten Lobeshymnen auf prestigeträchtige Multimedia-Reportagen wie die der „New York Times“ (siehe „Snow Fall“) oder des britischen „Guardian“ (siehe „Firestorm“) nur allzu deutlich.

Gemeinsam ist diesen und ähnlichen Beispielen im Print- und Onlinebereich, dass sie gezielt narrative Darstellungstechniken einsetzen, die im deutlichen Widerspruch zu den Genre-Konventionen des zeitgenössischen Informationsjournalismus stehen. Vielfach orientieren sie sich an literarischen Strategien

der Themensammlung, -selektion und -präsentation (vgl. Eberwein 2013). Auf diese Weise wollen sie die Defizite der oft schwer verständlichen Nachrichtenform ausgleichen – und zu einer wirkungsvolleren Form der Vermittlung sozialer Wirklichkeit gelangen.

Paradoxerweise ist es somit gerade die Inklusion journalistischer Programmelemente, die der journalistischen Profession bei der Festigung ihrer brüchig gewordenen Identität helfen soll.

Die Inklusion journalistischer Programmelemente soll der journalistischen Profession bei der Festigung ihrer brüchig gewordenen Identität helfen.

Gleichgewicht der Dimensionen

Eine derartige Re-Programmierung des Journalismus würde zwar unweigerlich zu einer Schwächung der zeitlichen Dimension journalistischer Aktualität führen, was eine Abgrenzung der Profession von anderen Formen der öffentlichen Kommunikation erschwert. Gleichzeitig würden jedoch die sachliche und die soziale Ebene deutlich gestärkt, indem einerseits das Ziel einer besonders authentischen Wirklichkeitsvermittlung in den Vordergrund rückt und andererseits durch eine Kontextualisierung der Darstellung auch ihre gesellschaftliche Relevanz deutlicher zu Tage tritt. Damit ließe sich letztlich ein Gleichgewicht der Aktualitätsdimensionen erreichen, welches das Selbstverständnis des Journalismus auch in Krisenzeiten nachhaltig stabilisieren kann.

Literatur

Eberwein, Tobias (2013): *Literarischer Journalismus. Theorie – Traditionen – Gegenwart*. Köln.

Greenberg, Susan (2007): *Slow journalism*. In: *Prospect*, H. 2, S. 15-16.

- Krüger, Uwe (2009): *Das Wettrennen im Hamsterrad*. In: *Zeitschrift für Kommunikationsökologie und Medienethik*, 11. Jg., H. 1, S. 156-160.
- Merten, Klaus (1973): *Aktualität und Publizität. Zur Kritik der Publizistikwissenschaft*. In: *Publizistik*, 18. Jg., H. 3, S. 219-235.
- Niggemeier, Stefan (2014): *Problemformat Nachrichtenticker: Live dabei, wenn nichts passiert*. In: *faz.net* vom 24.3. <http://www.faz.net/-gsb-7nmah> (zuletzt aufgerufen am 20.12.2015).
- Scholl, Armin/Weischenberg, Siegfried (1998): *Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie*. Opladen/Wiesbaden.
- Schönauer, Mats (2015): *Absturz des Journalismus*. In: *Bildblog* vom 25.3. <http://www.bildblog.de/63665/absturz-des-journalismus/> (zuletzt aufgerufen am 20.12.2015).

Reflex statt Reflexion

Chancen und Risiken von Medienkritik in Echtzeit.

Von Stefan Niggemeier

Wenn die Sendung zu Ende ist, ist es für die Kritik fast schon zu spät. Einige Profis schaffen es, ihre Besprechung schon zu schreiben, während das Programm noch läuft, sodass ihr Text fast zeitgleich mit dessen Schluss online gehen kann. Aber auch dem normalen Fernsehkritiker bleiben für seinen Text heute bestenfalls noch wenige Stunden: Der Nachtdienst der Redaktion will ihn möglichst früh am Morgen online stellen, um die Chance zu erhöhen, im Wettrennen mit der Konkurrenz die meisten Klicks zu bekommen.

Bei dieser Produktionsweise bleibt keine Zeit, noch einmal über das Gesehene zu schlafen – nicht im wörtlichen Sinne und nicht im bildlichen. Der Rezensent hat kaum eine Chance zur Reflexion. Dabei sind die Medien mit ihren rasant publizierten Online-Artikeln, egal wie sehr sie sich beeilen, ohnehin längst nicht mehr die ersten Fernsehkritiker: Im Netz, in den sozialen Medien und vor allem auf „Twitter“, wird das, was läuft, kommentiert, während es passiert. Es entsteht parallel zur Ausstrahlung ein vielstimmiger Begleitchor aus Ad-hoc-Urteilen, mal als Kakophonie, mal als gemeinschaftliche Welle aus Begeisterung oder Empörung, Echtzeit-Kritik.

Es gibt nicht nur 80 Millionen Fußballnationaltrainer in Deutschland, es gibt auch ähnlich viele Medienkritiker. Dank des Internets müssen sie nicht mehr den Fernseher anschreien oder sich bei Partnern, Mitbewohnern und Kollegen beklagen. Sie können ihre Kritik mit der ganzen Welt teilen.

Es ist eine doppelte Eskalation: Jeder kann ein Kritiker sein, und jede Kritik kann sofort geübt werden. Die Unmittelbarkeit der Reaktion ist ihr Reiz – und ein Fluch. Alles, was für einen Moment empörungswürdig aussieht, findet seinen Weg so in die Öffentlichkeit, auch wenn schon eine schnelle Recherche oder ein Moment des Abwartens den Anlass beseitigen könnte. Am 13. November 2015, dem Tag der Terroranschläge in Paris,

*Stefan Niggemeier
ist Medienjournalist
sowie Gründer und
heutiger Herausgeber
des medienkritischen
Watchblogs
„BILDblog“; Gründer
der Plattform
für Medienkritik
„übermedien.de“.*

gab es eine kleine Wutwelle wegen der geplanten Ausstrahlung einer Satiresendung im ZDF: „Und das @ZDF zeigt gleich wirklich die @heuteshow ???“, twitterte ein Politikredakteur der rechtskonservativen Wochenzeitung „Jungen Freiheit“; sein Chefredakteur schloss sich an: „Unerträglich“. Politiker, Journalisten und Fernsehzuschauer stimmten ein mit an den Sender gerichteten Varianten von: Das ist nicht euer Ernst!

War es auch nicht. Das ZDF ließ die Sendung, wie es kurz darauf bekannt gab, aufgrund der aktuellen Ereignisse entfallen.

Das Beispiel zeigt auch den schmalen Grat zwischen unmittelbarem Feedback – wir fänden es unangemessen, bei dieser Nachrichtenlage die „heute show“ zu zeigen – und voreiliger Empörung. Die liegt immer nahe, denn natürlich ermuntert ein so schnelles, unmittelbares, auf 140 Zeichen begrenztes Medium wie Twitter vor allem emotionale Reaktionen.

Es ist schwer – und das sage ich aus eigener, auch leidvoller Erfahrung – wenn man eine technische Möglichkeit hat, die dazu einlädt, impulsiv auf eine tatsächliche oder vermeintliche journalistische Entgleisung zu reagieren, davon nicht auch Gebrauch zu machen.

Noch größere Aufmerksamkeit richtete sich am selben Abend auf die ARD, die die Übertragung des Freundschaftsspiels der deutschen Nationalmannschaft gegen Frankreich nicht unterbrach und auch im Anschluss noch längere Zeit Spielberichte sendete, bevor sich das Zentrum der Berichterstattung endlich in die „Tagesschau“ verlagerte. Auch das wurde im Detail und im Reflex kommentiert, die Bemerkungen des Kommentators, die Hilflosigkeit der Moderatoren, der späte Wechsel auf ein fortlaufendes Nachrichten-Sonderprogramm.

Aus der Kombination aus Reflexhaftigkeit, Geschwindigkeit und Emotionalität entsteht oft eine lautstarke Form der Kritik: der „Shitstorm“.

Hier verband sich die Echtzeit-Medienkritik mit der Möglichkeit, sich auf Twitter selbst außerordentlich schnell – allerdings unterschiedlich zuverlässig – über die Ereignisse in Paris informieren zu können. Die Echtzeit-Information (und -Desinformation) ließ das Informationsverhalten des „Ersten“ noch langsamer und unangemessener erscheinen. Echtzeit-Medienkritik verlangte nach Echtzeit-Berichterstattung.

Aus der Kombination aus Reflexhaftigkeit, Geschwindigkeit und Emotionalität entsteht oft eine lautstarke Form der vor allem in eine Richtung zielenden Kritik, die dann als „Shitstorm“ bezeichnet wird – ein Begriff, der die Kritik gleichzei-

tig diskreditiert. Dabei bekommt sie vor allem dann richtigen Schwung, wenn sie aus der Hitze des Moments herausgelöst und im Nachhinein wieder von Medien thematisiert wird, in Form einer Berichterstattung über den „Shitstorm“ oder von Zusammenstellungen der wütendsten oder pointiertesten Tweets.

Medienkritik in Echtzeit gibt den Medien die Chance, auch in Echtzeit zu reagieren – zwingt sie aber oft auch zu einer entsprechend schnellen Reaktion. Es geht Verlagen und Sendern, Journalisten und Verantwortlichen, da nicht anders als jedem anderen Unternehmen, das sich plötzlich auf solch unmittelbare öffentliche Kommunikation mit seinen Kunden einstellen muss – außer dass Organisationen, die Inhalte produzieren, dadurch fast ununterbrochen und in viel größerem Maß Anlass zu einer kritischen Auseinandersetzung liefern.

Und Journalisten und Medien sind auf beiden Seiten dieser Beschleunigung, tragen selbst mit zur Eskalation bei. Das muss für sich genommen kein Problem sein: Natürlich können (und oft auch sollen) auch sie von den Möglichkeiten profitieren, die das schnelle Kommunizieren, Reagieren und Kritisieren im Netz bietet. Sie müssen sich allerdings bewusst sein, dass die Fallhöhe ungleich höher ist als bei einem Amateurrkritiker, der sich im Eifer

Eine inhaltliche Profilierung kann den Qualitätsmedien nur gelingen, wenn sie sich auch Entschleunigung und Reflexion leisten.

vergaloppiert: Trotz der Schnelllebigkeit und vermeintlichen Flüchtigkeit der Kommunikation in einem Medium wie „Twitter“ steht hier im Zweifel die Glaubwürdigkeit eines ganzen Mediums auf dem Spiel.

Eine Chance liegt für Qualitätsmedien in der Differenzierung. Sie müssen sich nicht vollständig von für den Moment gemachten Formen der Echtzeit-Berichterstattung wie Livetickern verabschieden. Aber eine inhaltliche Profilierung kann nur gelingen, wenn sie sich auch Entschleunigung und Reflexion leisten. Wenn sie versuchen, in der Analyse nicht bei naheliegenden Reflexen und ihrer Abbildung stehen zu bleiben, sondern Kontext und Hintergrund, Genauigkeit und, wenn nötig, Gelassenheit beizusteuern.

Ein besonderes Beispiel dafür ist die Medienkolumne von Matthias Dell in der Kulturzeitschrift „Merkur“, in der er ausführlich und akribisch den Eklat in der Sendung „Hart aber fair“ aufarbeitete (vgl. Dell 2015), in der Bayerns Innenminister Joachim Herrmann den Schlagersänger Roberto Blanco einen „wunderbaren Neger“ nannte – was nicht nur unmittelbar zu

heftigen Reaktionen im Netz führte, sondern leider auch in der Folgeberichterstattung selten genauer analysiert wurde.

Trotzdem bietet auch die Medienkritik in Echtzeit eine Chance, zur Aufklärung beizutragen. Wenn sich die Berichterstattung beschleunigt, muss es auch die Kritik tun. Unmittelbare Einwände und begründeter Widerspruch können dazu führen, dass falsche Darstellungen schneller korrigiert werden – bevor sie sich allzu weit verbreiten.

Literatur

Dell, Matthias (2015): *Das N-Wort. Eine Faszinationsgeschichte*. In: *Merkur*, 69. Jg., H. 798, S. 56-64. https://volltext.merkur-zeitschrift.de/index.php/mr_2015_11_0056-0064_0056_01.pdf?r=xsearch/downloadfile&id=561e55be546f88e02b8b457b (zuletzt aufgerufen am 27.11.2015).

Der User wird zum Chefredakteur

Die neue Nachrichten-App „BR24“ des Bayerischen Rundfunks.

Von Christian Daubner

Immer schneller, immer aktueller, immer umfassender – Medien unterliegen heute dem Anspruch eines Echtzeitjournalismus. Der Druck auf Journalisten in klassischen Formaten erhöht sich. Gleichzeitig entstehen als Antwort auf die Forderung nach Schnelligkeit und Aktualität neue Geschäftsmodelle und Formatideen. Eine davon ist die „BR24“-App des Bayerischen Rundfunks. *Communicatio Socialis* hat Christian Daubner, Leiter der digitalen Informationsstrategie des Bayerischen Rundfunks, gefragt, was dahinter steckt.

Der „Bayerische Rundfunk“ als Medienhaus genießt seit mehr als sechzig Jahren große journalistische Glaubwürdigkeit, besonders im Nachrichtenbereich. Mit der „Rundschau“ im Fernsehen und „B5 aktuell“ im Hörfunk verfügt er nach wie vor über zwei starke lineare Nachrichtensysteme. Der BR fühlt sich seinem Auftrag, alle gesellschaftlichen Gruppen mit Informationen zu bedienen, verpflichtet. Um aber alle Generationen erreichen zu können, stellt er sich dem digitalen Wandel. Ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Erneuerung ist die Entwicklung der „BR24“-App.

Mit dem Ziel, eine News-App auf den Markt zu bringen, war die Herausforderung verbunden, die gewachsene Newskompetenz der linearen Angebote in eine „plattformgerechte“ Art zu transformieren. Denn für ein mobiles Angebot reicht es nicht, lineare Inhalte 1:1 mobil zu verwerten. Die Themen bleiben zwar gleich, aber neue Erzähl- und Darstellungsformen sind gefragt.

Vor „BR24“ gab es bereits ein großes Angebot von News-Apps auf dem deutschen Markt. Letztlich war aber keines davon aus der Perspektive der mobilen Nutzung gedacht, sondern auf Basis eines bereits vorhandenen Angebots inhaltlich befüllt, wie eine Untersuchung aus dem Jahr 2014 zeigt:

Christian Daubner
ist Leiter der digitalen
Informationsstrategie
des Bayerischen
Rundfunks.

„Derzeit besteht ein Trägheitsprinzip in der formalen und inhaltlichen Gestaltung der Apps. Eigenständige journalistische Ideen sind kaum vorhanden, die Apps sind stark an das jeweilige Muttermedium angelehnt und übernehmen häufig existierende Inhalte. Auch für Apps, die keine Eins-zu-eins-Kopie darstellen, werden Beiträge weitgehend noch in Anlehnung an etablierte Layout- und Darstellungsschemata aufbereitet. Inhalte werden kaum neu produziert, sondern aus existierenden Beiträgen des Offline- und/oder Onlinemediums bezogen“ (Wolf 2014, S. 281).

Wie nie zuvor in der Mediengeschichte seit der Erfindung des Buchdrucks durch Johannes Gutenberg im Jahr 1450 veränderte sich mit der mobilen Nutzung die Rolle des Konsumenten. Er muss sich nicht mehr aktiv um Informationen bemühen. Jeder hat die aktuelle Nachrichtenwelt immer und überall bei sich. Im Moment ist lediglich die technische Verfügbarkeit noch nicht flächendeckend vorhanden. Dabei handelt es sich aber sicherlich nur um wenige Jahre, da der Breitbandausbau überall sehr stark vorangetrieben wird.

Die Perspektive ist klar. Zumal die technischen Geräte von Jahr zu Jahr noch leistungsfähiger werden. Wer ein neues Produkt konzeptionell entwirft, sollte deshalb nicht vom Status Quo sondern von zukünftigen Nutzungsbedingungen ausgehen.

Es ist anzunehmen, dass jeder User eines Smartphones oder Tablets in Zukunft einer noch größeren Informationsflut aus dem Internet ausgesetzt sein wird. Deshalb wird er ohne eine Vorauswahl, die seine persönlichen Interessen berücksichtigt, in dem Überangebot möglicherweise die Orientierung verlieren. Der Bayerische Rundfunk muss im Sinne seines öffentlich-rechtlichen Auftrages den Anspruch haben, eine zuverlässige Informationsquelle zum demokratischen Meinungsdiskurs in der Gesellschaft zu bleiben. Wenn sich abzeichnet, dass ein großer Teil der öffentlichen Meinungsbildung im Netz und der mobilen Nutzung stattfindet, muss der BR ein entsprechendes Angebot bereitstellen.

Deshalb war es an der Zeit, dass der Bayerische Rundfunk aktiv wird und seine Themen unter Ausnutzung seiner Video- und Audiokompetenz über eine zeit- und nutzergemäße App anbietet. Die allgemein bekannten Zahlen, Daten und Fakten über die Entwicklung der mobilen Nutzung machen deutlich, dass sich bereits ein großer Teil der Bevölkerung über mobile Endgeräte informiert.

„Während die Gesamtbevölkerung dem Internet durchschnittlich 108 Minuten pro Tag widmet, sind es bei den Nutzern mobiler Endgeräte, wie Smartphones und Tablets, mit insgesamt 158 Minuten zurzeit 50 Minuten mehr. Gleiches gilt für die Nutzungsfrequenz: So liegt die tägliche Internetnutzung bei den mobilen Anwendern mit rund 90 Prozent unverkennbar höher als bei den stationären Anwendern mit 59 Prozent“ (ARD-Pressemitteilung 2015).

Da die mobile Nutzung den Weg vorgibt, ist es konsequent, in der Darstellung dem „Streamgedanken“ der Sozialen Medien zu folgen. Allein bei „Facebook“ und „Twitter“ sind pro Tag rund 1,5 Milliarden Menschen aktiv und finden sich in einem „ungewichteten“ Stream zurecht. „BR24“ baut auf dieser mittlerweile gelernten Nutzung auf und bietet ebenfalls einzelne Streams an, die sich zu „Mein BR24“ verbinden lassen. Das war gewagt und ambitioniert. Denn bislang sind die Nutzer von Nachrichten in Hörfunk, Fernsehen und Online an eine redaktionelle Gewichtung von Meldungen gewohnt. Doch die ersten Nutzungszahlen sprechen für diese Struktur.

Die Entscheidung für einen Stream hat Konsequenzen für die journalistischen Macharten. Längere Videos, Audios und dazugehörige Texte müssen in kleine einzelne „Happen“ zerteilt werden. Somit müssen journalistische Geschichten „granular“ erzählt werden. Tiefgang und Orientierung werden durch die verbindende Wirkung einzelner Teilaspekte einer Geschichte erzeugt. Auch hier ist wie für jede andere Auspielfläche eine spezielle Dramaturgie notwendig. Wir befinden uns in einer Pionierzeit, mitten in Jahren des Ausprobierens und der Entdeckung neuer journalistischer Formen. Das Erzählen von Geschichten wird bunter. Mit jeder weiteren tech-

nischen Möglichkeit wie 360-Grad-Videos gibt es für Journalisten die Herausforderung, neue Erzählformen zu erschließen.



Die Fülle der Angebote an Informationen im Netz kann den Einzelnen überfordern. Genau in diesem Punkt will die App „BR24“ eine klare Botschaft vermitteln: „Mach dir keinen Stress. Alles was für dich wichtig ist, bekommst du in die Hosentasche.“ „BR24“ als App ist ein innovativer personalisierter Ausspielkanal auf Basis der inhaltlichen Audio- und Video-kompetenz des Bayerischen Rundfunks. Es geht nicht nur um klassische Nachrichten, sondern um das individuelle Nachrichtenempfinden jedes Einzelnen. Wenn Bastian Schweinsteiger bekannt gibt, den FC Bayern München zu verlassen, dann ist das für den einen Nutzer eine „Sportmeldung“ für den anderen eine „wichtige News“.

Damit verändert sich auch das journalistische Selbstverständnis auf der Seite der „Macher“: Die inhaltliche Befüllung liegt eben nicht in den Händen einer großen Nachrichten-App-Redaktion, sondern alle Redaktionen des BR können ihre Kompetenz einbringen. Ein Grundsatz ist, dass diejenigen innerhalb des BR das einzelne Thema in der App betreuen, die jeweils die höchste Expertise haben. Letztlich geht es um journalistischen Tiefgang über die allgemeine Nachrichtenlage hinaus.

Mit der App „BR24“ will der Bayerische Rundfunk der Informationsstruktur des Internets und der „Granularität“ in den Sozialen Medien Rechnung tragen. Informationen müssen so aufbereitet werden, dass sie der Erwartungshaltung der User entsprechen und dem grundsätzlichen journalistischen Qualitätsverständnis aus der gelernten Welt des Journalismus gerecht werden. Sie müssen Orientierung bieten, ohne den User dabei zu bevormunden. Wenn er will, wird er bei „BR24“ selbst zum Chefredakteur.

Literatur

- ARD-Pressemitteilung (2015): *ARD/ZDF-Onlinestudie 2015: Knapp 80 Prozent der Deutschen sind online – User nutzen Internet häufiger und vielfältiger*. ARD-Pressesmitteilung vom 12.10. http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie_2015/PM_ARD-ZDF-Onlinestudie_2015-10-12.pdf (zuletzt aufgerufen am 1.12.2015).
- Wolf, Cornelia (2014): *Journalistische Apps etablierter Medienunternehmen. Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse*. In: *Media Perspektiven*, H. 5, S. 271-282.

Vorbestraft = vorverurteilt?

Die Berichterstattung über den „Fall Tuğçe“ medienethisch betrachtet. *Von Regina Greck*

Abstract Ende des Jahres 2014 beschäftigte der Tod der Studentin Tuğçe die deutsche Presse. Nachdem sie zwei junge Mädchen vor den Belästigungen junger Männer verteidigte, eskalierte der Streit mit diesen: Tuğçe starb nach der Attacke einer der Jungen einige Woche später. Die vorliegende Studie untersucht, inwieweit dabei die ethischen Richtlinien des Pressekodex hinsichtlich des Schutzes von Opfer und Täter in der regionalen und überregionalen Presseberichterstattung eingehalten wurden. Während die analysierten regionalen Blätter deutlich mehr Details über die Protagonisten des Falls veröffentlichten, verstößt die „Bild“-Zeitung häufiger gegen rechtliche und ethische Richtlinien, aber auch bei den regionalen Publikationen sind Verfehlungen festzustellen.

„Verletzte Studentin in Offenbach gestorben“ (FAZ, 27.11.2014)

„Deutschland weint um die mutige Studentin, die ein Intensivtäter tot prügelte“ (Bild-Zeitung, 28.11.2014)

„Mutter sitzt Tag und Nacht am Bett“ (Offenbach Post, 28.11.2014)

Drei Schlagzeilen – eine Geschichte. Die vom Tod der Studentin Tuğçe. Das Mädchen aus der Nähe von Offenbach erlag im November 2014 dem Hirntod, nachdem sie von einem jungen Mann niedergeschlagen wurde. Zuvor hatte Tuğçe eine Gruppe von Jungen in ihre Schranken verwiesen, als diese in einem Fastfood-Restaurant zwei Mädchen belästigten. Als Tuğçe und ihre Freundinnen die jungen Männer auf dem Parkplatz erneut treffen, kommt es zu Pöbeleien. Einer aus der Gruppe, Sanel, greift Tuğçe daraufhin an, wodurch sie einen Schädelbruch erleidet und ins Koma fällt. Nach geraumer Zeit werden die lebenserhaltenden Maßnahmen abgeschaltet.

*Regina Greck,
Dipl.-Journ., ist
wissenschaftliche
Mitarbeiterin
am Studiengang
Journalistik der
Katholischen
Universität Eichstätt-
Ingolstadt.*

Viele Medien beschäftigten diese Ereignisse monatelang. Ihr Umgang damit war sehr unterschiedlich. Im Sinne der Pressefreiheit nach Art. 5 Grundgesetz sowie der Informationsfunktion und der Vielfalt der Medien in Demokratien (vgl. Tonnemacher 2003, S. 49, Haas 1991, S. 71f.; Weischenberg et al. 2006, S. 97ff.), scheint eine vielseitige Berichterstattung zunächst nicht ungewöhnlich. Doch der Detailreichtum der Darstellung der Beteiligten in der Presse wirft die Fragen auf, inwieweit das Opfer Tuğçe und der heute verurteilte Täter Sanel damit in ihrem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wurden und eine medienethisch bedenkliche Vorverurteilung und Stigmatisierung Sanel stattfand (vgl. Branahl 2013, S. 145ff.). Ob sich dieser Eindruck in einer systematischen Untersuchung der deutschen Presse bestätigen lässt, soll im Folgenden aufgezeigt werden.

Die Wächter der Medienethik

Opfer und Täter eines Gewaltverbrechens genießen in der medialen Öffentlichkeit besonderen Schutz – rechtlich sowie aus medienethischer Sicht (vgl. Branahl 2013, S. 221ff.; Deutscher Presserat 2015). Dass ethische Grundsätze in der Berichterstattung eingehalten werden, dafür sorgen verschiedene Institutionen der Medienethik. Sie umfassen Medienunternehmen, Redaktionen sowie den einzelnen Journalisten (vgl. Schicha 2010, S. 148ff.). Bei Printmedien legt der Verleger als Unternehmer die redaktionelle Linie fest und ist damit auch wegweisend für ethische Richtlinien in der Berichterstattung (vgl. Meier 2010, S. 150). Ihre genaue Ausgestaltung kann in Kodizes in den Redaktionen ausgearbeitet sein, in der sich diese zu ethischer und verantwortlicher Recherche und Berichterstattung verpflichten. Der einzelne Journalist ist in dieses Geflecht von verlegerischer Linie und redaktionellen Selbstverpflichtungen mit seinem eigenen Gewissen eingebunden (vgl. Hömberg/Klenk 2010).

Selbstverpflichten können sich Medienunternehmen, Redaktionen und Journalisten auch dem Pressekodex des Deutschen Presserats (2015). Als Institution der Medienethik liegt er als Instanz der freiwilligen Selbstkontrolle außerhalb des Mediensystems (vgl. Baum 2010). Sein Pressekodex dient mit seinen 16 Ziffern und 42 Richtlinien als Regelwerk für ethisches Verhalten sowie für ethische Recherche und Berichterstattung für alle deutschen Journalisten_innen. Die Ziffern 1, 8, 11 und 13, die den Schutz der Persönlichkeit und die Berichterstattung in Kriminalfällen betreffen, können als Anhaltspunkte

für die Analyse der Darstellung des Falls Tuğçe in der Presse in ethischer Hinsicht verwendet werden (vgl. Deutscher Presserat 2015): Bei der Berichterstattung über Gewalttaten muss die Presse das schutzwürdige Interesse der Opfer und Täter gegenüber dem der Öffentlichkeit sorgsam abwägen. Vor allem identifizierende Berichterstattung in Wort und Bild hinsichtlich aller Beteiligten soll in der Kriminalberichterstattung unterlassen werden, um ihre Würde und Privatsphäre zu wahren und die Resozialisierung der Täter nicht zu gefährden, wenn kein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit entgegsteht.

Der Fall Tuğçe im Spiegel der regionalen und überregionalen Presse

Die vorliegende Studie konzentriert sich auf die Analyse des Falls Tuğçe in Printmedien. Für die Untersuchung wurden die überregionalen Qualitätszeitungen „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), die „Welt“ und die „tageszeitung“ (taz) herangezogen. Als regionale Titel aus dem Kreis Offenbach, in dem sich der Vorfall ereignete, wurden die „Offenbach Post“ (OP), die „Frankfurter Neue Presse“ (FNP) und die „Rhein-Main-Zeitung“ (als regionaler Teil der „FAZ“) mit in die Untersuchung einbezogen. Die „Bild“-Zeitung“ komplettierte das Sample, da sie durch die Veröffentlichung diverser Fotos der Tat ethisch bedenkliche Fallbeispiele lieferte. Mit einer vergleichenden Analyse wurde überprüft, ob diese ethisch kritischen Veröffentlichungen vereinzelt in der Presse stattfanden, oder die Regel waren. Weiterhin konnte durch die Auswahl überregionaler und regionaler Printtitel untersucht werden, ob ein engerer örtlicher Bezug einen Unterschied in den Details der Berichterstattung hervorruft.

Das Codebuch der Inhaltsanalyse prüfte, ob eine identifizierende Berichterstattung vorliegt, indem es festhielt, ob Namen, Wohnort oder Aufenthaltsort der Protagonisten Tuğçe und Sanel offen genannt wurden. Auch die Bildberichterstattung wurde hinsichtlich der Erkennbarkeit der Hauptakteure des Falls analysiert. Weiterhin untersuchte die Studie, ob der Migrationshintergrund Tuğçes und Sanels in der Berichterstattung in den Vordergrund trat und das Bild von Täter und Opfer beeinflusste.

Räumliche Nähe als Nachrichtenfaktor

In die Inhaltsanalyse gingen alle Artikel zwischen dem 15. November 2014 und dem 1. Mai 2015 ein, die den Fall Tuğçe the-

matisierten. Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich damit vom Tag des Vorfalls bis eine Woche nach dem Beginn des Prozesses gegen den heute verurteilten Täter. Insgesamt wurden 269 Artikel gefunden. Mit knapp über einem Fünftel (21,9 Prozent) erschienen die meisten Artikel in der „FNP“, dicht gefolgt von der „OP“, die 18,6 Prozent veröffentlichte. Die „Rhein-Main-Zeitung“ enthielt 12,6 Prozent der analysierten Medienberichte. Damit thematisierten die regionalen Zeitungen den Fall Tuğçe deutlich häufiger als die überregionalen Qualitätsblätter: Innerhalb dieser Gattung hat die „FAZ“ mit 10,8 Prozent der publizierten Artikel die meisten veröffentlicht. Die „SZ“ (8,9 Prozent) und „Welt“ (7,8 Prozent) brachten etwas weniger dazu, während die „taz“ das Thema mit nur 3,7 Prozent der Artikel fast gänzlich vernachlässigte. Dieses Gefälle kann mit der räumlichen Nähe der Regionalzeitungen begründet werden, die ein größeres Berichterstattungsinteresse hervorruft. Diese Nähe hat die „Bild-Zeitung“ nicht, doch thematisiert sie den Fall ähnlich stark wie die Regionalzeitungen mit 15,6 Prozent der analysierten Medienberichte. Vermutlich spielt die emotionale Komponente des Falls dabei eine Rolle.

Die Artikel in den analysierten Zeitungen sind im Schnitt 339 Worte lang und streuen mit rund 304 Worten. Das lässt darauf schließen, dass die Medienberichte sehr unterschiedlich in ihrer Länge waren, und sowohl kurze Meldungen als auch ausführlichere Texte zum Fall Tuğçe erschienen sind. Meldungen und Berichte überwogen jedoch mit über drei Viertel der codierten Darstellungsformen (76,2 Prozent). Features oder Reportagen kamen in 8,9 Prozent der Medienberichterstattung zum Einsatz, Kommentare in 7,4 Prozent der Fälle. Alle anderen Darstellungsformen machen zusammen 7,5 Prozent der Artikel aus.

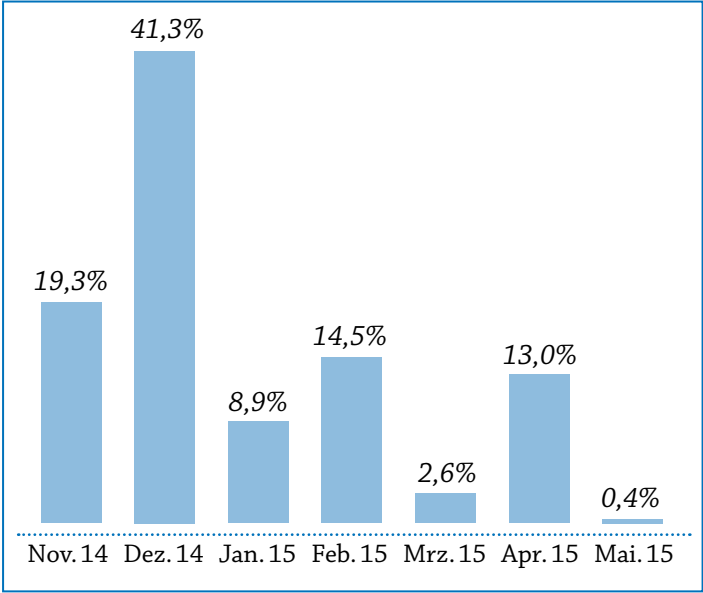
Die Berichterstattung orientiert sich an markanten Wendepunkten des Falls: Beisetzung des Opfers, Anklageerhebung und Prozessbeginn.

Punktuelle Berichterstattung im Zeitverlauf

Im Zeitverlauf zeigt sich, dass sich die Berichterstattung der untersuchten Zeitungen – wie zu erwarten war – an markanten Wendepunkten des Falls orientierte: Am 4. Dezember 2014, dem Tag nach der Beisetzung Tuğçes, wurden mit 19 Artikel die meisten pro Tag publiziert. Am Tag, an dem die Anklageerhebung gegen den damals mutmaßlichen Täter bekannt gegeben wurde (4. Februar 2015), gab es eine weitere Spitze von 15 Artikeln. Das dritte Hoch entstand am Tag nach dem Prozessbeginn gegen Sanel (25. April 2015) mit 16 Artikeln. Dieser Themenkar-

riere folgt auch die monatsweise Verteilung der Artikel im Untersuchungszeitraum. Dabei waren im Dezember 2014 mit 41,3 Prozent mit Abstand die meisten Artikel in den Zeitungen zu lesen (vgl. Abb. 1). Diese Ergebnisse stützen die These der anlassbezogenen Berichterstattung rund um den Vorfall und den Prozessbeginn. Ein solches wellenförmiges Berichterstattungsmuster zeigt sich in überregionalen als auch in regionalen Printtiteln gleichermaßen.

Abb. 1:
Verteilung der
analysierten Artikel
im Zeitverlauf nach
Monaten, Angaben
in Prozent (n=269)



Die Gesichter des Falls Tuğçe

Bei 197 Artikeln konnte die Bildberichterstattung analysiert werden.¹ Davon waren nur 39,6 Prozent mit Fotos versehen. Insgesamt wurden mit diesen 78 bebilderten Artikeln 155 Fotos abgedruckt. Die überregionalen Qualitätszeitungen veröffentlichten 12,3 Prozent der Fotos, während die Regionalpresse auf 35,5 Prozent kommt. Das wurde von der „Bild“-Zeitung mit

1 Bei der Untersuchung der Fotos, die die publizierten Artikel über den Fall Tuğçe flankierten, muss die vorliegende Studie eine Einschränkung in Kauf nehmen: Die Artikel der „Welt“, der „taz“ und der „FNP“ waren nur über Onlinearchive zugänglich, die diese nicht im Originallayout mit Bildern zur Verfügung stellen. Deshalb war in diesen Fällen die Bebilderung nicht analysierbar. Insgesamt betraf das 26,8 Prozent der Analyseeinheiten (72 Artikel).

52,3 Prozent der Bilder deutlich übertroffen. Die „Bild“ hat mit insgesamt zwölf Fotos auch das absolute Maximum an Bildern pro Artikel publiziert, als sie Ausschnitte aus dem Überwachungsvideo, das von der Tat existiert, abdruckte.

Bis zu drei Fotos pro Artikel wurden bei der Analyse inhaltlich betrachtet.² Bei den 78 bebilderten Artikeln zeigte das prominenteste Foto am häufigsten Tuğçe selbst (29,5 Prozent) oder Trauernde und Mahnwachen (12,8 Prozent), die zu ihrem Gedenken abgehalten wurden. Auf 11,5 Prozent der größten Fotos waren Gedenkstätten mit Kerzen oder Blumen ohne Personen abgebildet, wohingegen Sanel als mutmaßlicher Täter nur zu 9 Prozent auf den prominentesten Bildern abgedruckt war. Betrachtet man den Inhalt aller Fotos, bleibt dieses Ergebnis mit geringfügigen Verschiebungen bestehen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1:
Fotoinhalte des
größten abgedruckten
Bildes und aller Bilder,
Anteile in Prozent

Fotoinhalt	Anteile in % Größtes Bild (n=78)	Anteile in % Alle Bilder (n=132)
Tuğçe	29,50	30,30
Trauernde/Mahnwachen	12,80	9,80
Gedenkstätten ohne Personen	11,50	12,10
Sanel	9,00	9,10
Tatort	6,40	5,30
Beerdigung Tuğçes	6,40	4,50
Symbolbild	5,10	3,80
Tuğçes Familie	5,10	8,40
Fußballspieler, die Tuğçe öffentlich ehren	2,60	1,50
Zeugen aus Tuğçes Umfeld/Freunde	1,30	2,30
Anwalt von Tuğçes Familie	1,30	0,80
Kirchenvertreter	1,30	0,80
Sonstige Personen	5,10	8,40
Sonstige Bildinhalte ohne Personen	2,60	3,10
Gesamt	100,00	100,00

2 Bei der Bildanalyse wurde als erstes Bild immer das größte untersucht. Bei den weiteren zwei Bildinhalten wurden diejenigen bevorzugt, die erstens die Protagonisten des Falls oder zweitens andere Personen zeigten, um die Darstellung der Personen in diesem Fall analysieren zu können.

Untersucht man, wie Personen auf den Bildern dargestellt sind, wird deutlich, dass die Zeitungen nur in 15,9 Prozent der 107 Fotos mit Personen zur Unkenntlichmachung griffen. Während jedoch das Justizpersonal zum Beispiel voll kenntlich dargestellt werden darf, stehen Opfer und mutmaßlicher Täter unter besonderem Schutz. Deshalb wurden Tuğçe und Sanel in ihrer bildlichen Darstellung gesondert analysiert.

Tuğçe erhielt nur in einer von 40 ihrer veröffentlichten Bilder eine Unkenntlichmachung. 97,5 Prozent der Fotos zeigten sie erkennbar. Sanel hingegen war auf 66,7 Prozent der Bilder, auf denen er zu sehen war (n=12), unkenntlich und nur auf vier erkennbar dargestellt (33,3 Prozent). Im Vergleich zu Tuğçe war Sanel deutlich weniger in der Presse zu sehen, aber häufiger zum Täterschutz unkenntlich gemacht. Tuğçes vollkenntliche

Darstellung mag darauf beruhen, dass die Medien ihr ein gutes, couragiertes Verhalten und eine heldenhafte Tat zugeschrieben haben. Insofern scheint sie nicht als Opfer einer Gewalttat im klassischen Sinne zu gelten, sondern als Vorbild, was eine Rechtfertigung für den Abdruck der Fotos in dieser Form sein könnte.

Der Täter Sanel war auf vier Fotos voll kenntlich zu sehen – ein klarer Verstoß gegen den Täterschutz, den der Pressekodex festhält.

Dass Sanel auf vier Fotos voll kenntlich zu sehen war, ist ein klarer Verstoß gegen den Täterschutz, den der Pressekodex festhält. Die überregionalen Qualitätszeitungen waren davon jedoch nicht betroffen, denn sie sahen ganz von einer Veröffentlichung von Fotos von Sanel ab. Die Regionalzeitungen zeigten ihn vier Mal, einmal davon ohne Unkenntlichmachung, während die „Bild“-Zeitung“ den mutmaßlichen Täter acht Mal abbildete, insgesamt drei Mal voll erkennbar. Tuğçe wurde von den Regionalzeitungen (n=40) und der überregionalen Presse (n=6) jeweils unverpixelt gezeigt. Die „Bild“-Zeitung“ (n=30) griff ein einziges Mal zur Unkenntlichmachung. Mitglieder aus Sanels Familie oder seine Freunde wurden nie bildlich gezeigt, während Tuğçes Familie auf 8,4 Prozent aller Bilder zu sehen war – stets voll kenntlich. Diese Ergebnisse zeigen – wenn auch mit kleinen Fallzahlen –, dass die „Bild“-Zeitung“ in der Bildberichterstattung mit dem Täterschutz in diesem Fall lockerer umging als die Qualitätsmedien.

Identifizierende Details der Berichterstattung

Innerhalb der Wortberichterstattung über den Fall Tuğçe wird deutlich, dass die Medien ein ähnliches Verhalten wie bei der Bebilderung an den Tag legten. Tuğçes wurde in 49,8 Prozent

der Artikel (n=269) mit Vor- und Zunamen genannt, in 49,4 Prozent nur mit Vornamen und/oder abgekürztem Nachnamen. Nur 0,7 Prozent der Artikel umschrieben die Protagonistin, ohne ihren Namen zu nennen. Auch in diesem Fall scheint die häufige Nennung des vollen Namens – wie bei den Bildern – darauf zu beruhen, dass die Medien Tuğçe weniger als Opfer als als Heldin betrachteten. Bezüglich Sanel berichtet die Presse vorsichtiger: Seine Umschreibung ohne Namen kam häufiger zum Einsatz. 36,8 Prozent der Artikel nannten ihn nicht namentlich (n=204). In 60,8 Prozent wurde sein Vorname und/oder abgekürzter Nachname genannt. Der volle Name erschien in nur 2,5 Prozent der Artikel. Erstaunlich erscheint, dass von diesen fünf Nennungen keine die „Bild“-Zeitung“ tätigte, sondern sie sich auf die überregionalen oder regionalen Printtitel in etwa gleich verteilen.

Auch der Aufenthaltsort der Protagonisten des Falls Tuğçe wurde im Hinblick auf die identifizierende Berichterstattung untersucht, wobei zwischen der allgemeinen Nennung des Verbleibs, wie z.B. „Krankenhaus“, oder der konkreten Ortsangabe „Klinik Offenbach“ differenziert wurde. Die Berichterstattung griff Tuğçes Aufenthaltsort in 71 Prozent der Fälle nicht auf (n=269). Wenn er erwähnt wurde, dann genau (n=78): In 30,8 Prozent der Fälle wurde der Name der Klinik genannt, in der sie behandelt wurde, in 29,5 Prozent der Friedhof, auf dem sie beerdigt liegt. Auch bei Sanel thematisierte knapp die Hälfte der Artikel nicht, wo er sich befand (47,5 Prozent, n=204). 61,7 Prozent der Artikel, die seinen Aufenthaltsort nannten, tun dies nur mit dem allgemeinen Terminus Justizvollzugsanstalt oder U-Haft, während 22,4 Prozent die konkrete JVA angaben. 7,5 Prozent veröffentlichten das Landgericht, an dem die Verhandlung stattfand, wohingegen in 4,7 Prozent der Artikel nur von „vor Gericht“ die Rede war. 3,7 Prozent nannten seinen Wohnort.

Zwischen der regionalen und überregionalen Presse sowie der „Bild“-Zeitung“ wurden dabei keine signifikanten Unterschiede offenbar. Der konkrete Aufenthaltsort Tuğçes hingegen war in den regionalen Zeitungen signifikant häufiger als in den überregionalen und der „Bild“ zu lesen (vgl. Abb. 2). Dasselbe gilt für ihren Wohnort. Er wurde zwar in 77,3 Prozent der analysierten Artikel nicht publiziert, doch wenn er genannt wurde (n=61), dann signifikant häufiger von den regionalen Zeitungen (67,2 Prozent) als von den überregionalen (27,9 Prozent) oder der „Bild“ (4,9 Prozent).

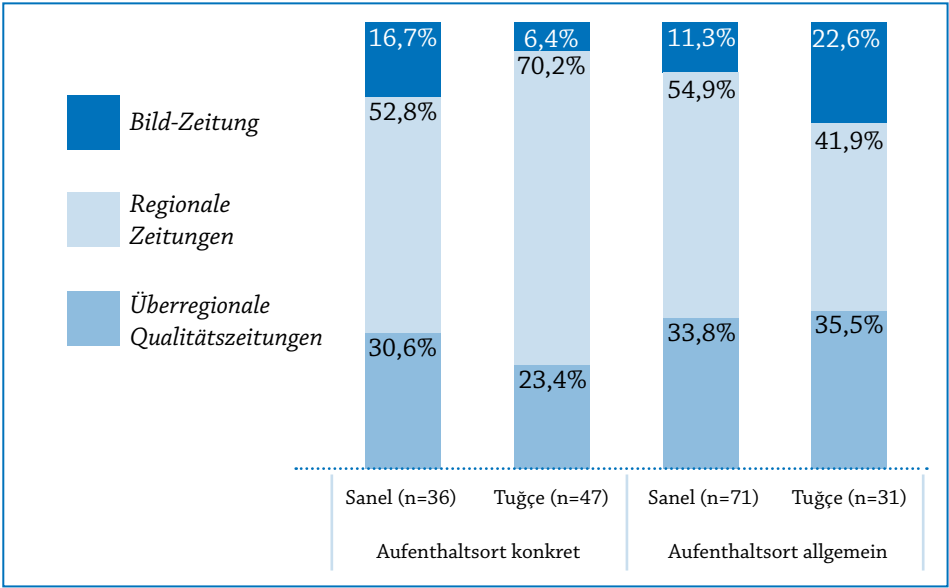


Abb. 2: Anzahl der Nennungen des Aufenthaltsorts der Protagonisten in den verschiedenen Zeitungsgattungen

Die regionalen Zeitungen haben durch die räumliche Nähe des einen engeren Bezug zum Fall, doch das entbindet sie aus ethischer Sicht nicht vom Opfer- und Täterschutz in der Berichterstattung. Ähnlich wie bei den abgedruckten Bildern kann vermutet werden, dass Tuğçe wieder eher aus der Perspektive der Heldin als aus der des Opfers wahrgenommen wird, und die regionalen Blätter so die Veröffentlichungen von Details rechtfertigen könnten. Beim damals noch mutmaßlichen Täter zeigten sie größere Zurückhaltung, verzichteten jedoch nicht gänzlich auf Details.

Migrationsaspekt im Hintergrund

Bei der Thematisierung des Migrationshintergrundes beider Protagonisten fällt auf, dass dieser in der Summe fast keine Rolle in der Berichterstattung spielte. Tuğçes türkische Wurzeln wurden in 84,8 Prozent der Artikel (n=269) nicht erwähnt. 10 Prozent gingen beiläufig in einem Attribut oder Halbsatz darauf ein und nur 5,2 Prozent thematisierten ihn stark. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Sanel: Nur in 4,4 Prozent wurde sein serbischer Hintergrund in mehr als einem Satz erwähnt (n=204). 11,8 Prozent nannten diese Tatsache nur beiläufig, während sie im Großteil der Berichterstattung mit 83,3 Prozent der Artikel nicht zur Sprache kam. Dieses Ergebnis zeigt, dass sich die analysierten Zeitungen in diesem Punkt zurückhielten und keine Vorurteile schürten.

Brutaler Schläger oder mutmaßlicher Täter?

Betrachtet man die mediale Darstellung Sanel, fällt auf, dass diese relativ sachlich ausfällt. 71,7 Prozent der Artikel, die über ihn berichteten, verzichteten darauf, ihn mit Eigenschaften zu charakterisieren (n=205). Knapp über die Hälfte (53,9 Prozent) der 51 Artikel, die ihn mit Attributen beschrieben, tun dies faktenorientiert: Sie versahen ihn mit Adjektiven wie „kriminell“ oder „vorbestraft“, was zum damaligen Zeitpunkt schon den Tatsachen entsprach. Dabei findet keine enorme Stigmatisierung des Täters statt. 39,2 Prozent der Artikel nahmen eine solche jedoch vor: Sie charakterisierten Sanel mit Eigenschaften wie „brutal“, „gewalttätig“ und „aggressiv“, die ihn als gefährlichen Täter darstellten. Opfer-Attribute aus dem Bereich „reumütig“ oder „nicht integriert“ wiesen ihm nur 7,8 Prozent der Artikel zu. Ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dieser Charakterisierung und den Zeitungen lässt sich nicht nachweisen, es zeichnet sich jedoch eine Tendenz ab: Die „Bild“-Zeitung“ benutzte Täter-Attribute häufiger als die überregionalen oder regionalen Blätter (vgl. Abb. 3), was aufgrund ihres Boulevardcharakters nicht erstaunt. Aus medienethischer Sicht ist dies jedoch bedenklich, da eine solche Berichterstattung zur Vorverurteilung des Täters führen kann.

In der Gesamtschau zeigt sich einerseits ein überraschendes und andererseits ein wenig erstaunliches Ergebnis bei der Analyse des Falls Tuğçe in der Presse: Die „Bild“-Zeitung“ wird dem ihr vorauseilenden Ruf als reißerisches Boulevardblatt gerecht. Sie publizierte z. B. unzensierte Bilder des bis dahin mutmaßlichen Täters Sanel und verletzte damit eindeutig sein Persönlichkeitsrecht. Zudem hob die „Bild“ sich in der Charakterisierung des Täters mit den meisten stigmatisierenden Attributen von den anderen Titeln deutlich ab.

Überraschend ist das Gesamtbild der Berichterstattung hinsichtlich des Falls. Die untersuchten Medien neben der „Bild“-Zeitung“ hielten sich in großem Maße an den Pressekodex, wenn man Tuğçe nicht als Opfer eines Gewaltverbrechens, sondern als Heldin betrachtet. In Bildern und Namensnennung war sie häufig eindeutig identifizierbar. Der volle Name des heute verurteilten Täters Sanel wurde hingegen nur in Einzelfällen preisgegeben. Das stellt nichtsdestotrotz einen schweren Verstoß gegen den Pressekodex dar. Details über ihn waren selten zu lesen. Die regionalen Zeitungen publizierten aufgrund ihrer räumlichen Nähe teilweise deutlich mehr identifizierende Angaben über Tuğçe und Sanel als die überregionalen oder die

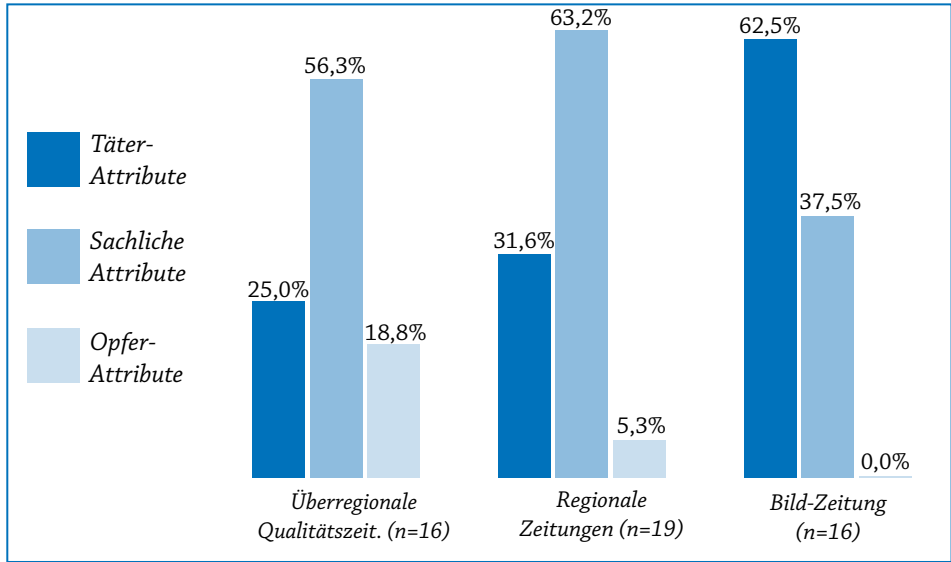


Abb. 3: Zuschreibung von Opfer- und Täterattributen in den verschiedenen Mediengattungen in Prozent

„Bild“-Zeitung“. In der Gesamtschau hielten die untersuchten Printmedien die Richtlinien des Pressekodex zum großen Teil ein. Fraglich ist nur, ob nicht schon die wenigen, aber doch gravierenden Verstöße, die diese Studie zeigt, ausreichen, um im Leben des heute verurteilten Täters Sanel bleibende Spuren zu hinterlassen.

Literatur

- Baum, Achim (2010): Deutscher Presserat. In: Schicha, Christian (Hg.): Handbuch Medienethik. Wiesbaden, S. 186-216.
- Branahl, Udo (2013): Medienrecht. Eine Einführung. Wiesbaden.
- Deutscher Presserat (2015): Pressekodex. http://www.presserat.de/fileadmin/user_upload/Downloads_Dateien/Pressekodex_bo_web_2015.pdf (zuletzt aufgerufen am 2.11.2015).
- Haas, Hannes/Pürer, Heinz (1991): Berufsauffassungen im Journalismus. In: Stuißer, Heinz-Werner (Hg.): Journalismus. Anforderungen, Berufsauffassungen, Verantwortung. Eine Aufsatzsammlung zu aktuellen Fragen des Journalismus. Nürnberg, S. 71-85.
- Höbner, Walter/Klenk, Christian (2010): Individualethische Ansätze. In: Schicha, Christian (Hg.): Handbuch Medienethik. Wiesbaden, S. 41-52.
- Meier, Klaus (2010): Redaktion. In: Schicha, Christian (Hg.): Handbuch Medienethik. Wiesbaden, S. 149-163.
- Schicha, Christian (Hg.) (2010): Handbuch Medienethik. Wiesbaden.
- Tonnemacher, Jan (2003): Kommunikationspolitik in Deutschland. Konstanz.
- Weischenberg, Siegfried/Malik, Maja/Scholl, Armin (2006): Die Souffleure der Mediengesellschaft. Report über die Journalisten in Deutschland. Konstanz.

Angewandte Ethik

Grundbegriffe der Kommunikations- und Medienethik (Teil 2).

Von Alexander Filipović

Kommunikations- und Medienethik ist eine Angewandte Ethik. Wie im ersten Teil unserer Serie (Grundbegriff „Moral und Ethik“) bezeichnet der Begriff Angewandte Ethik einen besonderen wissenschaftlichen Kontext. Diesen Kontext zu kennen, ist hilfreich für das Verständnis der Disziplin: Man kann die Kommunikations- und Medienethik besser verstehen und betreiben, wenn man weiß, was Angewandte Ethik ist. Als Angewandte Ethik ist die Kommunikations- und Medienethik eine wissenschaftliche Disziplin, die auf praktische Orientierung und Beurteilung von konkreten Handlungen und Strukturen im Bereich von (öffentlicher) Kommunikation und Medien auf der Basis von Normen unterschiedlicher Art ausgerichtet ist. Teil zwei der Serie macht diesen Zusammenhang deutlich.

Ungefähr ab den späten 1960er Jahren wird gesellschaftlich ein „Ruf nach Ethik“ immer lauter.¹ Die gesellschaftliche und technische Entwicklung wird als gefährlich oder krisenhaft erfahren: Ökologische Krise, Technikentwicklung, Innovationen in den Biowissenschaften und fortschreitende Ökonomisierung verlangen nach moralischer Reflexion und Orientierung. Dies ist freilich verbunden mit dem Anspruch an die Ethik, hilfreiche Antworten auf konkrete Herausforderungen und Handlungsunsicherheiten zu geben. Hans Jonas „Das Prinzip der Verantwortung“ (1979) und Peter Singers „Praktische Ethik“ (1979/1994) waren die Startschüsse für eine

Prof. Dr. Alexander Filipović lehrt Medienethik an der Hochschule für Philosophie in München und ist Mitherausgeber von Communicatio Socialis.

¹ Vgl. zur Angewandten Ethik als Kontext der Kommunikations- und Medienethik ausführlicher und mit weiteren Belegen Filipović (2016 – in Vorbereitung) und in systematischer Absicht in Bezug auf Medienethik als Angewandter Ethik Köberer (2015).

moderne akademische Angewandte Ethik, die gesellschaftlich relevante Fragen behandelt und in die öffentliche Diskussion hineinwirkt. Seither haben sich die Bereichs- und Angewandten Ethiken stark ausdifferenziert. Die Angewandte Ethik löste sich damit in gewisser Weise von ihrer akademischen Heimstätte und trat in das Feld der Politik und der gesellschaftlichen Verständigung ein. Die Verbindung von Wissenschaftlichkeit und professioneller akademischen Arbeit einerseits und von Politik und öffentlicher Argumentation andererseits charakterisiert seither das Feld der Angewandten Ethik.

Eine Bestimmung von Angewandter Ethik hat zwei Fragen zu beantworten: Was unterscheidet sie erstens von anderen, etwa „allgemeinen“ Ethiken, und zweites, welche Angewandten Ethiken gibt es und wie unterscheiden sich die Bereiche, in denen diese Ethiken angewandt werden. Anders formuliert: Was ist „Anwendung“ im Feld der Ethik und was können Gegenstände oder „Bereiche“ solcher Anwendung sein? Gemeinhin wird auf die erste Frage geantwortet, dass eine Angewandte Ethik eine Teildisziplin der normativen Ethik ist, „welche die in der Allgemeinen Ethik entwickelten allgemeinen Prinzipien auf konkrete praktische Probleme ‚anwendet‘“ (Fenner 2009, S. 100). Die Antwort auf die zweite Frage nimmt Bezug auf die gesellschaftliche Ausdifferenzierung und moderne Handlungsbereiche, und identifiziert gleiche oder ähnliche praktische Probleme und Herausforderungen. Beide Antworten in einer Kurzdefinition zusammengefasst: Die Angewandte Ethik ist eine „philosophische Disziplin“, die eine „systematische Anwendung normativ-ethischer Prinzipien auf Handlungsräume, Berufsfelder und Sachgebiete“ (Thurnherr 2000, S. 14) unternimmt. Beide Fragen oder Dimensionen arbeite ich nacheinander ab und komme danach zu einer Zusammenfassung in Bezug auf Kommunikations- und Medienethik als Angewandte Ethik.

Angewandte Ethik im Verhältnis zur allgemeinen Ethik

Man kann unterscheiden zwischen einem *Top-down-Modell* und einem *Bottom-up-Modell* Angewandter Ethik (vgl. dazu Fenner 2009, S. 100–104). Im *Top-down-Modell*, das eher in der akademischen Welt beheimatet ist, werden die in der allgemeinen Ethik festgelegten Prinzipien auf konkrete Probleme *angewandt*. Die für gut und richtig befundene Handlung wird aus einem allgemeingültigen Prinzip für eine konkrete Situation abgeleitet. Diesem Verständnis liegt ein deduktives (ableitendes)

Verständnis von Moral zu Grunde, nach dem eine moralische Handlungsregel immer zuerst allgemein begründet und erst dann im Hinblick auf die Besonderheiten der Situation *angepasst* wird. Das Modell sieht also für ein moralisches Urteil systematisch zunächst ab von konkreten Umständen. Gewonnen wird durch diese Praxisferne ein gut begründetes Moralprinzip, dessen Geltung im Prinzip nicht abhängig ist von konkreten Situationen und Veränderungen.

Im *Bottom-up-Modell* werden Handlungsregeln und moralische Urteile nicht deduziert, sondern von unten nach oben induziert. Startpunkt sind konkrete, oft einzelhafte Situationen, in denen moralrelevante Problemlösungen und Aspekte identifiziert, gesammelt und systematisiert werden. Davon ausgehend werden dann Leitlinien des Handelns gewonnen, die auch für ähnliche andere Situationen hilfreich sein können. Dies erinnert an ein pragmatisches Problemlösen, wie es etwa in der Politik gebräuchlich ist. Das Modell nimmt also für ein moralisches Urteil zunächst die konkreten Situationen in den Blick. Gewonnen wird durch diesen Verzicht auf eine universale Begründung eines Moralprinzips eine praxisrelevante Perspektive. Diese hält sich nicht mit abstrakten Überlegungen auf, sondern denkt problem- und lösungsorientiert und verspricht direkte, umsetzbare Handlungsempfehlungen.

Die induktiv vorgehende Angewandte Ethik ist eher in den anwendungsspezifischen Handlungsfeldern selbst, also beispielsweise in der Medizin oder in der Technik, zuhause. Nicht selten erscheint diese Art der Angewandten Ethik als „Gegenmodell“ (Vieth 2006, S. 14) zu den klassischen philosophischen Ethiken. In diesem Typ Angewandter Ethik scheint das Wort der „Anwendung“ dann auch nicht mehr passend, weil ein fest begründetes Prinzip zur Anwendung ja nicht angenommen wird. Daher wurde dafür der Begriff „anwendungsorientierte Ethik“ vorgeschlagen. Wie auch immer man die Terminologie festlegt: Das Verhältnis von Theorie, Grundfragen und Grundprinzipien der Moral (Metaethik, allgemeine Ethik) und praktischer Orientierung in spezifischen Bereichen bleibt schwierig. Das Problem schwächt sich etwas ab, wenn Anwendung nicht technisch verstanden wird, sondern im Sinne des hermeneutischen Begriffs der Applikation, was eine „Aktualisierung philosophischer Einsichten in veränderten Lebenskontexten“ (Düwell 2002, S. 243)

Grundbegriffe der **MEDIE****NETHIK** Communicatio Socialis

bedeutet. Auf diese Weise ist ein Mittelweg zwischen ethischer Theoriebildung und situationsbezogener Normfindung angedeutet.

Angewandte Ethik als Bereichsspezifische Ethik

Die Veränderungen in der Gesellschaft und die technischen und sozialen Innovationen führen zu einer Veränderung und zahlenmäßigen Zunahme der Bereichsspezifischen Ethiken selbst. Dies wird zum Teil kritisiert, verbunden mit einer Warnung vor einer Inflation der Bereichsethik. Andererseits gibt es Argumente für neue Bereichsethiken (vgl. Maring 2014). Das Verhältnis der Angewandten Ethiken bzw. Bereichsethiken untereinander ist zunächst eines der Kooperation. Viele Berei-

Es bleibt für jede Bereichsethik schwierig und eine Herausforderung, ihren Gegenstand und ihre Probleme zu bestimmen.

che sind Querschnittsfelder, auf denen eine Zusammenarbeit der Bereichsethiken notwendig ist, beispielsweise die Umweltethik. Die Kooperation der unterschiedlichen Bereichsethiken ist notwendig, muss aber auch einige Hürden überwinden: Im Zuge ihrer

unterschiedlichen Ausdifferenzierung haben die Bereichsethiken eine voneinander abweichende Gestalt angenommen, etwa hinsichtlich ihrer Verwissenschaftlichung und ihrer Methodik. Die Medizinethik trägt beispielsweise noch den Charakter eines ärztlichen Standesethos, ist also geprägt von der Innensicht der medizinischen Profession und nicht etwa von einer speziellen philosophischen Reflexion. Eine professionsethische Prägung der Bereichsethiken findet man auch in anderen Feldern, etwa bei den Technikern und Ingenieuren, recht stark bei den Journalisten, weniger ausgeprägt bei Informatikern. Die Bio-, Umwelt- und die Wirtschaftsethik hingegen sind vor allem akademisch geprägt. Nicht nur von ihren Themen her sind die Bereichsethiken im Vergleich recht heterogen.

Es bleibt für jede Bereichsethik schwierig bzw. eine Herausforderung, ihren Gegenstand und ihre Probleme zu bestimmen (Bayertz 1994, S. 20f.). Oft ist nicht trennscharf geklärt, was *genau* den Gegenstandsbereich einer Bereichsethik ausmacht. Vielmehr ist es für eine Bereichsethik kennzeichnend, dass und wie sie um eine Beschreibung ihres Gegenstandes ringt. Sie findet ihre Probleme auch nicht einfach vor, sondern sie konstruiert sie in dem Sinne, dass sie wissenschaftsfähige Probleme aufgrund von gerade geltenden Paradigmen, Methoden und einer spezifischen wissenschaftlichen Sprache

als solche erkennt. Es ist die wissenschaftliche Disziplin also selbst, die bestimmt, was ihr Gegenstand ist, was als Problem in diesem Gegenstandsbereich gelten soll und wie das Problem wissenschaftlich gelöst oder bearbeitet wird. Dies ist geradezu ein Spezifikum der Angewandten Ethik als Wissenschaft.² Selbstredend bleibt sie angewiesen auf den Austausch mit der Praxis in ihrem Bereich: Die Problembeschreibungen einer solchen Praxis sind entscheidendes Material einer Bereichsspezifischen Ethik als wissenschaftliche Disziplin, die zumeist den Anstoß geben, sich mit einer bereichsspezifischen Problematik zu befassen.

Kommunikations- und Medienethik als Angewandte Ethik

Die Kommunikations- und Medienethik ist verstrickt in diese Theorie/Praxis-Diskurse, in die „Findung“ ihrer Probleme, in die Diskussionen um Grundfragen der Ethik usw. Auch die Kommunikations- und Medienethik als wissenschaftliche Disziplin ist um eine Schärfung ihres Profils bemüht und organisiert entsprechende wissenschaftliche Selbstverständigungsdiskurse über Grundfragen (vgl. Debatin/Funiok 2003, Prinzing et al. 2015). Ein weiteres kommt hinzu: In den Bereichs- und Angewandten Ethiken können jeweils mehrere Disziplinen beteiligt sein. So ist die Kommunikations- und Medienethik als akademisches Fach auch nach innen hin interdisziplinär verfasst, insofern sich am informations- und medienethischen Diskurs praktische Philosophen, Medienphilosophen, (kulturtheoretisch orientierte) Medienwissenschaftler, (sozialwissenschaftlich orientierte) Kommunikations- und Medienwissenschaftler, Informatiker, Ingenieure, Theologen, Literaturwissenschaftler und andere beteiligen. Diese Vielfalt als Ressource zu verstehen, fällt der Disziplin nicht immer leicht.

Die existierenden Entwürfe der Informations- und Medienethik versuchen auf unterschiedliche Weise, die methodische und theoretische Problemstellung der Angewandten Ethik anzugehen. Sie versuchen es beispielsweise mit einem Fokus auf den Verantwortungsbegriff (Funiok 2007), im Rückgriff

Es ist die wissenschaftliche Disziplin selbst, die bestimmt, was ihr Gegenstand ist, was als Problem in diesem Gegenstandsbereich gelten soll.

2 Für ein medienethisches Beispiel für diese Bemühungen um die Klärung des Gegenstandes und der eigenen Fragerichtung vgl. Heesen (2015).

auf einen gerechtigkeits-theoretischen Begriff der Beteiligung (Filipović 2007), durch eine Differenzierung von Ideal- und Praxisnormen (Brosda/Schicha 2000) oder durch die Lokalisierung der Medienethik zwischen der Philosophie und den Kommunikations- und Medienwissenschaften (Rath 2013).

Wie alle Bereichsspezifischen Ethiken steht die Kommunikations- und Medienethik mit einem Bein in der akademischen Welt und mit dem anderen in politischen, gesellschaftlichen, öffentlichen Diskursen um Probleme unserer Gegenwart. Einen festen Stand hat sie noch nicht. Es gilt für sie wissenschaftlich Profil zu gewinnen, sich auch im Hinblick auf Stellen und Institute auszuprägen, aber auch sich als Teil eines breiteren, gesellschaftlichen kommunikations- und medienkritischen Diskurses zu begreifen.

Literatur

- Bayertz, Kurt (1994): *Praktische Philosophie als angewandte Ethik*. In: Bayertz, Kurt (Hg.): *Praktische Philosophie. Grundorientierungen angewandter Ethik*. Reinbek bei Hamburg, S. 7-47.
- Brosda, Carsten/Schicha, Christian (2000): *Medienethik im Spannungsfeld zwischen Ideal- und Praxisnormen - Eine Einführung*. In: Schicha, Christian/Brosda, Carsten (Hg.): *Medienethik zwischen Theorie und Praxis. Normen für die Kommunikationsgesellschaft*. Münster, S. 7-32.
- Debatin, Bernhard/Funiok, Rüdiger (Hg.) (2003): *Kommunikations- und Medienethik*. Konstanz.
- Düwell, Marcus (2002): III. *Angewandte oder Bereichsspezifische Ethik: Einleitung*. In: Düwell, Marcus/Hübenthal, Christoph/Werner, Micha H. (Hg.): *Handbuch Ethik*. Stuttgart/Weimar, S. 243-247.
- Fenner, Dagmar (2009): *Angewandte Ethik zwischen Theorie und Praxis. Systematische Reflexionen zum Theorie-Praxis-Verhältnis der jungen Disziplin*. In: *Zeitschrift für philosophische Forschung*, 63. Jg., H. 1, S. 99-121. <http://sowiport.gesis.org/search/id/iz-solis-90531029> (zuletzt aufgerufen am 2.12.2015).
- Filipović, Alexander (2007): *Öffentliche Kommunikation in der Wissensgesellschaft. Sozialethische Analysen*. Bielefeld (Forum Bildungsethik, 2).
- Filipović, Alexander (2016 - in Vorbereitung): *Angewandte Ethik*. In: Heesen, Jessica (Hg.): *Handbuch Informations- und Medienethik*. Stuttgart.
- Funiok, Rüdiger (2007): *Medienethik. Verantwortung in der Mediengesellschaft*. Stuttgart.
- Heesen, Jessica (2015): *Ein Fels in der Brandung? Positionen der Medienethik zwischen verflüssigtem Medienbegriff und schwankender Wertebasis*. In: Prinzing, Marlis et al. (Hg.): *Neuvermessung der Medienethik. Bilanz, Themen und Herausforderungen seit 2000*. Weinheim, S. 86-98.

- Jonas, Hans (1979): *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*. Frankfurt a. M..
- Köberer, Nina (2015): *Medienethik als angewandte Ethik - eine wissenschaftssystematische Verortung*. In: Prinzing, Marlis et al. (Hg.): *Neuvermessung der Medienethik. Bilanz, Themen und Herausforderungen seit 2000*. Weinheim, S. 99-113.
- Maring, Matthias (Hg.) (2014): *Bereichsethiken im interdisziplinären Dialog*. Karlsruhe.
- Prinzing, Marlis et al. (Hg.) (2015): *Neuvermessung der Medienethik. Bilanz, Themen und Herausforderungen seit 2000*. Weinheim.
- Rath, Matthias (2013): *Medienethik – zur Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. In: Karmasin, Matthias/Rath, Matthias/Thomaß, Barbara (Hg.): *Normativität in der Kommunikationswissenschaft*. Wiesbaden, S. 289-302.
- Singer, Peter (1979/1994): *Praktische Ethik*. 2., rev. und erw. Aufl. Stuttgart.
- Thurnherr, Urs (2000): *Angewandte Ethik zur Einführung*. Hamburg.
- Vieth, Andreas (2006): *Einführung in die angewandte Ethik*. Darmstadt.

Von der Schwarmintelligenz zur Schwarmbosheit

Ein Appell aus gegebenem Anlass. *Von Stephan Weichert*

Abstract Polemik, Provokation und Volksverhetzung geraten in den sozialen Netzwerken schnell zu einem explosiven Gemisch. Journalisten, denen an einer sachlichen Moderation gelegen ist, wird eine hohe Frustrationstoleranz abverlangt, um der Kritik von Trollen und Hatern zu begegnen. Der Essay geht unter anderen folgenden Fragen nach: Wie bewältigen Redaktionen das massiv wachsende Feedback ihrer User? Und welche Verantwortung tragen die Medien, aber auch die Zivilgesellschaft in der Ausgestaltung eines konstruktiven öffentlichen Diskurses?

359 Likes zählte der „Facebook“-Post von Timon Ruge, dem Onlinechefredakteur der „Lübecker Nachrichten“, nachdem er am 12. Juni 2015 sekundiert hatte, dass die Redaktion der Regionalzeitung ab sofort keine Beiträge zur Flüchtlingsproblematik mehr posten würde: aus Sorge vor weiteren überschäumenden Hasstiraden seiner „Facebook“-Gemeinde, die sich als Reaktion auf die Berichterstattung über eine Lübecker Erstaufnahme-Einrichtung für 600 Flüchtlinge in Befürworter und Gegner spaltete. „Diese polemischen Exzesse“, hieß es in dem Post, „widersprechen unserer Netiquette und auch der ansonsten freundlichen und sachlichen Gesprächskultur auf diesem Kanal, die wir weiter pflegen wollen.“ (Ruge 2015) Grund für den plötzlichen Kommentarstopp sei die Masse der justiziablen Anfeindungen, die „einfach nicht mehr zu handhaben“ gewesen seien.

Immerhin: 359 Leser zeigten sich öffentlich einverstanden, dass ihre Lübecker Heimatzeitung derlei Verbalattacken nicht mehr dulden wollte und streckten ihren „Facebook“-Daumen als öffentliches Zustimmungsbekenntnis nach oben. Doch die meisten der 176 Kommentare und der Aberhundert Ko-Kommentare, die sich immer noch unter Ruges „Facebook“-Eintrag finden, lassen schnell erahnen, wie die Stimmung auf der Social-Media-Repräsentanz des Lübecker Verlagshauses in

Prof. Dr. Stephan Weichert ist Professor für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation in Hamburg und leitet den Weiterbildungsstudiengang „Digital Journalism“ an der Hamburg Media School.

den vergangenen Monaten zeitweise gekippt sein muss. Vor allem die sogenannte „Lügenpresse“ überschüttet der Social-Media-Pöbel auch diesmal mit reichlich Häme und Kritik: Von „Problemen totschweigen“ und „dem Hass nachgeben“ ist in den Kommentaren die Rede, von einem „breiten Kreuz“, das der Redaktion offenbar fehle und davon, dass „Journalismus anders geht“ (ebd.).

Beinahe stoisch antwortet Ruges Mannschaft immer wieder auf ätzende Kommentare, dass die Redaktion selbstverständlich weiter auf der Homepage¹ berichte, nur eben nicht auf der eigenen „Facebook“-Seite². Alleine, es nutzt nichts: Weiter wird verbal auf die Redaktion eingepöbelt, die Vorwürfe der Selbstzensur mehren sich eher noch. Emotional gelassen bleibt kaum ein Mitdiskutant.

Dass Leser zu etlichen Themen immerwährend Stellung beziehen, indem sie das Daumen-Symbol bei „Facebook“ anklicken, kommentieren, Beiträge teilen, retweeten und liken, um sich damit gegenseitig Zuneigung oder Antipathie zu bekunden, ist nichts Neues. Doch die Stammtischbildung in der „Digitalen Mediapolis“ (Weichert et al. 2010) hat sich zugespitzt: Die Töne in den Echokammern der „Filter Bubble“ (Pariser 2011) werden rauer, ungefilterter, justiziabler. Mithin haben sich auch die Intensität und die Geschwindigkeiten des Nutzer-Feedbacks verändert, sodass das Einhegen des öffentlichen Diskurses für viele Redaktionen zum Lackmustest wird – auch weil die technischen Systeme im Umgang mit Störern an ihre Grenzen geraten: Gegen *Like-Kartelle* und vermeintliche *Trollfabriken* ist bisher kein redaktionelles Kraut gewachsen.

Schon sehen die einen durch diesen Trend das publizistische Ökosystem gestört. Andere wittern einen Angriff auf die Professionalität des Journalismus oder fürchten zumindest eine schleichende Abnahme der eigenen Relevanz. Irgendwo dazwischen liegt die Wahrheit. Dass die Einschläge näher kommen, merken unmittelbar solche Journalisten, die sich an der Social-Media-Front durchzukämpfen versuchen: Die Einbindung der Nutzer kann zeitraubend sein. Sie kann für Störungen im geordneten Redaktionsbetrieb sorgen und Journalisten von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten.

1 Vgl. <http://www.ln-online.de> (zuletzt aufgerufen am 22.10.2015).

2 Vgl. <https://www.facebook.com/LNOnline?ref=nf> (zuletzt aufgerufen am 22.10.2015).

Ist die Dialogisierung mit dem Publikum gescheitert?

Es ist daher schon lange ein offenes Berufsgeheimnis, dass Journalisten im Umgang mit ihren Lesern und Zuschauern verzweifeln, dass die Distanz zum Publikum eher größer wird, statt sich zu verringern (vgl. Weichert et al. 2015). Bloß laut auszusprechen, dass sich viele von ihnen vielleicht verrannt haben und inzwischen an einem dialogischen Motivationstiefpunkt angekommen sind, traut sich kaum jemand. Dass das Niveau in den Kommentarspalten gerade der journalistischen Angebote so drastisch ins Bodenlose abdriftet, hatte niemand in Erwägung gezogen. Auch nicht, dass es für Journalisten so aufreibend werden könnte, sich einem echten Publikumsdialog zu stellen. Die Hoffnung, dass das Gros der Nutzer zur Raison zu bringen wäre, war wohl größer als die Befürchtung, dass die Dialogisierung scheitern könnte.

Auf der anderen Seite nimmt das Publikum seine Rolle als Kritik- und Kontrollinstanz der Medien vergleichsweise wenig und allenfalls selektiv wahr, weshalb auch das neomodische Paradigma vom Publikum als der „fünften Gewalt“ ins Leere greift (vgl. Hamann 2015). So sehr diese Floskel in Gelehrtenkreisen einigen rhetorischen Charme entfalten mag, ist sie doch realitätsfern: Eine neue publizistische Gewaltenteilung, in der sich Nutzer zu Kontrolleuren der Journalisten aufschwängen, wäre erst gegeben, wenn es überhaupt eine kritische Masse gäbe, die sich, erstens, weniger punktuell in den öffentlichen Diskurs einbringen würde und, zweitens, die Masse der hämischen Kommentatoren nicht wie in der Flüchtlingsdebatte derart überwöge.

Die meisten Nutzer wollen in Debatten vor allem den eigenen Standpunkten Sichtbarkeit verleihen. Und dafür scheint ihnen jedes Mittel recht – Hauptsache geräuschvoll und provokant. An einer sachlichen Argumentation ist nach wie vor nur ein Bruchteil interessiert. Zugleich werden die Beteiligungsoptionen für Nutzer noch zu wenig vom Publikum her gedacht: Es fehlen offenkundig konkrete Vorschläge, welche Formen der Partizipation im Journalismus gefördert und gefordert werden. Erst hinter wenigen Angeboten wie der userfreundlichen Crowdfunding-Plattform der „Krautreporter“ und der stiftungsfinanzierten Redaktion „Correctiv“, aber auch jugendaffinen Angeboten wie „ZDF heute +“, „bento“ oder „ze.tt“ stecken junge kluge Köpfe, die sich solide Strategien zum Publikumsdialog überlegt haben.

Doch die gelebte Praxis ist zäh: Gerade bei Reizthemen wie Syrien, Pegida oder der aktuellen Asylpolitik der Bundesregierung hat der öffentliche Diskurs einen gehörigen Schluckauf. Immer wieder kommt es zu überschäumenden Verbalexzessen. Oft jagt ein Shitstorm den nächsten, zahlreiche Anfeindungen sind in jeder Hinsicht grenzwertig, sodass vor allem kleineren Redaktionen schnell Puste und Personal ausgehen: In der Regel scheitert es daran, dass bei nachrichtlichen Großlagen gar nicht alle Kommentare gesichtet, geschweige denn nach einer Systematik gewichtet werden können. Und dieses Dilemma gilt für fast alle Redaktionen.

Aus dem Traum von der Schwarmintelligenz ist ein Albtraum der Schwarmbosheit geworden. Vor allem bei antisemitischen oder ausländerfeindlichen Netzdebatten zeigt sich, dass es in den Kommentaren nur so von Unwissen und etlichen Verschwörungstheorien wimmelt. In der aktuellen Flüchtlingsdebatte gipfeln die fehlenden redaktionellen Ressourcen und Filtermöglichkeiten in einer perfiden Spielart der digitalen Volksverhetzung (Weichert 2015).

*Der prototypische Netznutzer ist
anscheinend aus einem anderen Holz
gemacht als der, den sich viele
Redakteure gerne geschnitzt hätten.*

Der prototypische Netznutzer ist anscheinend aus einem anderen Holz gemacht als der, den sich viele Redakteure gerne geschnitzt hätten: Einer, der nicht nur motzt, sondern der engagiert mitdenkt, mitdiskutiert und im besten Fall auch noch bereit ist, für sein selbstloses Mittun Geld zu bezahlen. Eine Batterie eierlegender Wollmilchsäue, die Redakteuren einen Teil ihrer Arbeit abnimmt und sie am Ende dafür honoriert – das war die Idealvorstellung vieler Journalisten, bevor sie sich in die Abgründe der sozialen Netzwerke begeben haben, dorthin, wo gepöbelt, gestänkert und gemobbt wird – je kontroverser das Thema, desto lauter das Gezänk.

Verrohung der Sitten im Netz

Viele Redaktionen denken deshalb neuerdings über Frühwarnsysteme gegen Shitstorms und Kritikwellen nach, um den *Looser-Generated-Content* von Trollen und Störern einzudämmen und dem qualifizierten User-Feedback mehr Raum zu geben. Sie erarbeiten interne Verhaltenskodizes, denken über neue Belohnungssysteme für ihre Communities nach und wollen „Trust-Faktoren“ für Nutzer einführen. Doch ein wirksames Rezept gegen die neuen Pathologien der digitalen Debattenkultur hat bislang offenbar noch niemand entwickelt.

Weil sich die Medientechnologien rascher entwickeln, als dass die Redakteure mit adäquaten Regelwerken hinterherkämen, sind die hergebrachten Netiquettes vielmehr obsolet geworden und in den meisten Fällen nur noch reine Kosmetik. Ein Beispiel: Waren bis vor einem halben Jahr „Snapchat“ oder „WhatsApp“ kaum Thema, brennen viele Redaktionen heute darauf, diese Plattformen als Vertriebskanäle zu nutzen. Und mit diesen Kanälen ändert sich schlagartig auch die Debattenstruktur im Netz – und damit ihre Qualität (vgl. Weichert 2014).

Immerhin gibt es in einigen Redaktionen inzwischen Bestrebungen, ihren generischen Verhaltenskodex für Debatten in sozialen Netzwerken in feste Richtlinien zu gießen: Das Social-Media-Team des NDR versucht etwa, den Umgang mit „Kritikwellen und Shitstorms“ mittels eines internen Memos in den Griff zu bekommen. In Ergänzung zu den bestehenden Guidelines, die auf der Website zu finden sind (vgl. NDR.de), werden

Einer der Gründe für die dissoziale Debattenkultur ist, dass öffentliche und private Sphäre der Absender von Kommentaren nicht mehr auseinanderzuhalten sind.

Kommentarstrategien für NDR-Mitarbeiter empfohlen, um einen möglichst zivilisierten Diskurs zu gewährleisten: „Geht eine Redaktion transparent, sachlich und freundlich mit Kritik um, verlaufen Debatten erfahrungsgemäß zivilisierter und ebb

ebener ab“, heißt es in dem Memo.³ Und weiter: „Offensichtliche Kampagnen für Themen, die nicht im Programm stattgefunden haben, insbesondere Verschwörungstheorien und Hatespeech, können gelöscht werden.“ Es steht zu hoffen, dass die Redaktionen durch derlei – zweifellos gut gemeinte – Guidelines die leidigen Verbalattacken allmählich in den Griff bekommen. Immerhin, ein Anfang ist gemacht.

Um die Nutzer behutsam zu zivilisieren, aber nicht zugleich ihre Debattierfreudigkeit im Keim zu ersticken, muss das Übel bei der Wurzel gepackt werden. Einer der Gründe für die dissoziale Debattenkultur im Netz ist offenbar, dass öffentliche und private Sphäre der Absender von Kommentaren in den sozialen Foren nicht mehr eindeutig auseinanderzuhalten sind: Jeder Kommentar eines Privatnutzers ist zugleich für alle anderen Nutzer öffentlich einsehbar. Aber auch jeder private Tweet eines Politikers bemüht sich meist um ein politisches Agenda Setting, jeder „Facebook“-Post eines Journalisten ist niemals nur Privatsache – oder etwa doch?

3 Nicht-öffentliches Memo, das dem Verfasser des Beitrags vorliegt.

Gerade diese Grauzone, was öffentlich, was Privatsache ist, kann als eine der Hauptursachen für die Verrohung der Sitten im Netz gelten. Weil nur noch wenige Nutzer es überhaupt für notwendig halten, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, sich also gar nicht erst bestimmten Benimmregeln unterwerfen, ist die Tonlage rauer und der Schlagabtausch härter geworden.

Insofern ist vielen Beobachtern klar, dass es für die Etablierung einer intakten Debattenkultur nicht ausreicht darauf zu hoffen, dass irgendwann von alleine Ruhe in den Kommentarspalten einkehrt. Den Draht zum Publikum von Redaktionsseite einfach zu kappen, wäre jedoch ein zu radikaler, wenn auch nachvollziehbarer Schritt – hätte er nicht so fatale Auswirkungen: Schließlich ist der Zensurvorwurf unter Nutzern ein Dauerbrenner, die Unterbindung der freien Rede und vor allem der Gegenrede wird von vielen als Eingriff in die Meinungsfreiheit und damit als Angriff auf unseren demokratischen Wertekanon interpretiert, der mehr Hetze und Pöbeleie hervorruft und letztlich der Diskussion um die „Lügenpresse“ neuen Auftrieb gibt.

Auf andere Nutzer wirkt es so, als knickten die Redaktionen vor den Trollen ein (womit sie nicht ganz falsch liegen) oder als bewiesen diese kein publizistisches Rückgrat, kein „breites Kreuz“ gegenüber denjenigen, die einen engagierten Diskurs vorsätzlich unterwandern, wie es zuletzt auch den „Lübecker Nachrichten“ vorgeworfen wurde. Gegenüber der Trollfraktion, so bemängeln diese Nutzer, würden sie eine Schwäche zeigen, die den gegenteiligen Effekt einer Debatte auf Augenhöhe habe: Statt den Störern mit Sachargumenten zu begegnen, zensierten sich die Redaktionen kurzerhand selbst. Enttäuscht sind am Ende, wen wundert, beide Lager innerhalb der Community. Und die Redaktionen gewinnen nichts. Im Gegenteil riskieren sie, dass sich Leser und Zuschauer von ihrem angestammten Medienangebot dauerhaft abwenden.

Erwarten Journalisten also zu viel von ihrem Publikum? Wahrscheinlich. Gibt es konstruktive, inspirierende, geistreiche Nutzerbeiträge im Netz? Natürlich. Aber vermutlich weniger, als Journalisten es sich wünschen. Aber was erhoffen sich die Redaktionen dann eigentlich von der Nutzerpartizipation? Steht der Dialog auf Augenhöhe im Vordergrund, der Journalisten zu bedingungslosen User-Verstehern macht und sie scheinweise ihrer Autonomie beraubt? Oder geht es darum, Nutzer davon zu überzeugen, für die exklusive Teilhabe zu bezahlen – Stichwort „Club-Kultur“?

Lösungsansätze zur Entstörung der Debattenkultur

Die gestörte Debattenkultur kann auch anders entstört werden: Abhilfe schaffen könnte eine Erziehung der Nutzer zur Selbsthygiene. Damit eine neue Vertrauensbasis (auch zwischen Usern und Journalisten) entstehen kann, braucht es eine aktive Mitwirkung am zivilgesellschaftlichen Diskurs über den Wert der öffentlichen Meinung. Ansatz einer solchen digitalen Medienethik wäre, die Verantwortung an das Publikum zu übertragen in dem Sinne, dass es seine neue Rolle konstruktiv annehmen und einen Entwicklungsbedarf vorrangig auch bei sich erkennen muss. Die Crux könnte somit die kommunikative Nähe sein: Sobald es Medienschaffenden gelingt, ihre Nutzer nicht von oben herab zu behandeln und – sei's drum – sich vielleicht hin und wieder auf das Niveau und die Tonlage der Diskussionen herabzulassen, ohne respektlos zu werden, wird sich etwas ändern.

Eine beherzte Moderation, die in Debattenforen von „Bild.de“ über „Spiegel Online“ bis „Zeit Online“ inzwischen üblicher wird, ist eine weitere nachhaltige Maßnahme: Trolle werden demotiviert und trollen sich, seriöse Diskutanten fühlen sich in ihrer Mitwirkung bestärkt. Ähnliches gilt für den kreativen Direktaustausch mit dem Nutzer schon bei der redaktionellen Ideen- und Themenfindung wie bei „heute+“. Was ebenfalls zu funktionieren

*Ein Weg könnte die automatisierte
Kanalisation von Nutzerfeedback
mittels technologischer
Filtersysteme sein.*

scheint, sind selbstironisierende Zugänge wie die der „Facebook“-Page „Der ‚Die Welt‘ Praktikant“, einem Spin-off der „Welt“-Gruppe, der im mutigen und mitunter zynischen Umgangston selbst den übelsten Kommentatoren auf die Schliche kommt⁴.

Vielleicht ist das Durchgreifen aber noch nicht radikal genug gedacht: Ein dritter, zu entwickelnder Weg könnte die automatisierte Kanalisierung von Nutzerfeedback mittels technologischer Filtersysteme sein, sprich: eines Algorithmus, der per Sprach- oder Syntaxerkennung die guten von den schlechten Kommentaren trennt, aussortiert und letzten Endes löscht. Dies wirft freilich ethische Fragen des Einflusses von Algorithmen auf unser Nachrichten-Ökosystem auf, die in der Redaktionspraxis jedoch längst gang und gäbe sind.

4 Vgl. Der „Die Welt“ Praktikant auf „Facebook“: <https://www.facebook.com/weltpraktikant> (zuletzt aufgerufen am 22.10.2015).

Clevere Entwickler der Datenjournalismus-Agentur „Open Data City“ haben ein solches Tool mit dem lustigen Namen „Trolldrossel“ getestet, mit dem Störenfriede nicht nur identifiziert, sondern verbannt werden konnten (vgl. Neumann/Kreil 2013). Michael Kreil und Linus Neumann forderten auf einem Blog Trolle zur Eingabe von Captchas – Sicherheitscodes zur Unterscheidung von Mensch und Maschine – auf, und obwohl diese Eingaben womöglich korrekt waren, wurden die Trolle immer wieder zur erneuten Eingabe aufgefordert – bis sie vor lauter Frustration aufgaben.

Eine weitere Versuchsanordnung dieser „Trolldrossel“ war das so genannte „Hellbanning“: Den per Texterkennung als Trolle identifizierten Nutzern wurden ausschließlich Beiträge von anderen Trollen – der Kommentarröhle – angezeigt, so dass sie wegen ausbleibender Reaktionen vom Rest der Community irgendwann freiwillig das Weite suchten. Diese Form der intelligenten Gettoisierung scheint eine nicht ganz redliche, jedoch ungemein effektive Variante zu sein.

Nach allem, was Psychologen bisher über das Verhalten von Trollen und Hatern herausgefunden haben, könnte auch ein System von Belohnung (seriöser) und Bestrafung (beleidigender Wortbeiträge) erfolgreich sein: Feldversuche zeigen, dass solche lernpsychologischen Stimulationen antisoziales Verhalten in Kommentarfeldern tatsächlich reduzieren helfen. Entzieht man Trollen getreu der Maxime „Don’t feed the trolls!“ also ihre Bühnen der öffentlichen Denunziation, verlieren sie die Lust zu stänkern, wohingegen ein übermäßig raues Kommunikationsklima in den Foren deren unliebsame Aktivitäten noch verstärkt.

Öffentlicher Strukturwandel: Von der Digitalkultur zur Monokultur

„Das World Wide Web scheint freilich mit der Internetkommunikation die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation auszugleichen, indem es den Wiedereinzug interaktiver und deliberativer Elemente in einem unregulierten Austausch zwischen Partnern zulässt, die virtuell, aber auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren“, lobte Jürgen Habermas (2008, S. 161) das Potenzial des Netzes noch vor einigen Jahren. Dennoch musste er schon damals einräumen, dass das Publikum „im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen“ zerfalle. „Auf diese

Weise“, so Habermas weiter, „scheinen die nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden. Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber *von sich aus kann es der zentrifugalen Tendenz nichts entgegensetzen*“ (ebd. S. 162; kursiv durch den Verf.).

Damit mahnt der Sozialphilosoph vor allem die Schwierigkeiten dieser Zentrifugalkräfte als unmittelbarer Folge des digitalen Strukturwandels an, die nun auch den Journalismus auf seine vielleicht wichtigste Probe stellen: „Vorerst fehlen im virtuellen Raum die funktionalen Äquivalente für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selegieren und in redigierter Form synthetisieren“ (ebd.). Folgt man diesen luziden Gedanken, zeichnen sich Publikations- und Publikumserfolge vor allem dort ab, wo Journalisten erfolgreich gegen soziale Zerfallsprozesse arbeiten.

Doch bleibt die Presse auf lange Sicht wirklich unverzichtbar für die digitalisierte Zivilgesellschaft, wie wir alle hoffen (Jarren 2015)? Wie anpassungsfähig wird sich der „neue Journalismus“ (Weichert 2011) gegenüber den Gewohnheiten und Gepflogenheiten der Social Media Crowd in Zukunft zeigen müssen? Und wie können Redaktionen den Individualisierungstendenzen entgegenwirken, verursacht durch einen permanent online-vernetzten Lebenswandel (vgl. Vorderer 2015)?

Egal, um welche Kompromisse es in Zukunft gehen wird: Fast alle Redaktionsverantwortlichen beteuern, dass sie am Dialog mit den Nutzern festhalten, ihn weiter fördern und die Kommentarmöglichkeit keinesfalls abschaffen wollen (vgl. Lilienthal et al. 2014, S. 131ff.). *Blacklists*, auf denen gesperrte Nutzernamen gesammelt werden, sind aus ihrer Sicht keine Lösung. Vielmehr geht es um bessere Filtersysteme, um Hate-Speeches und Shitstorms unter Kontrolle zu bekommen. Es geht um Steuerungs- und Systemisierungsfunktionen, um versteckte Qualitätsbeiträge kenntlicher zu machen. Sie wollen den Verbalterror stoppen, der sich regelmäßig bei „Facebook“- und „Twitter“-Diskussionen über ihre journalistischen Inhalte entleert. Und sie möchten den konstruktiven Teildiskussionen, die sich in Kommentaren, Leserbriefen, Forumsbeiträgen und Social-Media-Posts entfesseln, einen redaktionellen Ankerplatz bieten.

*Redaktionsverantwortliche beteuern,
dass sie am Dialog mit den Nutzern
festhalten und die Kommentarmöglich-
keit keinesfalls abschaffen wollen.*

Die verfehlte Flüchtlingsdebatte symbolisiert in dieser Hinsicht eine Kommunikationskrise, die vor allem rechte Störer und Trolle ständig befeuern – eine Art Phantomschmerz, der der gescheiterten Vision eines egalitären, eines kommunitären Diskurses geschuldet ist. Wenn wir als Gesellschaft unter dem Siegel der Digitalisierung zu einer partizipativen Selbstbestimmung finden wollen, muss unsere Zivilgesellschaft – schon im eigenen Interesse – einen öffentlichen demokratischen Diskurs fördern. Die Sensibilität, die Journalisten derzeit gegenüber Hetzern abverlangt wird, aber auch der Krieg *Jeder gegen Jeden* ist symptomatisch für eine anstrengende, aber hoffentlich lohnende Debattenkultur. Sie wird dann zum politischen Problem, wenn es niemandem mehr gelingt zu vermitteln, dass die Bürger eine erhebliche Mitverantwortung tragen, wenn sie die digitalen Partizipationsmöglichkeiten nutzen. Und nichts Geringeres ist doch die Aufgabe des Journalismus.

Literatur

- Habermas, Jürgen (2008): *Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie*. In: Habermas, Jürgen: *Ach, Europa. Kleine politische Schriften*. Frankfurt a.M., S. 138-191.
- Hamann, Götz (2015): *Alles Lügen? Der Journalismus steckt in einer Glaubwürdigkeitskrise. Woher kommt das neue Misstrauen gegen die Medien?* In: *Die Zeit* vom 25.6., S. 8-9. <http://www.zeit.de/2015/26/journalismus-medienkritik-luegenpresse-vertrauen-ukraine-krise> (zuletzt aufgerufen am 29.9.2015).
- Jarren, Otfried (2015): *Journalismus – unverzichtbar?* In: *Publizistik*, 60. Jg., H. 2, S. 113-122.
- Lilienthal, Volker et al. (2014): *Digitaler Journalismus. Dynamik – Teilhabe – Technik*. Leipzig.
- NDR.de (o.A.): *Kommentar- und Foren-Richtlinien*. http://www.ndr.de/service/technische_hilfe/Kommentar-und-Foren-Richtlinien,richtlinien101.html (zuletzt aufgerufen am 22.10.2015).
- Neumann, Linus/Kreil, Michael (2013): *re: Fefe. Erkenntnisse der empirischen Trollforschung*. Vortrag im Rahmen der re:publica 2013. <https://www.youtube.com/watch?v=ZG4FawUtYPA> (zuletzt aufgerufen am 22.10.2015).
- Pariser, Eli (2011): *The Filter Bubble. How the New Personalized Web Is Changing What We Read and How We Think*. New York.
- Ruge, Timon (2015): *In eigener Sache*. Facebook-Seite der Lübecker Nachrichten Online. <https://www.facebook.com/LNOnline/posts/10152869539382231> (zuletzt aufgerufen am 29.9.2015).
- Vorderer, Peter (2015): *Der mediatisierte Lebenswandel. Permanently online, permanently connected*. In: *Publizistik*, 60. Jg., H. 3, S. 259-276.

- Weichert, Stephan/Kramp, Leif/Welker, Martin (2015): *Die Zeitungsmacher. Aufbruch in die digitale Moderne*. Wiesbaden.
- Weichert, Stephan/Kramp, Leif/von Streit, Alexander (2010): *Digitale Mediapolis. Die neue Öffentlichkeit im Internet*. Köln.
- Weichert, Stephan (2011): *Der neue Journalismus*. In: *Publizistik*, 56. Jg., H. 4, S. 363-371.
- Weichert, Stephan (2014): *Demokratie als Shitstorm? Implikationen zur politischen Debattenkultur durch Social Media*. In: *Communicatio Socialis*, 47. Jg., H. 2, S. 203-213.
- Weichert, Stephan (2015): *Das Böse im Schwarm*. In: *Die Welt vom 20.8.*, S. 2.

Skandalereignis oder Skandalberichterstattung?

Vom Hoffnungsträger zum Sündenbock: Die Berichterstattung über den Fall Tebartz-van Elst. *Von Barbara-Henrika Alfing*

Abstract Ehrlichkeit, Vertrauen und Gemeinwohlorientierung bilden das Grundgerüst der moralischen Codes der katholischen Kirche. Doch wie reagiert die Medienöffentlichkeit, wenn ein Bischof durch den Bau eines prunkvollen Bischofshauses gegen diese verstößt? In der öffentlichen Diskussion um Verschwendung und Verleugnung von 31 Millionen Euro ging es vor allem um den Bauherrn Franz-Peter Tebartz-van Elst, der sich einer heftigen Kritik um seinen Führungsstil und der Finanzierung des Bischofshauses stellen musste. Im Zentrum dieses Beitrags stehen die Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse der Presseberichterstattung im Fall Tebartz-van Elst: Zum einen geht es um die Attribuierung des ehemaligen Bischofs in den einzelnen Printmedien, zum anderen um die Einordnung der Ereignisse als Skandalereignis oder Skandalberichterstattung.

Als jüngster Diözesanbischof in Deutschland hat Franz-Peter Tebartz-van Elst im Januar 2008 das Bischofsamt im Bistum Limburg angetreten. Entsprechend hoch waren die Erwartungen und die Hoffnung der Gläubigen, dass er der katholischen Kirche frischen Wind verleiht. Und entsprechend hoch war auch das Interesse der Medienöffentlichkeit. „Eine Wahl, die hoffen lässt“ überschreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ einen Artikel vom 29.11.2007 (Toepfer 2007), einen Tag nach der Wahl von Tebartz-van Elst zum neuen Bischof. Nur fünf Jahre später gehört sie zu denjenigen, die hart mit Tebartz-van Elst ins Gericht gehen und seinen sofortigen Rücktritt fordern. Unterstützer von Tebartz-van Elst, wie zum Beispiel der Präfekt der Glaubenskongregation Gerhard Ludwig

Barbara-Henrika Alfing hat an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt ihren Bachelor in Journalistik gemacht und studiert nun den Master „Medien und Politische Kommunikation“ an der Freien Universität Berlin.

Müller, sahen in den Ereignissen eine „Erfindung von Journalisten“ (Gutschker/Zastrow/Bremer 2014, S.1) und sprachen von einer „Medienkampagne“ mit einer „Lust auf Menschenjagd“ (ebd.). Sie nahmen den Bischof in Schutz und riskierten dadurch ihre eigene Glaubwürdigkeit, für die Werte und Normen der Kirche zu stehen.

Gleich, ob die Berichterstattung über einen Skandal kurzlebige oder langanhaltende Wellen schlägt, der Begriff „Skandal“ weckt negative Assoziationen und ermöglicht einen Einblick in die Norm- und Wertorientierung einer Gesellschaft. Nach dem Skandalforscher Steffen Burkhardt erfolgt die Verhandlung der sozialen Normen innerhalb der Medienöffentlichkeit, um die kollektive Identität herzustellen und die Differenz zu anderen nationalen Systemen zu verdeutlichen (vgl.

Burkhardt 2006, S. 348). Als der eigentliche Auslöser eines Skandals gilt aber die Öffentlichkeit, die an einem solchen Niedergang interessiert ist (ebd., S. 80). Der Skandalisierung eines empörungswürdigen Verhaltens können sich nach Hans Mathias Kepplinger selbst mächtige Personen nicht entziehen, da ein solches Verhalten und dessen Skandalisierung für die Öffentlichkeit das Vertrauen in die „Selbstreinigungskräfte der Gesellschaft“ (Kepplinger 2012, S. 199) darlegt. Nur dadurch „stärkt es [dieses Verhalten, Anm. der Verf.] die Geltungskraft der sozialen Normen“ (ebd.).

*Ein Skandal verweist die
Öffentlichkeit auf die geltenden
Regeln und Normen,
die das Gemeinwohl tragen.*

ger selbst mächtige Personen nicht entziehen, da ein solches Verhalten und dessen Skandalisierung für die Öffentlichkeit das Vertrauen in die „Selbstreinigungskräfte der Gesellschaft“ (Kepplinger 2012, S. 199) darlegt. Nur dadurch „stärkt es [dieses Verhalten, Anm. der Verf.] die Geltungskraft der sozialen Normen“ (ebd.).

Ein Skandal pocht also nicht zwangsläufig auf der medialen Diskussion über das Verhalten einer Person oder Institution, sondern verweist die Öffentlichkeit auf die geltenden Regeln und Normen, die das Gemeinwohl tragen (vgl. Bulkow/Petersen 2011, S. 17). Die Medien decken dabei nicht unbedingt einen Skandal auf, sondern erfüllen ihre Aufgabe als Kontrollorgan, indem sie die Missstände anprangern und somit Defizite anderer Kontrollorgane kompensieren (Kepplinger 2012, S. 199). Im Fall Tebartz-van Elst ist dies der Vermögensverwaltungsrat, da er „seiner Pflicht nicht in ausreichendem Maße nachgekommen“ sei (Prüfungskommission im Auftrag des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz 2014, S. 29).

Struktur eines Medienskandals

Zur Analyse, wie sich aus einem Missstand ein Skandal entwickelt und wie sich dessen Verlauf abzeichnet, haben sich verschiedene theoretische Modelle durchgesetzt, die Skandale in

Phasen unterteilen und eine Einordnung der Ereignisse ermöglichen.¹ Steffen Burkhardt hat dazu ein Modell entwickelt, das den Verlauf in fünf Phasen gliedert und es ermöglicht, die Intensität der Berichterstattung zu beobachten.

In der relativ kurzen Latenzphase wird die Publikumsaufmerksamkeit über Wochen hinweg auf die Fehlentscheidung einer Person oder Institution gelenkt. Im Fokus steht die Hauptperson des Themas, deren Bekanntheitsgrad erneuert und „die Schlüsselereignisse durch journalistische Berichterstattung in den öffentlichen Diskurs eingespeist werden“ (Burkhardt 2006, S. 351). Der Skandal wird bereits in dieser Phase narrativ auf die Themenagenda gesetzt, obwohl noch keine Skandalisierung der Person stattfindet. Anders verhält es sich in der Aufschwungphase, die im Gegensatz zur Latenzphase nicht nur deutlich länger ist, sondern in der sich auch das Medienspektrum vergrößert. Ohne große eigenständige Recherchen ist es nun für die Journalisten möglich, in das Thema einzusteigen und den aufgezeigten Missstand zu erläutern. Im Fokus der ausgelösten Moraldebatte stehen nicht die Normverstöße, sondern vielmehr die „auf die Normverstöße folgenden Notlügen“ (ebd., S. 78).

In der Latenzphase wird die Publikumsaufmerksamkeit über Wochen hinweg auf die Fehlentscheidung einer Person oder Institution gelenkt.

Die Berichterstattung nimmt in der Etablierungsphase nochmals sprunghaft zu. Entscheidend ist, die Nachfrage der Öffentlichkeit zu stillen und nicht neue Fakten zu enthüllen. Der Verstoß des Skandalisierten gegen die Werte und Normen der Gesellschaft wird am allgemein gültigen „Moralkodex gemessen und entscheidet über die Schuld oder Unschuld der Person“ (ebd., S. 351). Diese Phase der kollektiven Aufregung und des emotionalen Ausnahmezustandes wird durch öffentliche Rechtfertigungen oder Entschuldigungen des Skandalisierten nur verschärft, da diese zum Gegenstand neuer Vorwürfe werden.

1 Weitere theoretische Ansätze, wie der von Hans Mathias Kepplinger, legen den Forschungsschwerpunkt auf die Entwicklung eines Missstandes zu einem Skandal, wenn er als Folge einer öffentlichen Kommunikation über den Missstand thematisiert wird (vgl. z. B. Kepplinger 2012). Bernhard Pörksen und Hanne Detel analysieren den Einfluss des Internets auf eine Skandalisierung, wodurch sich ein weiterer Skandaltyp herauskristallisiert hat (vgl. Pörksen/Detel 2012). Eine ausführliche Diskussion der verschiedenen Ansätze findet sich in: Alfing (2015).

Die Entscheidungsfindung, ob dem Skandalisierten die Schuld oder Unschuld zugesprochen werden kann, fällt in die Abschwungphase. Eine kritische Selbstbeobachtung des eigenen Verhaltens führt in einigen Medien dazu, dass sie sich für ihre Berichterstattung entschuldigen. Rückblicke auf das Geschehene und das Aufzeigen möglicher Handlungsspielräume für den Skandalisierten leiten die Rehabilitationsphase ein. Der öffentliche Normalzustand ist in dieser Phase wieder hergestellt. Ein Skandal kann daher erst als beendet betrachtet werden, wenn „das zerstörte symbolische Kapital des Skandalisierten sich wieder kumulieren kann“ (ebd., S. 203).

Die Presseberichterstattung im Fall Tebartz-van Elst – Forschungsdesign

Die im Folgenden illustrierten Ergebnisse sind ein Ausschnitt einer empirischen Studie, die mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse² untersucht, wie sich zum einen die Presseberichterstattung kirchlicher und weltlicher Printmedien im Fall Tebartz-van Elst gestaltet und zum anderen, welche Attribute ihm im Verlauf der Skandalisierung zugeschrieben werden.³ Auf diesem Interesse aufbauend wurden folgende Forschungsfragen formuliert: „Mit welchen Attributen stellen die für die Untersuchung ausgewählten weltlichen und kirchlichen Printmedien Franz-Peter Tebartz-van Elst im Verlauf der Ereignisse dar? Inwiefern und in welchem Umfang weist die Berichterstattung Indikatoren für einen Skandal auf?“ Die Stichprobe besteht aus einem Sample von Artikeln deutscher Tageszeitungen.⁴

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 20. August 2012 bis zum 6. April 2014 und setzt sich aus Schlüsselereignissen im Verlauf der Geschehnisse um Tebartz-van Elst zusam-

2 *Eine qualitative Untersuchung und Darstellung der Berichterstattung über Bischof Tebartz-van Elst hat Christian Klenk (2014) vorgelegt.*

3 *Die gesamte Studie ist Inhalt der Bachelorarbeit: Alfing, Barbara-Henrika (2015): Skandalereignis oder Skandalberichterstattung? Eine quantitative Inhaltsanalyse kirchlicher und weltlicher Printzeugnisse im Fall Tebartz-van Elst. Bachelorarbeit am Lehrstuhl für Journalistik II an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.*

4 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Süddeutsche Zeitung“, „Bild“, „Die Welt“, „Christ und Welt“, „Die Tagespost“, „Der Sonntag“ (Kirchenzeitung des Bistums Limburg) sowie die dazugehörigen Sonntagszeitungen: „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, „Bild am Sonntag“, „Welt am Sonntag“.

men. Im Hauptfokus stehen die journalistischen Darstellungsformen Bericht, Kommentar und Feature. Meldungen wurden bewusst ausgeschlossen, da sie aufgrund ihrer Kürze und Sachlichkeit nicht zur Beantwortung der Forschungsfragen beitragen können. Für die Stichprobe fanden bei Tageszeitungen die ersten drei Ausgaben nach einem Schlüsselereignis Eingang in die Untersuchung. Von wöchentlich erscheinenden Printmedien wurden die zwei folgenden Ausgaben nach einem Schlüsselereignis erfasst, sodass insgesamt 155 Artikel analysiert wurden.⁵

Die ausgewählten Schlüsselereignisse wurden nach der Relevanz für den Verlauf des Skandals ausgewählt.⁶ So wurde zum Beispiel der Besuch des Papstgesandten Kardinal Giovanni Lajolo im September 2013 untersucht, während die Berichterstattung von November 2013 bis Mitte März 2014 nicht berücksichtigt wurde, da in dieser Zeitspanne kein Schlüsselereignis identifiziert werden konnte; in diesem Zeitraum erstreckt sich das Themenspektrum weniger auf Tebartz-van Elst als vielmehr auf die Finanzen der Bistümer. Ziel der Untersuchung – und darauf weist auch die weit gefasste Forschungsfrage hin – ist es, ein erstes deskriptives Bild der Berichterstattung rund um die Ereignisse in Limburg zu zeichnen. Für ein explanatives Vorhaben fehlten ebensolche fundierten Kenntnisse über das Was und Wie der Berichterstattung. Daher und aufgrund des relativ kleinen Samples wurden keine statistischen Testverfahren angewandt, die Zusammenhänge beleuchten.

Ziel der Untersuchung ist es, ein erstes deskriptives Bild der Berichterstattung rund um die Ereignisse in Limburg zu zeichnen.

Der Tenor der Medien

Mit Freude und voller Hoffnung wurde Tebartz-van Elst im Bistum Limburg nach seiner Bischofsweihe empfangen. Er sei „ein Mann von Kompetenz, der im Bistum gebraucht werde“

⁵ Eine Besonderheit bildet die „Tagespost“: Da sie dreimal wöchentlich erscheint, wurden immer die drei folgenden Ausgaben untersucht.

⁶ Insgesamt wurden die folgenden sieben Schlüsselereignisse ausgewählt: (1) Interview des Spiegel-Reporters zum First-Class Flug nach Indien (8/2012), (2) Protestaktion der Frankfurter Stadtversammlung (9/2013), (3) Besuch des Kardinal Giovanni Lajolo (9/2013), (4) Veröffentlichung der Gesamtsumme der Baukosten (10/2013), (5) Reise von Tebartz-van Elst zu Papst Franziskus (10/2013), (6) vorläufige Amtsenthebung (10/2013), (7) Rücktrittsannahme im März 2014.

(fr-online.de 2014) sagte der damalige Weihbischof Gerhard Pieschl. Nur fünf Jahre später gehört er zu denjenigen, die den Rücktritt von Tebartz-van Elst fordern. Das Bild vom Hoffnungsträger schwindet und Kritik an seinem autoritären, herrischen Führungsstil wird laut. Betrachtet man die Eigenschaftszuschreibungen der Medien, so wird klar: Der Tenor verschärft sich, je mehr sich die Ereignisse zuspitzen.

Im Einzelnen zeigt die Untersuchung, dass die „Tagespost“ Tebartz-van Elst deutlich positiver als die anderen Zeitungen bewertete. In allen 155 untersuchten Artikeln findet sich mindestens ein Attribut zur Person Tebartz-van Elst. In

*Das Bild vom Hoffnungsträger
schwindet und Kritik am autoritären,
herrischen Führungsstil des
Bischofs wird laut.*

15 Fällen – alles Artikel in der „Tagespost“ – gilt er als „kompetent“ (46,7 Prozent) und „guter Hirte“ (46,7 Prozent), der viel für das Bistum geleistet hat.⁷ Anders bewertete ihn die Kirchenzeitung „Der Sonntag“, die sich an den klaren Fakten orientierte und keine überzogene, sondern sachliche Berichterstattung lieferte. Für sie galt Tebartz-van Elst zehnmal als „unehrlich“ (11,8 Prozent) und neunmal als „unglaublich“ (9,7 Prozent). Positiv hob die Kirchenzeitung lediglich dreimal seine Kompetenz hervor.

Auch die Beilage „Christ und Welt“ überraschte in der Presseberichterstattung durch ausführliche Features und bezog sich nicht nur auf die aktuellen Ereignisse um den Bischof, sondern versuchte, sein gesamtes Umfeld zu beleuchten und auch seine positiven Seiten, wie seine Leistungen im Bereich der Erwachsenentaufe, trotz der Kritik nicht außer Acht zu lassen. In diesem Medium wurde Tebartz-van Elst am häufigsten als „intelligent“ (33,3 Prozent, 8 Fälle) und viermal als „gebildet“ attribuiert. Bei den Leitmedien wie der „Süddeutschen Zeitung“ war dies nicht der Fall. Hier galt Tebartz-van Elst vor allem als „verschwenderisch“, „unglaublich“ und „selbstherrlich“ (vgl. Tab. 1).

Besonders kritisch äußerte sich die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ bereits in der Aufschwungphase. Nicht nur thematisierte sie die den offenen Brief der Stadtversammlung Frankfurter Katholiken ausführlicher als die anderen Medien,

⁷ Das Untersuchungsinstrument erlaubte es, eine Vielzahl verschiedener positiver und negativer Attribute je Analyseinheit zu erfassen, wobei Mehrfachnennungen möglich waren.

Attribut		Frankfurter Allgemeine	Süd-deutsche Zeitung	Die Welt	Christ und Welt	Die Tagespost	Kirchenzeitung Der Sonntag	Summe
kompetent	Anzahl	2	1	0	1	7	3	15
	in %	13,3%	6,7%	0,0%	6,7%	46,7%	20,0%	
einsichtig	Anzahl	1	2	2	0	5	1	12
	in %	8,3%	16,7%	16,7%	0,0%	41,7%	8,3%	
guter Hirte	Anzahl	0	1	2	4	7	1	15
	in %	0,0%	6,7%	13,3%	26,7%	46,7%	6,7%	
intelligent	Anzahl	2	3	3	8	2	1	24
	in %	8,3%	12,5%	12,5%	33,3%	8,3%	4,2%	
unglaublich	Anzahl	17	23	15	4	5	9	93
	in %	18,3%	24,7%	16,1%	4,3%	5,4%	9,7%	
verschwendisch/protzig	Anzahl	12	17	12	3	1	4	66
	in %	18,2%	25,8%	18,2%	4,5%	1,5%	6,1%	
überheblich	Anzahl	3	8	5	2	0	1	27
	in %	11,1%	29,6%	18,5%	7,4%	0,0%	3,7%	
eigensinning	Anzahl	8	12	7	3	1	5	46
	in %	17,4%	26,1%	15,2%	6,5%	2,2%	10,9%	
selbstherrlich	Anzahl	5	11	4	2	0	2	32
	in %	15,6%	34,4%	12,5%	6,3%	0,0%	6,3%	
unehrlich	Anzahl	15	22	12	4	5	10	85
	in %	17,6%	25,9%	14,1%	4,7%	5,9%	11,8%	
herrisch	Anzahl	4	4	3	2	0	1	21
	in %	19,0%	19,0%	14,3%	9,5%	0,0%	4,8%	

sondern stufte Tebartz-van Elst schon zu diesem Zeitpunkt als „protzig/verschwendisch“ und „unglaublich“ ein.⁸

Mit der Intensität der Berichterstattung stiegen die Eigenschaftszuschreibungen, die auch in ihrem Ton schärfer wurden. Weitere Attribute, die Tebartz-van Elst häufig zugeschrieben, aber nicht im Untersuchungsinstrument explizit aufgeführt wurden, waren „autoritär“ sowie „erzkatholisch“. Zuschreibungen der „Süddeutschen Zeitung“ fielen besonders auf: Tebartz-van Elst sei „extravagant“, „querulantisches“ und „monarchisches“.

Tab. 1:
Vorkommen der
Attribute in Artikeln
der untersuchten
Medien, absolute und
prozentuale Verteilung
(n=155)

8 Bereits seit längerer Zeit wurde Tebartz-van Elst im Bistum für seinen Führungsstil und seine bis zu dem Zeitpunkt angebliche Verschwendung kritisiert. Die Stadtversammlung Frankfurter Katholiken, unter dem Vorsitz von Christoph Hefter, hat am 6. September 2013 einen offenen Protestbrief überreicht, den insgesamt 4400 Priester, Kirchenmitarbeiter und Gläubige aus dem Bistum unterschrieben haben. Christoph Hefter wurde im Verlauf des Skandals zu einem der größten Kritiker Tebartz-van Elsts.

Der Verlauf der Berichterstattung

Bereits unter Bischof Franz Kamphaus ist der Neubau eines Bischofshauses beschlossen worden, doch die Kritik an dem Neubau verschärfte sich seit dem Amtsantritt von Tebartz-van Elst im Januar 2008. Erst die Bekanntgabe, die Kosten reduzieren zu wollen (Prüfbericht DBK 2014, S. 19), beruhigte die Situation in Limburg. Die geplante Strukturreform der Pfarrgemeinden 2010 löste aber eine erneute Welle der Empörung aus, die auch medial aufgegriffen wurde. Der „Spiegel“ titelte: „Limburger Leitkultur“ (Loll/Wensierski 2010, S. 62) und sprach von einem „hierarchischen-weihevollen Stil“ (ebd.), der im Bistum herrsche.

Bereits früh zeichnete sich ein klares Schema ab, das sich während der Skandalisierung fortsetzte: der Vergleich zwischen Kamphaus und Tebartz-van Elst.

Bereits in dieser Latenzphase zeichnete sich ein klares Schema ab, das sich während der gesamten Skandalisierung weiter fortsetzte: der Vergleich zwischen Kamphaus und Tebartz-van Elst. Der Vergleich gilt als typisches Schema, um bereits zu Beginn einer Skandalisierung Deutungsmuster dem Leser und den Berufskollegen vorzugeben (vgl. Kepplinger 2012, S. 35). Dies spiegelt sich auch in der Auswertung wieder: Von den 71 Fällen der analysierten Artikel, in denen ein Vergleich gezogen wurde, wurde Tebartz-van Elst mit Kamphaus in 19 Fällen verglichen (12,3 Prozent). Häufiger erfolgte ein Vergleich nur mit Papst Franziskus (23,2 Prozent, 36 Fälle).

In der Aufschwungsphase, in der „auf die Normverstöße folgende Notlügen“ (Burkhardt 2006, S. 78) im Fokus stehen, wurde auch für Tebartz-van Elst eine solche Notlüge zum Auslöser von Verstrickungen und falschen Aussagen. Ein „Spiegel“-Reporter befragte Tebartz-van Elst auf dem Domplatz in Limburg im August 2012 zu seiner First-Class-Reise nach Indien: „Aber erste Klasse sind sie geflogen“, sagte der Reporter, worauf Tebartz-van Elst antwortete, Business-Class geflogen zu sein. Es folgte eine Titelgeschichte im „Spiegel“ („First Class in die Slums“) und für Tebartz-van Elst ein Strafbefehl, da er zuvor sogar eine eidesstattliche Erklärung zu dem Interview abgegeben hatte, aber später ein Video bewies, dass er gelogen hatte. Bemerkenswert ist, dass keines der analysierten Medien zu diesem Zeitpunkt das Ereignis aufgegriffen und ebenfalls darüber berichtet hat. Ein erster Skandalisierungsversuch des „Spiegels“ ist damit gescheitert.

Die Öffentlichkeit reagiert, wie Steffen Burkhardt beschreibt, auf eine Notlüge mit „sozialer Missbilligung“ (vgl. Burkhardt 2006, S. 78). Die Gläubigen sind über den kirchen-

politischen Kurs von Tebartz-van Elst verärgert und schreiben im September 2013 einen offenen Brief an den Bischof den rund 4400 Gläubige unterschreiben. Erst mit diesem zweiten für die Untersuchung gewählten Schlüsselereignis, berichteten auch die „Süddeutsche Zeitung“ (12,1 Prozent, 4 Fälle) und, wenn auch nur im geringen Umfang, die Kirchenzeitung des Bistums Limburg mit einem Artikel sowie die „Tagespost“ mit zwei Artikeln über die Vorwürfe.

Von Tebartz-van Elst gebeten und über die Unruhen im Bistum Limburg informiert, schickte Papst Franziskus Kardinal Giovanni Lajolo zu einem brüderlichen Besuch nach Limburg, um sich ein Bild über die Situation zu verschaffen. Dieser beauftragte Tebartz-van Elst, die Gesamtkosten des Baus festzustellen.⁹ Doch diese standen, wie sich erst später herausstellte, zu diesem Zeitpunkt schon fest: Tebartz-van Elst hat damit Kardinal Lajolo bewusst hinters Licht geführt. Der mediale Druck stieg und am 7. Oktober 2013 korrigierte der Vermögensverwaltungsrat die Gesamtsumme öffentlich auf 31 Millionen Euro. Ab diesem Zeitpunkt sind die Ereignisse in die Etablierungsphase einzuordnen. Unzählige Eilmeldungen versetzen die Medien in einen Ausnahmezustand. Ein Drittel aller analysierten Artikel sind der Veröffentlichung der Gesamtsumme der Baukosten und der anschließenden Reise von Tebartz-van Elst nach Rom zuzuordnen (Veröffentlichung der Baukosten: 15 Artikel, Reise nach Rom: 52 Artikel). Besonders hob sich hier erneut die „Süddeutsche Zeitung“ hervor, die elf Artikel (7,1 Prozent) während des Aufenthalts von Tebartz-van Elst in Rom veröffentlichte und fünf Artikel (3,2 Prozent) nach der Veröffentlichung der Baukostensumme. Überraschend war die ausführliche Berichterstattung in der Kirchenzeitung „Der Sonntag“, die sechs Artikel (3,9 Prozent) veröffentlichte, wohingegen die „Tagespost“ mit gerade einmal drei Artikeln (1,9 Prozent) während des Aufenthalts in Rom sich in der Berichterstattung zurückhielt (vgl. Tab. 2).

Was in der Berichterstattung in dieser Phase zählte, war die Erregung der Öffentlichkeit und nicht der Erkenntnisgewinn. Und so wurden Kleinigkeiten, wie die Verzögerung des Gesprächs mit Papst Franziskus, zum Thema für neuen Gesprächsstoff.

⁹ In Abstimmung mit dem Domkapitel wurde eine Kommission eingerichtet, die die Gesamtkosten des Bischofshauses rekonstruieren sollte.

		ausgewählte Schlüsselereignisse						Summe	Anteil (%)
		Protestaktion	Besuch Kardinal Lajolo	Veröffentlichung der Baukosten	Reise nach Rom	vorläufige Amtsenthörung	Rücktrittsannahme		
FAZ	Anzahl	4	3	4	8	4	4	27	17,4%
	% in Medium	14,8%	11,1%	14,8%	29,6%	14,8%	14,8%	100%	
SZ	Anzahl	4	4	5	11	2	7	33	21,3%
	% in Medium	12,1%	12,1%	15,2%	33,3%	6,1%	21,2%	100%	
Bild	Anzahl	0	0	2	5	1	1	9	5,8%
	% in Medium	0,0%	0,0%	22,2%	55,6%	11,1%	11,1%	100%	
Welt	Anzahl	0	1	2	7	5	4	19	12,3%
	% in Medium	0,0%	5,3%	10,5%	36,8%	26,3%	21,1%	100%	
Christ und Welt	Anzahl	1	2	0	2	6	1	12	7,7%
	% in Medium	8,3%	16,7%	0,0%	16,7%	50,0%	8,3%	100%	
FAS	Anzahl	3	0	0	5	2	1	11	7,1%
	% in Medium	27,3%	0,0%	0,0%	45,5%	18,2%	9,1%	100%	
Welt am Sonntag	Anzahl	0	1	0	4	1	0	6	3,9%
	% in Medium	0,0%	16,7%	0,0%	66,7%	16,7%	0,0%	100%	
BamS	Anzahl	2	0	0	1	0	0	3	1,9%
	% in Medium	66,7%	0,0%	0,0%	33,3%	0,0%	0,0%	100%	
Tagespost	Anzahl	2	4	2	3	1	6	18	12,3%
	% in Medium	11,1%	22,2%	11,1%	16,7%	5,6%	33,3%	100%	
Kirchenzeitung Der Sonntag	Anzahl	1	0	0	6	2	8	17	11,0%
	% in Medium	5,9%	0,0%	0,0%	35,3%	11,8%	47,1%	100%	
Gesamtanzahl		17	15	15	52	24	32	155	100%
Gesamt % in Medium		11,0%	9,7%	9,7%	33,5%	15,5%	20,6%	100%	

Tab. 2 Die Intensität der Berichterstattung im Fall Tebartz-van Elst anhand ausgewählter Schlüsselereignisse

Die Präsenz von Tebartz-van Elst war, wie sich in der gesamten Analyse zeigte, enorm. In 92 der 155 untersuchten Artikel war er der Hauptakteur (59,4 Prozent). Weiterer Hauptakteur war Papst Franziskus (6,5 Prozent, n=155), der ebenfalls der am häufigsten thematisierte Nebenakteur war (7,1 Prozent, n=89). In den Medien galt Tebartz-van Elst nun als prunksüchtiger, selbstherrlicher Bischof mit absoluten Täuschungsabsichten. Zitate wie „Der Bischof ist entweder ein raffinierter Betrüger oder krank“ (Harbusch 2013, S. 2) fanden sich in fast jeder der analysierten Zeitungen und bestätigen die These, dass sich während einer Skandalisierung eine Ko-orientierung unter den Medien abzeichnet. In der Gesamtbeurteilung der Person Tebartz-van Elst zeigten die Auswertungen, dass er eher negativ bewertet wurde (39,7 Prozent, n=155). In den weltlichen Medien überwog der negative Tenor mit Ausnahme der „Christ und Welt“, die von den zwölf untersuchten Artikeln in jeweils vier Fällen eine neutrale oder ambivalente Bewertung zu Tebartz-van Elst abgab (33,3 Prozent). Aber kein anderes Medium bewertete Tebartz-van Elst so positiv wie die „Tagespost“.

In den 18 analysierten Artikeln wurde in acht Fällen Tebartz-van Elst sehr positiv bewertet (44,4 Prozent) während gerade einmal in vier Fällen eine ambivalente Bewertung vorlag (22,2 Prozent) und in keinem Artikel eine negative Bewertung des Bischofs erfolgte.

In den Medien galt Tebartz-van Elst nun als prunksüchtiger, selbstherrlicher Bischof mit absoluten Täuschungsabsichten.

Auch „Experten“ aus Kirche und Gesellschaft gaben ihre Einordnung und Meinung zu den Ereignissen in Limburg ab, die sich medial schnell verbreiteten. Dass „Betroffene, sobald ihr Verhalten erfolgreich skandalisiert wurde, kaum noch die Möglichkeit haben, ihre Sichtweise darzustellen“ (Kepplinger 2012, S. 120) zeigt sich auch bei Tebartz-van Elst. In 112 der 155 (72,3 Prozent) untersuchten Artikel wurde Tebartz-van Elst nicht zitiert. Wenn er zitiert wurde, dann am häufigsten kurz vor seiner Abreise nach Rom, als vom Bistum eine Pressemitteilung herausgegeben wurde, in der er „betroffen über die Eskalation der aktuellen Diskussion“ bedauere, dass viele Gläubige im Bistum und darüber hinaus unter der gegenwärtigen Situation leiden. Er lege sein Schicksal in die Hände des Vaters (bistumlimburg.de 2013). Die eigentlich relativ kurze Etablierungsphase erstreckte sich im Fall Tebartz-van Elst bis zur vorläufigen Amtsenthebung durch den Papst am 23. Oktober 2013, der ihm „eine Zeit außerhalb des Bistums“ (Wie-

gelmann/Röhn/Reuscher 2013, S. 8) verordnete, und bis die Deutsche Bischofskonferenz eine Prüfung der Ereignisse ankündigte.¹⁰

Die zweite Klimax innerhalb der Skandalisierung bildete in der Abschwungphase die Entscheidung des Papstes am 26. März 2014, dass Tebartz-van Elst nicht mehr in das Bistum zurückkehrt. Am gleichen Tag veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz den Prüfbericht, der die Gesamtsumme von 31 Millionen Euro nochmals offiziell bestätigte. Die Medien begrüßten die Entscheidung des Papstes und sahen darin ihre Forderungen als bestätigt. In dieser Phase fiel die Berichterstattung geringer aus, es wurden insgesamt 32 Artikel verfasst (20,6 Prozent, n=155). Sie boten eine Rückschau auf die Ereignisse und einen Ausblick auf den weiteren kirchlichen Werdegang des Bischofs.

Seit Dezember 2014 ist Tebartz-van Elst nun im Päpstlichen Rat für die Neuevangelisierung im Bereich der Katechese zuständig. Die Berichterstattung über ihn flachte ab und nur kurze Meldungen über sein neues Aussehen, wie „Gestatten TeBARTz-van Elst“ (Bild.de 2015), sind seitdem erschienen.

Resümee und Ausblick

„Kritiker lassen sich erst dann besänftigen, wenn der Verstoß gegen die moralische Ordnung geheilt ist durch Einsicht, Reue, Bekenntnis, Buße und, soweit möglich, Wiedergutmachung. Sonst dauert der Skandal an – und damit die Skandalisierung. Sie ist dann keine böswillige ‚Kampagne‘, sondern ein hartnäckiges Pochen der Gemeinschaft auf die Geltung ihrer ethischen Regeln“ (Püttmann 2014, S. 5). Doch wie ist das bei Franz-Peter Tebartz-van Elst? Er gab weder eine öffentliche Entschuldigung ab, noch zeigte er Einsicht. Nach der Annahme seines Rücktritts erklärte er seinen Generalvikar Franz Kaspar für hauptverantwortlich. Schuld seien nur die anderen. Eine Geschichte über Tebartz-van Elst erzählt viel über die Haltung des ehemaligen Bischofs von Limburg zur Wahrheit: „Herr Bischof, soll ihm einer geraten haben, geben Sie doch zu, dass Sie Fehler gemacht haben. Doch der soll geantwortet haben: ‚Ein Bischof kann keinen Fehler zugeben‘“ (Drobinski 2014, S. 4).

¹⁰ Einer subjektiven Einschätzung zur Folge weitete sich ab diesem Zeitpunkt die Berichterstattung auf die Finanzen in anderen Bistümern aus; das aber wurde in dieser Untersuchung nicht empirisch erhoben.

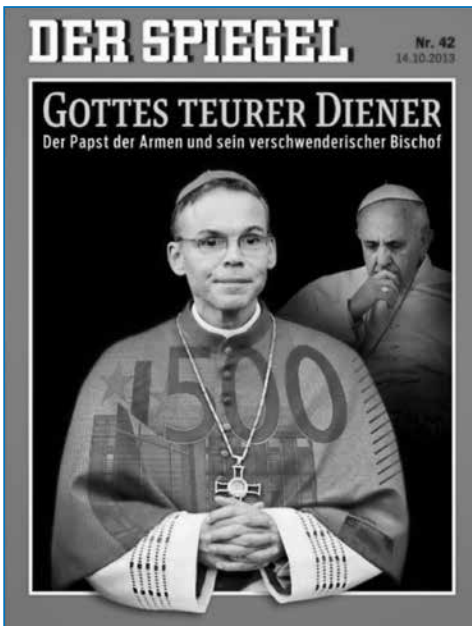


Abb. 1–3: Berichterstattung der „Bild“-Zeitung (11.10.2013) und des „Spiegel“ (14.10.2013); Abschlussbericht der Deutschen Bischofskonferenz zu den Baumaßnahmen in Limburg

Mit Blick auf die Gesamtschau der Ergebnisse lässt sich festhalten: Tebartz-van Elst ist nicht daran gescheitert, dass er sich eine frei stehende Badewanne und Wandschränke, die sich mit Chipkarten öffnen lassen, wünschte. Er ist auch nicht an seinen Kritikern gescheitert, die ihn schon seit Beginn seiner Amtszeit in Limburg kritisch begutachteten. Vielmehr ist er an den Erwartungen der Gesellschaft an einen Bischof und den moralischen Codes der katholischen Kirche gescheitert: Ehrlichkeit, Vertrauen und Gemeinwohlorientierung. Denn Tebartz-van Elst handelte nicht nur unwahrhaftig, sondern auch selbstbezogen und eigensinnig.

Dieses Verhalten kritisierten auch die untersuchten Medien. Sie sind durch ihre ausgiebigen Recherchen ihrer Pflicht, Missstände aufzudecken, nachgekommen, aber sie haben dabei ihre journalistische Sorgfaltspflicht in den Hintergrund gestellt. Berichte, die sich eigentlich durch eine neutrale und sachliche Berichterstattung auszeichnen sollten, wurden deutlich häufiger zur Äußerung von Kritik verwendet. Die Medien haben außerdem nicht lockergelassen, die Wahrheit ans Licht zu bringen, da eine Institution wie die Kirche durch ihre Stellung nicht nur selbst diskursive Deutungshoheit von Moral beansprucht (vgl. Burkhardt 2006, S. 143), sondern auch deshalb unter

Tebartz-van Elst scheiterte an den Erwartungen der Gesellschaft an einen Bischof und den moralischen Codes der katholischen Kirche.

besonderer Beobachtung steht. Leider haben manche analysierten Medien das rechte Maß in ihrer Berichterstattung verloren und verfielen den Spekulationen und falschen Suggestionen. Die Unterstützer von Tebartz-van Elst, wie beispielsweise die „Tagespost“, nutzten die Möglichkeit, auf die Hetze und generell kirchenkritische Berichterstattung der Medien zu verweisen. Keine andere Zeitung stellte Tebartz-van Elst trotz Strafbefehl, enormer Baukosten und anschließendem Rücktritt so positiv wie die „Tagespost“ dar. Seine Verteidiger unterstützten ihn in seiner Selbstgerechtigkeit, anstatt ihn zur frühzeitigen Ehrlichkeit zu bewegen.

Tebartz-van Elst kann daher sowohl als Opfer als auch als Täter in diesem Skandal gesehen werden. Die Vergleiche mit seinem Vorgänger Franz Kamphaus machten es für ihn nicht leichter, in Limburg Fuß zu fassen und seinen kirchenpolitischen Kurs zu fahren. Und auch der frische Wind, der durch Papst Franziskus in der katholischen Kirche weht, verstärkte die immer lauter werdende Kritik. Durch seine Unwahrhaftigkeit und sein bewusstes Hinters Licht führen von Kardinal

Giovanni Lajolo während dessen Besuch im September 2013 sowie die anschließenden Folgen hat er sich aber klar zum Hauptverantwortlichen, also zum Täter des Missstandes, der sich zu einem Skandal entwickelt hat, gemacht. Daher handelt es sich beim Fall Tebartz-van Elst um ein Skandalereignis, das aufgrund seiner Brisanz eine Skandalberichterstattung hervorrief. Die Medien sahen früh, dass wo Rauch ist, auch Feuer sein muss, doch ist die Berichterstattung – ebenso wie die Kosten für das Bischofshaus – aus dem Ruder gelaufen.

Literatur

- Bild.de (2015): Gestatten, TeBARTZ van Elst: Nanu, wie sieht denn der Protz-Bischof plötzlich aus? 20.4., <http://www.bild.de/politik/inland/franz-peter-tebartz-van-elst/bischof-tebartz-van-elst-im-neuenb-outfit-40616460.bild.html> (zuletzt aufgerufen am: 10.11.2015).
- Bistumlimburg.de (2013): Bischof wird Rom besuchen. Pressemitteilung vom 12.10., <https://www.bistumlimburg.de/meldungen/meldung-detail/meldung/bischof-wird-rom-besuchen.html?von=1349042400&bis=1383260399&from=20&cHash=34a271a30c9b86d9a9b0a9b0c2f100bd> (zuletzt aufgerufen am 7.11.2015).
- Bulkow, Kristin/Petersen, Christer (2011): Skandalforschung: Eine methodologische Einführung. In: Bulkow, Kristin/Petersen, Christer (Hg.): Skandale. Strukturen und Strategien öffentlicher Aufmerksamkeitserzeugung. Wiesbaden, S. 9-22.
- Burkhardt, Steffen (2006): Medienskandale. Zur moralischen Sprengkraft öffentlicher Diskurse. Köln.
- Drobinski, Matthias (2014): Die Irrenden. In: Süddeutsche Zeitung vom 27.3., S. 4.
- fr-online.de (2014): Vom Hoffnungsträger zur Hassfigur. 26.3. <http://www.fr-online.de/kirche/tebartz-van-elst-vom-hoffnungstraeger-zur-hassfigur,24619948,26662284.html> (zuletzt aufgerufen am 7.11.2015).
- Gutschker, Thomas/Zastrow, Volker/ Bremer, Jörg (2013). Im Vatikan bahnt sich ein Showdown an. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 13. 10., S. 1.
- Harbusch, Nikolaus (2013): Der Protz-Bischof von Limburg. In: Bild vom 9.10., S. 6.
- Kepplinger, Hans Mathias (2012): Die Mechanismen der Skandalisierung. Zu Guttenberg, Kachelmann, Sarrazin & Co.: Warum einige öffentlich untergehen – und andere nicht. München.
- Klenk, Christian (2014): Medialisierter Skandal oder skandalöse Medien? Eine kritische Betrachtung der Berichterstattung im Fall Tebartz-van Elst. In: Joachim Valentin (Hrsg.): Der ‚Fall‘ Tebartz-van Elst. Kirchenkrise unter dem Brennglas. Freiburg i. Br. 2014, S. 25-49.

- Loll, Anna Catherin/Wensierski, Peter (2010): Limburger Leidkultur. 15.11., <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-75159821.html> (zuletzt aufgerufen am 7.11.2015).
- Pörksen, Bernhard/Detel, Hanne (2012): *Der entfesselte Skandal. Das Ende der Kontrolle im digitalen Zeitalter.* Köln.
- Prüfungskommission im Auftrag des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (2014): *Abschlussbericht über die externe kirchliche Prüfung der Baumaßnahme auf dem Domberg in Limburg für den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz Erzbischof Dr. Robert Zollitsch.* <http://www.dbk.de/nc/presse/details/?presseid=2521> (zuletzt aufgerufen am 24.11.2015).
- Püttmann, Andreas (2014): Die Weißwäscher. In: *Christ und Welt* vom 27.3., S. 5.
- Toepfer, Stefan (2007): Eine Wahl, die hoffen lässt. 29.11., <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/kommentar-eine-wahl-die-hoffen-laesst-1488802.html> (zuletzt aufgerufen am 7.11.2015).
- Wiegmann, Lucas/Röhn, Tim/Reuscher, Constanze (2013): *Vorerst abgezogen.* In: *Die Welt* vom 24.10., S.8.

Literatur-Rundschau

Tobias Nanz/Johannes Pause (Hg.): Politiken des Ereignisses. Mediale Formierungen von Vergangenheit und Zukunft. Bielefeld: Transcript Verlag 2015, 304 Seiten, 29,90 Euro.

Der Versuch, diesen Sammelband in einem griffigen Satz zu umreißen und einzuordnen, kann nur misslingen. Dieses Buch vereint zu viele Eigenschaften auf sich. Es ist kurzatmig wie langatmig, überraschend wie vorhersehbar. Seine Perspektiven sind historisch wie aktuell, richten sich auf Fiktion wie Realität. Und in all dieser Heterogenität erscheint der Band doch konsequent und homogen.

Wer sich als Leser_in durch die eher langatmige Einleitung gekämpft hat, wird belohnt mit Aufsätzen, die in ihrer Vielfältigkeit nach und nach ein Mosaik dessen zusammensetzen, was unter „Politiken des Ereignisses“ alles verstanden werden kann und wie diese beiden Termini (Be-)deutung erlangen. Die elf Ausätze sind in die großen Abschnitte „Formationen“, „Aushandlungen“ und „Prognosen“ untergliedert. Der Sinn dieser Untergliederung wird zwar in der Einleitung ausführlich erläutert, erschließt sich vollends aber erst in der Lektüre der einzelnen Beiträge und der Gesamtschau des Tagungsbandes.

Unter dem Stichwort „Formationen“ sammeln sich Texte wie „Eine historische Diskursanalyse in der Science Fiction des Romans *Pompeji*“, „Das Erdbeben von 2010 und die Dämonisierung der Haitianer und ihrer Geschichte“ (hier jeweils der Untertitel) sowie „Der Spanische Bürgerkrieg als Medienereignis im NS-Film. *Im Kampf gegen den Weltfeind. Deutsche Freiwillige in Spanien* (1939) von Karl Ritter“ und „Ansichten der Notwendigkeit. Ereignisse in der Pressefotografie der DDR“ (kursiv jeweils im Original). Allen vier Beiträgen ist die historische Perspektive gemein und die Auseinandersetzung mit der Deutung des Ereignisses in Medien und Öffentlichkeit. Wobei – und das zieht sich durch den gesamten Sammelband – sowohl der Begriff „Medien“ als auch der des „Ereignis“ weit gefasst werden. Die Herausgeber schreiben über die Zusammenstellung dieser ersten Texte in der Einleitung, die Aufsätze untersuchten, „wie Ereignisse diskursiv hergestellt und als Stabilisatoren bestimmter gesell-



schaftlicher Strukturen, nationaler Identitäten, Geschichtsnarrative oder anderer sinnstiftender Ordnungen eingesetzt werden“ (S. 21). Tatsächlich finden sich die Begriffe „diskursiv“ und „narrativ“ beinahe inflationär in den Texten, als könnten sie jedes Phänomen erklären und auf einen Nenner bringen. Spannend aber bleiben die Analysen der Deutung von Ereignissen, wie im Fall der Dämonisierung des Haiti-Erdbebens oder der starren Pressefotografie in der DDR.

Unter dem Begriff der Aushandlungen findet sich ein Aufsatz zur „Konstruktion des ersten Menschen. Das Suchen und Aufsuchen des *missing link* 1850-1950“ (kursiv im Original), einer zur Deutung der „Hungersnot in der Ukraine“, einer zu „9/11 und [dem] Begehren nach dem repräsentativen Bild“ und ein Text zur „Phänomenologie des Eklats“. Besonders der Aufsatz zur Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine um die Deutung der Hungersnot in der Ukraine in den 1930er Jahren sowie der Beitrag zur Fotografie von 9/11 und anderen

katastrophalen Ereignissen füllt den Terminus „Politiken“ im Titel des Sammelbandes auf greifbare Weise. Angesichts der politischen Lage in der Ukraine ist es evident, dass die Deutung der Hungersnot als Genozid am ukrainischen Volk oder als ein ganz Russ-

land betreffendes Schicksal ein Politikum ist. Der Beitrag zur 9/11-Fotografie dagegen diskutiert an vielen anschaulichen Beispielen, warum Alltagsszenen im Angesicht von Katastrophen, Kriegen und Terror verstörend wirken und nicht zu den bildlichen Ikonen eines einschneidenden Ereignisses werden.

Unter „Prognosen“ schließlich sammelt der Band drei Beiträge, die sich mit „Katastrophische[n] Algorithmen“ als hochtechnischem „Agencement medieninduzierter Zusammenbrüche“, mit dem „Traum des Digitalen und der Möglichkeit der Bombe“ und der fotografischen „Inszenierung des klimatischen *tipping points*“ befassen. Während der erst genannte Aufsatz den US-Börsencrash 2010 und den US-Telefonnetzausfall 1990 als Folge technischer Unberechenbarkeiten untersucht und sich der letzte Beitrag mit der Inszenierung der klimatischen Apokalypse als unabwendbarem Scheidepunkt auseinandersetzt, interpretiert der Aufsatz über die „Möglichkeit der Bombe“ den Film „Terminator 2“ und das Verhältnis des in digitaler Technik möglich gewordenen Ereignisses eines Atomkrieges zur Wirklichkeit. Was mitunter überinterpretiert wirkt, regt aber durchaus zum Nachdenken über eben dieses Verhältnis an.

Spannend sind die Analysen der Deutung von Ereignissen, wie im Fall der Dämonisierung des Haiti-Erdbebens oder der Pressefotografie in der DDR.

Der Sammelband präsentiert eine große Zahl an Beispielen. Wer hier allerdings im streng sozialwissenschaftlich empirischen Sinne auf eine systematische Analyse von Fällen, Medieninhalten oder Rezeptionen hofft, wird enttäuscht. Weder streng empirische, qualitative noch quantitative Studien liegen den meisten Aufsätzen zu Grunde. Die Autor_innen geben, zum Teil mehr oder weniger systematisch, Einblick in ihre theoretische Grundlage. Ansonsten fußen die Beiträge auf der intensiven Interpretation gesammelten Materials, auf Einordnung in Begriffsgeschichte, Philosophie oder Historie. Leider ist nicht immer gänzlich nachvollziehbar, wie und vor allem warum das jeweilige Material ausgewählt wurde. Empirisch orientierten Kommunikations- und Sozialwissenschaftlern mag der Zugang zu dem Tagungsband zugegeben etwas schwer fallen. Ein Versuch ist es allemal wert, denn viele der Perspektiven eignen sich, die eigene Sicht zu weiten, zu ergänzen und wichtige Anschlussfragen aus den Bereichen Medienethik, politische Kommunikation, Medienwirkung und Medienrezeption zu stellen.

Annika Franzetti, Eichstätt

Peter Maurer: Medieneinfluss aus der Sicht von Politikern und Journalisten. Ein deutsch-französischer Vergleich. Berlin: LIT-Verlag 2013, 193 Seiten, 29,90 Euro.

Über die mediale Wirkung auf Politik wurde schon viel geschrieben und dennoch findet Peter Maurer in seiner Doktorarbeit gleich in mehrerlei Hinsicht einen neuen Dreh für dieses altbekannte Thema. Nicht nur, dass er „Medieneinfluss aus der Sicht von Politikern und Journalisten“, also mittels einer Befragung der beteiligten Akteure, untersucht. Darüber hinaus differenziert er den medialen Einfluss auf die politische Themenagenda und die Karriere politischer Akteure. Um die Wirkung des politisch-institutionellen Systems auf den Medieneinfluss zu analysieren, legt er seine Studie zudem als Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich an. Eine reizvolle Wahl, denn die Nachbarländer verbindet zwar viel, gleichzeitig jedoch unterscheidet sich die Struktur ihres politischen wie auch medialen Systems deutlich.

Basis der Arbeit ist eine fundierte Aufarbeitung des Forschungsstands; Grundlagen bilden Arbeiten aus der Medienwirkungsforschung, der politischen Systemforschung und der Public-Policy-Literatur. Nach einer Analyse der Schwachpunkte



Vorteil wie auch Nachteil von Maurers Studie ist, dass sie im Kontext eines wesentlich umfassenderen, internationalen DFG-Projekts entstand.

wagt Maurer eine „Re-Konzeptualisierung der politischen Medieneinflussforschung“ (S.57). Statt auf Inhalts- und Zeitreihenanalysen setzt er auf eine standardisierte Befragung von Journalisten und politischen Eliten – unterteilt in politische Entscheidungsträger und Politikberater – und damit „subjektive Wahrnehmungen als Indikator für Medieneinfluss“ (S. 63). Hintergrund ist die Annahme, dass politische Eliten durch unterstellte oder subjektiv wahrgenommene Medieneffekte auf Dritte zu einem bestimmten Verhalten motiviert werden. Als potentielle Determinanten der Medieneinflusswahrnehmung betrachtet Maurer die Zugehörigkeit zu einer Berufsgruppe und bestimmten Medien bzw. Parteien, die journalistische Rollenwahrnehmung und die Einschätzung der politischen Bedeutung von Umfragen. Vor allem aber gründen die Ursachen für Unterschiede nach Maurer im Länderkontext.

Vorteil wie auch Nachteil von Maurers Studie ist, dass sie im Kontext eines wesentlich umfassenderen, internationalen DFG-Projekts entstand. Damit ist einerseits der Zugriff auf eine breite und qualitativ hochwertige Datenbasis gewährleistet, andererseits aber, das räumt der Autor selbst ein, konnten „zur Messung der zentralen theoretischen Konstrukte jeweils nur ein oder wenige Items in den Fragebogen aufgenommen werden“ (S. 121).

Stichprobenwahl und Formulierung des Fragebogens gehen auf die gesamte Projektgruppe zurück. Trotz Einbindung eines ganzen Teams ist die Festlegung der Grundgesamtheit nicht hundertprozentig schlüssig. So leuchtet kaum ein, warum in Frankreich auch Bürgermeister größerer Städte sowie ehemalige Minister einbezogen wurden – in Deutschland aber nicht. Ins Gewicht fällt diese Entscheidung insofern, als dass der Rücklauf unter den politischen Eliten in Frankreich nur schleppend funktionierte und drei Erhebungswellen notwendig waren, um ein Minimum von 60 Vertretern zusammenzubekommen. Diese dritte Tranche bestand aus eben den genannten Bürgermeistern und „Inhabern lokaler Mandate“ (S.128). In Deutschland dagegen wurde die angestrebte Stichprobe bereits mit der zweiten Welle erreicht, hier wurden 105 Politiker befragt. Unklar auch, warum als „vier für ihre überregionale politische Bedeutung bekannte Regionalzeitungen“ in Deutschland ausgerechnet die „Leipziger Volkszeitung“, die „Westdeutsche Allgemeine“, die „Rheinische Post“ und die „Hannoversche Allgemeine“

gewählt wurden. Was ist z. B. mit dem Berliner „Tagesspiegel“? Der in die Untersuchung einbezogene „Rheinische Merkur“ war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung längst keine eigenständige Publikation mehr – eine Fußnote würde hier gut tun. Schade auch, dass die Berücksichtigung von Online-Journalisten nicht einmal erwogen wird.

Abgesehen von diesen wenigen Feinheiten liefert die Arbeit von Peter Maurer eine fundierte Analyse der Einschätzungen des Medieneinflusses durch die politische und journalistische Elite Deutschlands und Frankreichs. Seine Hypothese, wonach der institutionelle Kontext starken Einfluss auf die Medieneinflusswahrnehmung hat, wird von den Daten bestätigt: „Französische Eliten nehmen jeweils mehr Einfluss wahr als deutsche“ (S. 172) und das sowohl hinsichtlich der Policy-Agenda wie auch der Akteurskarrieren. Die Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Ländern sind auch größer als jene zwischen Politiker_innen und Journalist_innen.

Abschließend zu bemerken ist, dass Maurer methodisch absolut transparent arbeitet. Seine Dissertation ist keine essayistische Lektüre und kein Lehrbuch, für Fachfremde also kaum zu empfehlen. Für Rezipient_innen mit entsprechendem wissenschaftlichem Hintergrund jedoch ist die Studie spannend und gut nachvollziehbar.

Petra Hemmelmann, Eichstätt

Melanie Verhovnik: School Shootings. Interdisziplinäre Analyse und empirische Untersuchung der journalistischen Berichterstattung. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2015 (=Aktuell. Studien zum Journalismus, Band 9), 414 Seiten, 74,00 Euro.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Terroranschläge scheint das Phänomen der School Shootings im gesellschaftlichen Diskurs in den Hintergrund getreten zu sein – gleichwohl zumindest in den USA die Kette von schweren Attentaten von Schülern an ihren Schulen nicht abreißt. Diese Beobachtung verweist bereits darauf, wie stark die Beschäftigung mit extremen Gewaltphänomenen durch die mediale Berichterstattung beeinflusst wird. Umso wichtiger ist es, abseits der medialen Trends gründliche wissenschaftliche Analysen durchzuführen, wie etwa in dem hier besprochenen Buch von Melanie Verhovnik, Diplom-Journalistin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Journalistik I an



der Katholischen Universität Eichstätt. Der Autorin geht es in ihrem Buch um eine Untersuchung der deutschen Berichterstattung zu School Shootings, die sie multimethodisch anlegt und dabei qualitative und quantitativen Inhaltsanalysen mit Frameanalyse sowie Gruppendiskussionen mit Rezipienten kombiniert.

Das Buch ist übersichtlich in einen theoretischen und einen empirischen Teil gegliedert, wobei jeder Teil mehrere Kapitel umfasst. In den ersten sechs Kapiteln wird zunächst der aktuelle Forschungsstand zum Phänomen School Shootings aus interdisziplinärer Perspektive zusammengefasst. Für Leser, die sich bislang noch nicht mit dem Thema beschäftigt haben, wird dabei ein interessanter Überblick über die bestehenden wissenschaftlichen Positionen und Perspektiven gegeben. Aus fachlich-wissenschaftlicher Perspektive muss allerdings konstatiert werden, dass der Überblick nicht viel Neues erzählt, was nicht auch schon in anderen einschlägigen Überblicksbüchern zum

Thema dargestellt wurde. In gewisser Weise überhebt sich die Autorin damit, alle Befunde detailliert darzustellen, was aufgrund der Breite und Interdisziplinarität derselben zwangsläufig zu Lasten der Aktualität des Forschungsstands (vor allem im Bereich der

Prävention) und der kritischen Reflexion geht. Zudem stellt sich die Frage, wozu die Autorin mehr als einhundert Seiten Überblick benötigt, wenn am Ende die Erkenntnis darin besteht, dass School Shootings multikausal verursacht sind und sie auch nur diesen Befund später der vereinfachenden Ursachendarstellung in der Medienberichterstattung gegenüberstellt. Eine kürzere und stärker auf das Thema ihrer Untersuchung fokussierte Darstellung wäre daher hilfreich gewesen.

Ab dem siebten Kapitel beginnt die Autorin sich dem eigentlichen Thema ihrer Untersuchung zu widmen, indem sie zunächst den Forschungsbereich zu Frames und Framing vorstellt, um danach sehr gründlich und gut nachvollziehbar die Anlage ihrer Untersuchung, die verwendeten Methoden sowie ihre Forschungsfragen und Hypothesen vorzustellen. Ihr multimethodisches Design verdient es, als innovativ bezeichnet zu werden. Aus einer vorgelagerten qualitativen Inhaltsanalyse gewinnt sie zunächst deskriptive Kategorien, die sie in einem zweiten Schritt in ein quantitatives Codebuch überführt, welches danach an 1768 Beiträge aus Printmedien (SZ, FAZ, „Spiegel“, „Stern“, „Bild“) und 246 Nachrichtenbeiträge von TV-Sendern

*Das multimethodische Design
der Untersuchung
verdient es, als innovativ
bezeichnet zu werden.*

(ARD, ZDF, RTL, Sat1, Kabel eins, ProSieben) angelegt wird, die zu fünf deutschen School Shootings, dem Columbine-Attentat in den USA und allen amerikanischen School Shootings vor Columbine veröffentlicht wurden.

Im Ergebnis kann die Autorin vielfältige aufschlussreiche Erkenntnisse zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Medienberichterstattung zu School Shootings präsentieren: So zeigt sie etwa, dass deutsche Medien vor Columbine nur marginal über School Shootings berichteten oder generell die Berichterstattung keine sachliche Problemdefinition der Ereignisse vornimmt, sondern meistens von Amokläufen spricht, was die Assoziation eines plötzlichen Gewaltausbruchs nahelegt. Zudem zeigen ihre Ergebnisse, dass die mediale Berichterstattung die in der Wissenschaft proklamierte „Multikausalität“ von School Shootings meistens ignoriert und stattdessen auf vereinfachende Erklärungen setzt. Besonders interessant ist der Befund, dass die deutschen Medien doch weniger täterzentriert berichten als angenommen, gleichwohl einige wenige Beiträge unangemessene, nicht anonymisierte und teilweise inszenierte Täterdarstellungen zeigen, die als Identifikationsfolien für Nachahmer dienen können. Dass es diese herausstechenden Beispiele sind, die die Berichterstattung letztlich doch dominieren und von Rezipienten besonders erinnert werden, zeigt die Autorin durch die Auswertung von Gruppendiskussionen mit Rezipienten.

Insgesamt betrachtet ist der Autorin eine interessante und wissenschaftlich anspruchsvolle Untersuchung gelungen, die den öffentlichen Diskurs um die Formen angemessener Berichterstattung bei extremen Gewaltvorfällen mit belastbaren Daten erheblich befruchten kann.

Vincenz Leuschner, Berlin

Ralf Junkerjürgen/Isabella von Treskow (Hg.): Amok und Schulmassaker. Kultur- und medienwissenschaftliche Annäherungen. Bielefeld: transcript Verlag 2015 (= Edition Kulturwissenschaft, Band 47), 255 Seiten, 24,99 Euro.

School Shootings sind eine Gewaltform an Schulen, die verstärkt seit Mitte der 90er Jahre auftritt und dadurch gekennzeichnet ist, dass Schüler bewaffnet und zielgerichtet in ihre derzeitige oder alte Schule eindringen und andere Schüler, Lehrpersonal oder sonst beteiligte Personen verletzen oder töten. Im Gegensatz dazu meint der Begriff des Amoks



*Die aktuelle Forschung zeigt,
dass sich School Shootings
von typischen Amokläufen
sehr deutlich unterscheiden.*

oder Amoklaufs einen explosionsartigen, weitgehend unvorhersehbaren Angriff mit rücksichtsloser Tötungsbereitschaft und eine teilweise mehrstündig andauernde ungesteuerte Raserei. Der von Ralf Junkerjürgen und Isabella von Treskow herausgegebene Sammelband, der im Wesentlichen auf der 2010 an der Universität Regensburg abgehaltenen Tagung „Amok, Schulmassaker, Gewaltextzess – Gesellschafts- und Medienanalyse“ beruht, verwendet die Begrifflichkeiten leider häufig parallel für das gleiche Phänomen. Die Herausgeber diskutieren diese Problematik zwar bereits in der Einleitung. Dass dieses Problem bei einer Vielzahl an unterschiedlichen Perspektiven und beteiligten Disziplinen an diesem Sammelband auftauchen würde, war jedoch von vornherein absehbar. Insofern wäre es wünschenswert gewesen, den definitorischen Rahmenbedingungen nicht nur einen eigenen Beitrag zu widmen, sondern darin auch zu erklären, weshalb die Autor_innen des Sammelbands unterschiedliche Begriffe verwenden.

Die Herausgeber selbst kommen in ihren einleitenden Worten zu der Schlussfolgerung, dass „Schulmassaker‘ und ‚School Shootings‘ nicht deckungsgleiche Termini“ seien (S. 11). ‚Schulmassaker‘ mache im Vergleich zu ‚School Shooting‘ jedoch deutlicher, dass die Bildungsinstitution und die darin befindlichen Menschen von einer Person aufgesucht werden, die sie selbst besucht habe und dort mit extrem aggressiven Mitteln vorgehe, die auch andere sein können als Schusswaffen“ (S. 11). Der Begriff „School Shooting“ würde sich zu stark auf Schusswaffen als Tatwaffen konzentrieren und zudem nicht „die im Deutschen gemeinte Amok-Gewalt“ im Sinne einer tödlichen Gewalt einer einzelnen Person gegen viele erfassen. Diese Schlussfolgerungen verhalten sich absolut konträr zum derzeitigen Forschungsstand in Bezug auf School Shootings. Ausführliche Erklärungen führen an dieser Stelle zu weit, es sei stattdessen darauf hingewiesen, dass gerade die Verwendung des deutschen Begriffs Amok(lauf), wenn ein School Shooting gemeint ist, häufig kritisiert wird.

Der Band gliedert sich in einen ersten Teil mit vier Beiträgen, die Amok und School Shootings aus psychiatrischer, kriminologischer und polizeilicher Sicht beleuchten und einen zweiten Teil, der sich literatur- und medienwissenschaftlichen Analysen des Themas widmet. Die Zusammenstellung der Beiträge zeigt ein Forschungsfeld, das sehr weit aufgespannt wur-

de – das ist angesichts einer fehlenden fundierten Diskussion der Begrifflichkeiten ein Problem. Beiträge, die für sich gesehen Klassiker sind, werden hier in den Kontext von School Shootings gepresst. Ein Beispiel ist der Aufsatz des Facharztes und Professors für Psychiatrie, Lothar Adler. Sein Beitrag zu Amok (weitgehend eine Zusammenfassung der Studie von 2000) ist in der Amok- und zur Abgrenzung auch in der School Shooting-Forschung zentral. Dennoch gelingt es nicht, diese zwei Gewaltformen voneinander abzugrenzen, was dem momentanen Stand der Forschung sehr viel näher käme. Beispielhaft wird dies auf Seite 26 deutlich, wo Adler konstatiert, dass gleichwohl „sehr viele Fälle [von School Shootings] wie ein Amok“ verlaufen. Dieser Behauptung kann so nicht zugestimmt werden. Die aktuelle Forschung zu School Shootings zeigt, dass sich School Shootings von typischen Amokläufen sehr deutlich unterscheiden.

Lässt man das Problem der Begrifflichkeiten außer Acht, so ergibt sich insbesondere aus den Fallstudien in jedem Fall ein Mehrwert für die Forschung zu School Shootings. Insbesondere sind hier drei Beiträge des Sammelbands zu nennen. Ralf Junkerjürgen, Professor für romanische Kulturwissenschaft an der Universität Regensburg, setzt sich intensiv mit filmischen Inszenierungen von School Shootings auseinander. Deziert und detailreich erklärt er anhand dreier Beispiele, ob und wie der schmale Pfad zwischen Fiktional-Rituellem und Dokumentarisch-Reißerischem ethisch und künstlerisch überzeugend durchschritten werden kann. Sven Schmalfuß, Mitarbeiter für Gender Studies an der Universität Regensburg, widmet sich mit seinem Aufsatz zum Online-Rollenspiel „Super Columbine Massacre RPG!“ einer Nische der School Shooting-Forschung, die bislang viel zu wenig beachtet wird. Das Onlinespiel ist frei verfügbar und stellt das School Shooting an der Columbine Highschool vom 20. April 1999 dar. Sven Schmalfuß gelingt es, das Spiel detailreich zu beschreiben und nachvollziehbar zu interpretieren. Zu kurz kommt allerdings die Beurteilung von Spielelementen in Bezug auf ihren Wahrheitsgehalt. Mir erscheint es problematisch, bestimmte Sequenzen lediglich zu beschreiben und hier eine Einschätzung außen vor zu lassen. Dies ist beispielsweise auf S. 182 der Fall: „In dieser Belohnungssequenz zeigt sich, dass das Spiel die Mobbing-Erfahrungen der beiden Täter als Hauptursache für den Amoklauf hervorhebt.“ Richtig ist, dass im Spiel Mobbing-Erfahrungen gezeigt werden. Da sich das Spiel aber auf eine reale Tat bezieht, vermissem ich

hier eine fundierte Relativierung solcher „spielerischen Freiheiten“. Fehlt eine solche Relativierung bei der Untersuchung eines Spiels, das eine reale Tat wiedergibt, werden dadurch meiner Meinung nach sowohl Stereotype gefördert als auch Gründe, die der Öffentlichkeit aufgrund ihrer Eingängigkeit und Nachvollziehbarkeit besonders plausibel erscheinen, im öffentlichen Bewusstsein zementiert.

In ihrem Beitrag zu School Shooting-Literatur analysiert Silke Braselmann, Doktorandin der Anglistik am International Graduate Centre for the Study of Culture der Universität Gießen, das Buch „We need to talk about Kevin“ von L. Shrivvers, das 2003 international für viel Diskussion und Gesprächsstoff gesorgt hat.

Das Buch gibt die Erinnerung und Auseinandersetzung einer Mutter mit der Tat ihres Sohnes wieder, der kurz vor seinem sechzehnten Geburtstag ein School Shooting verübt und außerdem seinen Vater und seine jüngere Schwester tötet. Braselmann

Der Sammelbeitrag liefert informative Einblicke für die School Shooting- und Amok-Forschung.

zeigt nachvollziehbar, wie aufschlussreich eine literaturwissenschaftliche Perspektive auf das Thema School Shootings sein kann.

Gut ausgearbeitete Aufsätze liefern auch Isabella von Treskow, Professorin für Romanische Literaturwissenschaft an der Universität Regensburg, sowie Brigitte Frizzoni, Geschäftsführerin und Dozentin am Institut für Sozialanthropologie und Empirische Kulturwissenschaft an der Universität Zürich. Beide Autorinnen legen den Schwerpunkt auf Amok bzw. Amoktaten und ihre literarische bzw. mediale Aufarbeitung. Der medialen Perspektive widmet sich auch Daniel Ziegler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Gießen, der den „Fall Breivik in den Massenmedien“ untersucht. Allerdings täuscht der Titel ein wenig, denn die massenmediale Betrachtung beschränkt sich weitgehend auf Artikel auf „Zeit Online“.

Wenig Neues, dafür aber eine Zusammenfassung wichtiger Risiko- und möglicher Schutzfaktoren liefert der Beitrag des Kriminologen Henning Ernst Müller, insbesondere für Leser_innen, die sich bisher wenig mit School Shootings auseinandergesetzt haben. Der gemeinsame Beitrag von Landespolizeipräsident Wilhelm Schmidbauer und Erstem Polizeihauptkommissar Andreas Neumair liefert einen aufschlussreichen, allerdings knappen Einblick in die Konsequenzen und Maßnahmen im Bereich des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für

Bau und Verkehr in Bezug auf School Shootings. Bernd Körber, Professor an der Polizeiakademie Niedersachsen, widmet sich ebenfalls der polizeilichen Perspektive und stellt polizeiliches Einsatzhandeln vor, allerdings nicht spezifisch auf School Shootings bezogen, sondern allgemein auf Gewalttaten.

Insgesamt liefert der Sammelband informative Einblicke für die School Shooting- (und Amok-)Forschung, allerdings nur dann, wenn bereits Vorwissen zur Abgrenzung der Taten vorhanden ist. Die Zusammenstellung der Beiträge und die hieraus resultierende mangelhafte Abgrenzung von Amoktaten und School Shootings ist ein Manko. Gerade, wenn – wie in den Beiträgen immer wieder geschehen – die Medienberichterstattung zum Thema School Shootings kritisiert wird (zurecht!), muss im wissenschaftlichen Diskurs wenigstens ein Trend zu einer einheitlichen Verwendung von Begrifflichkeiten erkennbar sein – und ein Wissen darüber, warum bestimmte Begriffe eben nicht verwendet werden sollten. Nur dann kann sich daran auch die nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit orientieren und so zu einem besseren Verständnis von Tat und Tätern sowie daraus resultierenden Interventions- und Präventionsmöglichkeiten beitragen.

Melanie Verhovnik, Eichstätt

Abstracts

*Klaus-Dieter Altmeyden/Christoph Bieber/Alexander Filipović/
Jessica Heesen: Real-Time Publics. The New Digital Media Order
and New Dimensions of Responsibility*

The structural transformation of publics is recognizable through the emergence, development and consequences of a real-time public. The term “real-time publics” denotes the phenomena surrounding public forums and agendas, which immediately come into existence in “real-time”, due to various circumstances. These types of publics represent new challenges with regard to ethics and the exercise of responsibility. This paper problematizes real-time publics before the backdrop of a short outline concerning public theory and addresses, with regard to redrawing the lines towards an expansion of preexisting media-ethics and responsibility, wherein the requirements may lie.

Hans-Joachim Höhn: Making Good Time? Acceleration – Synchrony – Time Lag

In modern societies the degree of technical and social progress is measured according to the pace with which hoped-for improvements materialize. Existential optimizations are all for the better, depending on how quickly they can be realized. The future is thereby drawn ever more quickly towards the present while, correspondingly, the duration of both validity and actuality are decreased. Waiting-times are shortened to the same degree as staying-times. Museums and archives, databases and media libraries all keep the past lastingly ever-present. Are we moving towards an “instant culture”, in which future, present and past events no longer belong to clear and distinct time-zones? In the age of acceleration, does a cultural “key skill” exist, with regard to the synchronization of all that is temporal? What side-effects do these time differences have?

*Regina Greck: Previously Convicted = Prior Condemnation?
Coverage of the “Tuğçe Case” from a Mediaethical Viewpoint*

At the end of the year 2014, the case of the student Tuğçe occupied the entire German press: Having defended several young girls against molestation by a group of young men, the dispute between them escalated. After being attacked by one of the one of the boys, Tuğçe died of her injuries a few weeks later. This study investigates to what

extent ethical guidelines of the German “Pressekodex” (Independent Press Standards) were violated by national and regional German newspapers as well as the “Bildzeitung” in their coverage of this crime. Whereas the analyzed regional newspapers published more concrete details concerning Tuğçe and her attacker, presumably due to their local nature, most of the “Pressekodex” violations were committed by the “Bildzeitung”, either by publishing uncensored pictures of the suspect Sanel or by prejudging him as brutal rowdy. However, misconduct on the part of the reporting regional publications was also noted.

*Stephan Weichert: From Collective Intelligence to Collective Malice.
An Appeal in the Given Situation*

Within social networks polemics, provocation and demagoguery are rapidly developing into an explosive mixture. From those journalists, who value objective moderation, a high degree of tolerance against frustration is required in order to face the criticism of the “trolls” and “haters”. This essay addresses the following questions: How do editorial offices deal with the massively increasing feedback from their readers? And, what responsibility do the media bear, but also civil society, towards the structuration of a constructive public discourse?

*Barbara-Henrika Alfing: A Scandalous Event or Scandalous Reporting?
From the Bearer of Hope to Scapegoat. Press Reporting Concerning
the Case of Tebartz-van Elst.*

Honesty, trust and orientation towards the common good constitute the basic framework of the moral code of the Catholic Church. However, how does the public media react when a bishop violates these by building a palatial bishop’s residence? The public discussion regarding the waste and denials surrounding 31 million Euros was centered primarily around the builder Franz Peter Tebartz-van Elst, who was confronted with intense criticism of his management style and the financing of the bishop’s residence. At the center of this article are the results of a quantitative content-analysis with regard to press coverage of the Tebartz-van Elst case: for one, it addresses the attributions concerning the former bishop by individual print media and, on the other hand, the classification of these events as either a scandalous affair or a case of scandalous reporting.

Vorschau

An dieser Stelle kündigen Herausgeber und Redaktion ausgewählte Themen der nächsten Ausgaben von *Communicatio Socialis* an. Autor_innen aus Wissenschaft und Praxis sind herzlich eingeladen, uns hierzu – oder auch zu anderen Themenbereichen – Beiträge anzubieten oder solche anzuregen. Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf, am besten per E-Mail: redaktion@communicatio-socialis.de

Heft 1/2016:

- ▶ Flucht und Migration

Heft 2/2016:

- ▶ Sportjournalismus

Heft 3/2016:

- ▶ Sexualisierung in den Medien

(Änderungen vorbehalten)

Schuld und Neuanfang



Romano Guardini

1945

Worte zur Neuorientierung

Herausgegeben von Alfons Knoll
unter Mitarbeit von Max Oberdorfer
Reihe Romano Guardini Werke

224 Seiten

Hardcover, 13 x 21,5 cm

€ 25,- [D] / € 25,70 [A]

ISBN 978-3-7867-3047-7

1945 – nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Befreiung vom Nationalsozialismus musste es weitergehen. Aber wie sollte man einen Neuanfang, eine neue Orientierung gewinnen? Dieser Situation hat sich Romano Guardini in Vorträgen und Reden gestellt. Sie besinnen sich neu auf grundlegende christliche und ethische Werte und versuchen, Krieg und Nationalsozialismus philosophisch und geschichtstheoretisch zu verstehen, um daraus Wegweisungen für das Leben und Handeln zu erhalten.

Der Band versammelt zumeist unveröffentlichte Vorträge Guardinis aus den ersten Jahren nach dem Krieg. Sie sind das zeitgeschichtliche Zeugnis eines Mannes, der nach der Katastrophe, nach der Verrohung der Werte, dem Neuaufbau Fundament und Orientierung geben möchte.

50 Jahre Zweites Vatikanum – 50 Jahre Neuaufbruch in der Theologie



Margit Eckholt

An die Peripherie gehen

In den Spuren des armen Jesus

Vom Zweiten Vatikanum zu Papst Franziskus

342 Seiten

Paperback, 14 x 22 cm

€ 30,- [D] / € 30,90 [A]

ISBN 978-3-7867-3046-0

Karl Rahner hat 1965 vom »Anfang eines Anfangs« gesprochen, den das Konzil für die katholische Kirche und ihre neue Selbstbestimmung in der ausgehenden Moderne und in globalen Zeiten bedeuten wird.

Margit Eckholt erinnert an diese weltkirchlichen Aufbrüche des Konzils, die Entstehung der »kontextuellen Theologien«, vor allem an den Weg der latein-amerikanischen Befreiungstheologie. Sie entwickelt Perspektiven, wie die Theologie ihre interkulturelle Verpflichtung ernst nehmen kann, um den Menschen, den Marginalisierten, den Zukurzgekommenen, denen an den gesellschaftlichen Rändern, zu dienen.

Ein theologisches Plädoyer, um das, was Papst Franziskus in seinem Lebensstil, in seinen Zeichen und Worten der Kirche neu ins »Stammbuch« schreibt, mit Leben zu füllen und eine interkulturelle Theologie im Dienst des Friedens zu entwickeln.